



Der Terror-Anschlag von Berlin

Vergeltung wofür? – Es gibt keinen Bundeswehr-Einsatz in Tunesien

SEITE 9

Tagesordnung: Judenmord

75 Jahre Wannseekonferenz

SEITE 32-33



Jüdische Rundschau ehrt Tuvia Tenenbom

Bilder aus dem Hotel Adlon

SEITE 12-15



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

eigentlich sollte es eine ganz normale Kolumne werden zum Jahresausklang des weltlichen Jahres 2016 und zum Beginn des neuen Jahres 2017, das hoffentlich für Sie und für uns alle, für den Staat Israel und für die Welt ein friedvolles, ein gutes Jahr werden möge.

Ich wollte Ihnen, unseren Lesern, an dieser Stelle noch einmal meinen großen Dank aussprechen für Ihre unverbrüchliche Treue und Ihr wachsendes Interesse an unserer JÜDISCHEN RUNDSCHAU.

Dies ist durchaus nicht selbstverständlich in dieser publikations- und informationsüberfluteten Zeit. Das ist ein großes Lob für unsere Redakteure, unsere Autoren und für mich. Wir sind uns der Verantwortung, die dieses besondere Lob in sich trägt, durchaus bewusst. Es ist für uns Freude, Verpflichtung und Motivation gleichermaßen, auch im Jahre 2017 für Sie da zu sein und Ihrer Erwartung an uns zu entsprechen.

Auf dieses Dankeschön und dieses Versprechen an Sie alle werden wir selbstverständlich nicht verzichten. Es ist uns wichtig und gilt ohne jede Einschränkung.

Ansonsten aber fällt es zunehmend schwerer von Normalität zu sprechen oder sich an diese neue uns und unserem Leben aufgezwungene Normalität der nahezu täglichen islamischen Gewalt zu gewöhnen.

Der sinnlose, alle Menschen und alle zivilisatorischen Werte verachtende, islamische Terror ist nun auch massiv und in schrecklicher Weise in Deutschland, in seiner Hauptstadt Berlin, die auch der Ursprungs- und Ausgabeort unserer JÜDISCHEN RUNDSCHAU ist, angekommen.

Im Stil des furchtbaren islamischen Blutbades dieses Jahres im südfranzösischen Nizza wurde nun auch in Berlin wiederum ein islam-generiertes Massaker an unschuldigen Menschen auf einem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz, dem Standort der symbolträchtigen, zum Frieden mahnenden Weltkriegs-II-Teilruine der Berliner Gedächtniskirche, verübt.

Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,50 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Obamas fatales Erbe



Von Alex Feuerherdt (Audiatur)

Der UN-Sicherheitsrat hat Israel kurz vor Weihnachten ohne Gegenstimme verurteilt – weil die USA auf ein Veto verzichteten. Mit der Resolution werden sogar die „Klagemauer“ und das jüdische Viertel in der Jerusalemer Altstadt zu „besetztem Gebiet“ erklärt. Die außenpolitische Bilanz des scheidenden amerikanischen Präsidenten wird dadurch noch desaströser, als sie es ohnehin schon war.

Einen Tag vor Heiligabend musste der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen noch ganz dringend eine Resolution verabschieden. Die Angelegenheit war so wichtig, dass sie nicht nur keinerlei Aufschub duldete, sie wurde auch ohne Gegenstimme beschlossen, es legte also keines der ständigen Mitglieder sein Veto ein. Nein, um Syrien drehte sich die Entschließung nicht, auch wenn im dortigen Krieg inzwischen eine halbe Million Menschen zu Tode gekommen sind und in Aleppo dank des barbarischen Assad-Regimes kaum noch ein Stein auf dem anderen steht. Aber da hat die UNO seit jeher klare Prioritäten, und die kamen nun auch in ihrer Weihnachtsbotschaft zum Ausdruck: Viel schlimmer als die Zerstörung von Häusern ist deren Bau – jedenfalls, wenn Israel diese Tätigkeit auf umstrittenem Gebiet unternimmt. Denn darin sieht die famose Weltgemeinschaft das Friedenshindernis schlechthin im Nahen Osten. Mögen Assads Truppen auch mit russischer und iranischer Hilfe alles in Schutt und Asche legen – es wird zur Nebensache, sobald der jüdische Staat ein paar Siedlungen ausbaut (oder es auch nur ankündigt).

Das Besondere an dieser Resolution war natürlich, dass die USA nicht von ihrem

Vetorecht Gebrauch gemacht haben, wie sie es sonst tun, wenn Israel im Sicherheitsrat verurteilt werden soll. Wenige Tage vor dem Ende seiner Amtszeit hielt es der amerikanische Präsident Barack Obama also für eine gute Idee, einen Tritt in den Unterleib des vormals engsten Verbündeten in der Region zu ermöglichen. Außenpolitisch wird er mit einer desaströsen Bilanz in Erinnerung bleiben: In Syrien hat er Assad, Putin und Rohani das Feld überlassen – mit mörderischen Folgen –, das iranische Regime hat sich nicht zuletzt durch das unter amerikanischer Federführung beschlossene Atomabkommen ermutigt gefühlt, seine hegemonialen, destruktiven Interessen nach Herzenslust auszuleben. Dafür steht die einzige Demokratie im Nahen Osten dank Obamas Hilfe noch einmal richtig am Pranger. Eine so bezeichnende wie fatale Prioritätensetzung, und wenn man sieht, wer sich darüber in besonderem Maße freut – die Hamas, der Islamische Dschihad, die Fatah, die BDS-Bewegung und andere Freunde einer Welt ohne Israel –, dann weiß man, welche üblen Folgen dieser UN-Beschluss zeitigen wird.

„Menschenrechtsparadiese Venezuela, Malaysia und Senegal“

Dabei war der Resolutionsentwurf eigentlich bereits vom Tisch, nachdem Ägypten, von dem er ursprünglich stammte, sich von Benjamin Netanjahu und Donald Trump davon überzeugen lassen hatte, ihn zurückzuziehen. Doch die Menschenrechtsparadiese Venezuela, Malaysia und Senegal setzten ihn gemeinsam mit Neuseeland umgehend wieder auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates, und mit vierzehn zu null Stimmen wurde er schließlich angenommen. Die Vereinigten Staaten enthielten sich der

Stimme, anders als 2011, als sie eine ähnliche Beschlussvorlage noch blockiert hatten. Ihre Botschafterin bei der UNO, Samantha Power, begründete das geänderte Abstimmungsverhalten mit dem Argument, diesmal sei schließlich auch der „palästinensischen“ Gewalt gegen Israel eine Absage erteilt worden. Wenn man einen genauen Blick auf das Dokument wirft, stellt man allerdings fest: Der Terrorismus wird nur beiläufig und allgemein erwähnt, angesprochen oder gar kritisiert fühlen muss sich niemand, es handelt sich um eine reine Pflichtübung.

Israel wird dafür umso deutlicher angegangen, und das nicht nur durch die Forderung, „unverzüglich und vollständig“ alle Siedlungsaktivitäten „auf besetztem palästinensischen Gebiet, inklusive Ost-Jerusalem“ zu stoppen. Vielmehr betont der Sicherheitsrat auch, „keine Veränderungen an den Waffenstillstandslinien vom 4. Juni 1967“ zu akzeptieren, wobei Jerusalem – das vor dem Sechstagekrieg bekanntlich geteilt war – hier ebenfalls explizit erwähnt wird. Das heißt im Klartext: Auch die im Ostteil der Stadt gelegene, „Klagemauer“ genannte Westmauer des im Jahr 70 von den Römern zerstörten Tempels – mithin das bedeutendste jüdische Heiligtum – sowie das jüdische Viertel in der Altstadt sollen sich auf von Israel besetztem Gebiet befinden. Nachdem unlängst bereits die UNESCO in einer Resolution jede jüdische Verbindung zum Tempelberg ignoriert und den Muslimen einen exklusiven Anspruch auf diese Stätte zugestimmt hatte, stellt der skandalöse Beschluss des UN-Sicherheitsrates einen weiteren Schritt zur Delegitimierung jüdischer Geschichte und Gegenwart in Jerusalem dar – und damit einen weiteren Schritt zur Delegitimierung des gesamten jüdischen Staates.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Obamas fatales Erbe

Auftrieb für jene, die eine Kein-Staat-Israel-Lösung wollen

Er lässt also eine Kein-Staat-Israel-Lösung – mithin die Erfüllung des Traumes all jener, die Israel als Todfeind betrachten – wahrscheinlicher werden als jene Zweistaatlichkeit, die angeblich das Ziel der Resolution mit der Nummer 2334 ist. Denn natürlich verschafft das Dokument denjenigen Auftrieb, die den gesamten jüdischen Staat als illegale Siedlung betrachten und nur darauf warten, das Westjordanland endlich genauso in eine Raketenabschussrampe verwandeln zu können,

wie es die Hamas tat, als Israel sich vor elf Jahren vollständig aus dem Gazastreifen zurückzog. Schon fordert die Autonomiebehörde als Konsequenz aus dem UN-Entschluss: Juden raus aus Palästina! Das findet auf internationaler Ebene fast niemand anstößig: Von Israel wird selbstverständlich erwartet, ein multinationaler Staat zu sein, der allen Bürgern die gleichen Rechte gewährt; umgekehrt erhebt aber kaum jemand die nicht minder selbstverständliche Forderung, dass Juden in einem prospektiven „palästinensischen“ Staat leben können müssen, wenn sie es wollen – und zwar

nicht bloß als geduldete „Dhimmis“ unter islamischer Herrschaft, sondern gleichberechtigt.

Die israelische Regierung hat mit außergewöhnlicher Schärfe auf die Resolution reagiert: Sie hat die Botschafter derjenigen Staaten einbestellt, die im Sicherheitsrat mit Ja gestimmt haben, sie hat bereits vereinbarte Treffen mit Vertretern dieser Länder abgesagt, Hilfsprogramme gestoppt und Zahlungen an die Vereinten Nationen eingefroren. Manchen profilierten israelischen Kommentatoren wie etwa David Horowitz geht das zu weit, weniger

aus prinzipiellen Erwägungen, sondern vielmehr, weil sie einen kontraproduktiven Effekt befürchten. Aber die Heftigkeit der Reaktion macht auch deutlich, dass der Beschluss weit mehr ist als das schon gewohnte anti-israelische Business in der UNO. Und er muss nicht der letzte in der Präsidentschaft von Barack Obama sein, denn der amerikanische Außenminister John Kerry hat bereits angekündigt, in Kürze seine Vision von der Zukunft des Nahen Ostens in einer Grundsatzrede vorzustellen. Für Israel muss das klingen wie eine Drohung.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Die Nachricht über diesen feigen Mord-Anschlag auf Unschuldige und alle von uns gelebten zivilisatorischen Werte des jüdisch-christlichen Abendlandes hat für uns schlagartig die friedliche vorfestliche Stimmung der bevorstehenden Weihnachts- und Chanukkah-Festtage zerstört.

Am Vorabend der Friedensfeste unserer westlichen Welt ist uns ein weiteres Mal die grenzenlose, mörderische Verachtung der durch unsere Kanzlerin und ihr politisches Gefolge bereitwillig, unkontrolliert und mit einer lauthals propagierten Willkommenskultur eingelassenen islamischen Mörder in drastischer Form vor Augen geführt worden.

Die jäh und grausam zerstörten Leben und Hoffnungen der unschuldigen Opfer und ihrer Familien lassen die uns noch in den Ohren klingende, unter dem Applaus unserer öffentlich-rechtlichen Pseudo-Gutmensch- und Nachrichten-Filter-Medien verteilte Schelte der Kanzlerin gegen die Kritiker ihrer unsäglichen Politik als bitteren Hohn erscheinen und ihre seinerzeit geäußerte Drohung, wonach dieses Land nicht ihr Land sei, wenn es sich ihrer verantwortungslosen Grenzöffnungspolitik widersetze, zu einem bösen immer deutlicher Wirklichkeit werdenden Menetekel für uns alle, wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen, werden.

Dabei ist der symbolträchtige Anschlag ausgerechnet auf die friedvollen Besucher eines Weihnachtsmarktes nur der mörderische Auswuchs, sozusagen die Spitze des Eisbergs der allgegenwärtigen, durch keinerlei Leistungssubstanz getragenen, von unserer hiesigen Politik und auch den beidkonfessionellen Kirchenführungen kaum kommentierten und schon gar nicht kritisierten islamischen Selbstüberhöhung gegenüber allen sogenannten Ungläubigen.

Er ist der mörderische Auswuchs des Hegemonialanspruchs einer expansiven, mittelalterlichen, sich hinter dem Alibi eines schlechten, inhaltsverdrehenden Religionsplagiats tarnenden Weltbeherrschungsideologie gegenüber der übrigen nicht-muslimischen Welt, allem voran den Juden und den Christen.

Er ist zugleich der mörderische Auswuchs eines bereits weit fortgeschrittenen islamischen Angriffs gegen unsere Leben und unsere Lebensart, dem das feige und törichte Islam-Appeasement unserer gegenwärtigen suizidalen westlichen Politik außer einer in die falsche Richtung zielenden, immer mehr die Rechte der freien Meinungsäußerung eingrenzenden, aggressiven Bevormundungspolemik gegen die Kritiker dieser desaströsen Politik nichts entgegengesetzt und wohl auch in der jetzigen personellen Zusammensetzung in Europa nichts entgegenzusetzen hat.

Jedenfalls ist der jetzige furchtbare Mord-Anschlag gegen das Leben Unschuldiger auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin nur ein weiteres, nach dem neuen Terrorgesche-

hen der Silvester-Nacht gegen wohl mit Vorsatz durch die weitgehend islamisierte Erdogan-Türkei kaum geschützte westlich orientierte Clubbesucher, nicht einmal mehr letztes Glied in der schier endlosen Kette islamischer Angriffe auf unsere Zivilisation und die sogenannten Ungläubigen.

Die weitgehende Vernichtung des vorislamischen Weltkulturerbes von Palmyra gehört ebenso dazu wie die zahlreichen islambezogenen Morde und Mordangriffe auf Juden, die Entrechtungen, Vertreibungen und nahezu alljährlichen Ermordungen von Christen in islamischen Hoheitsgebieten so wie die Behinderungen und Verbote christlicher Religionsausübung.

Dazu gehört unzweifelhaft auch das nur halbherzig dementierte und mit aufwendigen Interpretationsspiralen unserer Politiker kleingeredete Verbot christlichen Liedguts in einer deutschen Schule in der Türkei durch die islamischen Türkei-Entsäkularisierungs-Büttel aus den Regierungreihen des Panislamisten und islamischen Diktators Erdogan.

Dem allen hätte unsere politische Führung schon lange, sehr lange zuvor – statt mit lauwarmen Islam-Appeasement, der Einlassung islamischer Mörder und dem durch die Politik gebilligten, wenn nicht gar induzierten vorsätzlichen Verzicht auf konsequente Rechtsanwendung – auch des Rechtes auf Abschiebung – von islamischen Straftätern – entschieden und mit kompromissloser Entschlossenheit zu harten Konsequenzen auf allen Ebenen entgegenzutreten müssen.

Das – man kann sagen – nahezu vollständige Versagen unserer deutschen und europäischen Politiker und die allem gesunden Menschenverstand Hohn sprechende Grenzöffnungspolitik für islamische Migranten ist trotz des jetzigen kaum zu ertragenden Aufschreis unserer Gutmensch-Politik und -Medien gegen diese simple Wahrheit eine wesentliche Wegbereitung für die Islam-Morde von Berlin.

Es ist genau diese Politik unserer unbelehrbaren, viel zu lange in ihrem Amt belassenen, sessel-klebenden Politführung, sowie der klimahysterischen grünen und linksromantisierenden Islam-Appeaser, die beim letzten Jahreswechsel die allzu lange von unseren Leitmedien verschwiegenen Vergewaltigungen in Köln und an anderen Orten unseres Landes zu verantworten hat.

Zwischenzeitlich hat uns eben diese Politik unserer Politverantwortlichen und die von ihr unter weitgehendem Verzicht auf konsequente Rechtsanwendung gegenüber islamischen Gesetzesbrechern verursachte Erosion unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates derart resignativ und selbstgenügsam werden lassen, dass bereits eine Selbstverständlichkeit in einem schutz-bewehrten Rechtsstaat und eine Nicht-Nachricht über das diesmalige, wenn auch nur mit äußerster Kraftanstrengung unserer dafür auch noch gescholte-

nen Polizei, geglückte Vorbeischlittern an neuen Massen-Vergewaltigungen durch muslimische Migranten zu gegenseitigem Schulterklopfen unserer Politiker und zu einer Haupt-Nachricht in unseren Medien führen darf.

Wer sich noch an die unbeschwerten und fröhlichen Jahreswechsel der Vor-Merkel-Jahre und Jahrzehnte unserer wunderbaren freiheitlich-demokratischen, säkularen und religionstoleranten Bundesrepublik Deutschland erinnern kann, für den wird es nicht leicht die islam-generierte Strukturauflösung dieses Landes und das Desaster, das die hiesige duckmäuserische Islam-Appeasement-Politik diesem Land und Europa angetan hat, als heutige und künftige Normalität anzuerkennen – weder für sich noch für die künftigen Generationen, die die Nachkriegs-Blütezeit unserer freiheitlich-demokratischen westlichen Gesellschaft nicht mehr erfahren durften und dank des Versagens unserer Politik wohl auch nicht mehr erfahren werden.

Die westlichen Gesellschaften müssen umdenken! – betont berechtigterweise der von unserer Politik und Mainstream-Medien unentwegt dämonisierte neu-gewählte Bald-Präsident der USA Donald J. Trump und nennt die Urheberschaft des Islams für die Morde von Berlin beim Namen.

Statt die Chance der überfälligen grundlegenden Richtungsänderung in den USA mit Dank und Erleichterung zu erkennen, erfolgt unbelehrbarerweise auch vor dem Hintergrund der neuen islamischen Blutdaten Widerstand gegen den neuen amerikanischen Bald-Präsidenten von eben denselben hiesigen Realitätsverweigerungs-Politikern, die vor dem Ermächtigungsgesetz-Kalifen Erdogan bis zur Übelkeit zu Kreuze kriechen und bei Staatsbesuchen und Konferenzen mit Hingabe nahezu jede blut-verschmierte Hand eines islamischen Diktators drücken.

Umdenken, ja – das müssen wir wirklich und anfangen müssen wir bei unseren ebenso unfähigen wie zynischen Politikern – den Merkels, Stegners, Maassen, Steinmeiers und all den anderen mehr, die in der Sicherheit ihrer chauffierten Limousinen und bodyguard-geschützt, plakativ und publikumswirksam vor den Kameras ihrer öffentlich-rechtlichen Zwangsgebühren-Medien Krokodilstränen über die Opfer islamischen Terrors vergießen, aber doch nur ihre Wiederwahl im Blick haben und die in Wahrheit mit ihrem politischen Versagen die wirklich Verantwortlichen auch für das neuerliche islam-generierte Massaker an unschuldigen Weihnachtsmarkt-Besuchern sind.

Wie anders als zynisch und offer-verhöhend soll man eine Politik nennen, deren pathologisches Merkmal es geworden ist, dass noch vor der Trauer, der Wut und vor allem vor der Benennung der wirklichen Ursachen, die Relativierung kommt. Dass noch bevor der islamische Ursprung des Täters offengelegt wird, schon jene kriti-

siert werden, die diese schreckliche Tat vermeintlich „instrumentalisieren“ könnten, indem sie auf die wirklich Verantwortlichen hierzulande hinweisen.

Wie wenig Empathie mit den unschuldigen Opfern und auch mit dem in keiner Silbe erwähnten polnischen Opfer im geraubten Lastwagen in den leeren Worthüllen unserer Pseudo-Gutmensch-Politiker und Islam-Appeaser zu finden ist, bewies sogleich unsere Kanzlerin Merkel in ihrer Ansprache zu der schrecklichen Katastrophe von Berlin, aber auch in ihrer keinerlei Hinweis auf Selbsteinsicht enthaltenden sogenannten Neujahrs-Botschaft, die dem terror-verängstigten Bürger keinerlei Besserungs-Perspektive liefert. Sollte sich bestätigen, dass es sich bei dem Täter um einen Flüchtling gehandelt habe, so die Sorge unserer Kanzlerin „wäre dies für uns alle besonders schwer zu ertragen“.

Dies ist ebenso enttarnend wie falsch: Für die unschuldig Ermordeten und ihre Familien ist die Grenze des menschlich Erträglichen mit dem unwiederbringlichen Verlust ihrer Lieben längst überschritten, ganz gleich wer die Morde verübt hat. Nicht so für unsere Kanzlerin und ihre sessel-klebende politische Entourage, die mit dem Islam-Massaker ohnehin ein weiteres Mal vor dem Scherbenhaufen ihrer verfehlten Politik steht und mit einem weiteren der von ihr unkontrolliert eingelassenen, Gewalt gegen unsere Zivilisation und massiven Antisemitismus verbreitenden „Flüchtling“ als Täter noch einmal den suizidalen Irrsinn des von ihr und den Ihren verursachten politischen Totalschadens für alle erkennbar vorgeführt bekäme.

Der durch Donald J.Trump gegenüber seiner glücklicherweise am amerikanischen Volk gescheiterten Mitbewerberin und Obama-Epigonin Clinton attestierte Mangel an gesundem Urteilsvermögen gilt vor allem in nicht minder großem Ausmaß ganz sich auch den hier verantwortlichen Politikern und Teilen der westeuropäischen Politführungen.

Kaum anders zu bewerten ist das trotz aller schrecklichen Evidenz persistierende Beharren unserer Politiker auf einer Fortsetzung der Scheuklappenpolitik gegenüber dem Islam und seinen autokratischen Despoten. Keinesfalls ein Beleg für politische Weitsicht unserer Kanzlerin, der Schulzes, der Maasse, der Junckers und vor allem unseres Außenministers Steinmeier, der sein politisches Versagen auch noch mit dem lukrativen Posten eines deutschen Bundespräsidenten belohnt bekommt, ist die als erstes für Israel und uns alle bedrohliche Unterstützung des nicht einmal mehr verhohlenen iranischen Atomwaffenzugangs.

Als Zeichen für charakterliche Deformation muss wohl auch von der deutschen Politik mehr oder minder offen gestützte Dauerverurteilung des einzigen westlichen und demokratischen Staates im gesamten Mittleren Osten, Israel. Unerträglich und

Wenn Köln in Israel wäre

Eine Glosse zu den Polizei-Kontrollen am 1. Januar 2017 in Köln

Von Gerd Buurmann

Am 1. Januar 2017 erklärten die Stadt Köln, sowie die Landes- und Bundespolizei bei einer Pressekonferenz, in der Silvesternacht zum 1. Januar 2017 knapp 1700 Identitätsfeststellungen, 29 Gewahrsamnahmen und 6 Festnahmen durchgeführt, sowie 900 Platzverweise ausgesprochen zu haben. Polizeipräsident Mathies erklärte in einer Pressekonferenz kurz vor Mitternacht:

„Am Hauptbahnhof steht eine Gruppe von rund Tausend Personen, die dem nordafrikanischen Hintergrund zuzuordnen sind. Unsere Kollegen nehmen ihre Personalien auf. Am Bahnhof Deutz/Messe wurde ein Zug gestoppt. Da werden gerade etwa 300 Personen kontrolliert.“

An dem Hauptbahnhof zur Domseite gab es zwei Türen. Die Polizei nutzen diese Türen, um die ankommenden Gäste zu selektieren. Der Kölner Stadt-Anzeiger berichtet:

„Die Polizei hat eine Gasse am Eingang gebildet, sortiert ganze Gruppen arabisch aussehender junger Männer und Jugendlichen aus. Anwesende Polizisten sprechen von ‚selektieren‘. Durch die Polizeimaßnahme entsteht ein Stau am Eingang zur Bahnhofshalle (...) Am kleinen Ausgang des Hauptbahnhofs zur Domseite ist eine der Türen für Nordafrikaner reserviert (...) Vereinzelte Personen werden direkt in Züge aus der Stadt heraus gesetzt.“

Wenn Köln in Israel wäre, dann gäbe es jetzt diese Schlagzeilen:

„Apartheid in Köln! Vor dem Kölner Dom werden Menschen nach ihrer Hautfarbe und Herkunft selektiert! Oberbürgermeisterin Reker spricht von ‚richtiger Einschätzung‘.“

„Nach den jüngsten Ereignissen in Köln fordert der deutsche Außenminister alle Seiten auf, Zurückhaltung zu üben, um eine weitere Eskalation zu verhindern.“

„Der Deutschlandkritiker Jochen Hodontöter postet auf seiner Facebookseite: ‚Die Apartheidsbürgermeisterin Henriette Reker selektiert unschuldige Menschen. Ist das der richtige Umgang mit verzweifelten Jugendlichen? Es droht ein Flächenbrand! Eins ist klar, mit Reker kann es keinen Frieden geben. JH‘“

„Die Parteivorsitzende der Partei rät der

rheinischen Gesellschaft, das Problem der Apartheid in Köln anzugehen, das junge Menschen überhaupt erst zu solchen Verzweiflungstaten treibt.“

„Die Vereinten Nationen fordern Deutschland in einer Resolution dazu auf, sich auf eine Grenze in Köln zu verständigen, so dass beide Konfliktparteien friedlich Seite an Seite leben und feiern können.“

„Deutschland braucht eine Zwei-Staaten-Lösung. Das hat schon mal funktioniert!“

„Deutsche Polizei macht Jagd auf arabische Migranten!“

„Das ist Rassismus, nichts weiter!“

Es würde nicht lange dauern und dieses Flugblatt machte die Runde:

Um es gleich vorweg zu sagen, wir haben nichts gegen Deutsche, einige unserer besten Freunde sind Deutsche, aber was in Köln passiert ist, muss deutlich kritisiert werden. Gerade unter Freunden muss Kritik erlaubt sein!

Vor dem Kölner Dom wurden Menschen nach ihrer Hautfarbe und Herkunft selektiert und in Züge gesetzt. Sie mussten die Stadt verlassen. Das ist Apartheid! Das ist Rassismus!

Wer die deutsche Regierung kritisiert, sagt damit noch nichts über das deutsche Volk aus und schon gar nichts über alle Deutsche. Wir bejahen das Existenzrecht von Deutschland, müssen jedoch gestehen, dass die Vierteilung Deutschlands nach 1945 ein Schritt in die richtige Richtung war. Wir sagen ganz bewusst als Nachfahren von Deutschen, die den Krieg überlebt haben: Wir fordern ein Deutschland in den Grenzen von 1987, eine Zwei-Staaten-Lösung! Das wird man ja wohl noch mal sagen dürfen!

Die Politik Deutschlands ist ein permanenter Bruch von internationalen Verträgen. In den Ostgebieten des Landes um die Städte Rostock und Leipzig, die die Bundesrepublik widerrechtlich besetzt hält, gibt es sogenannte No-Go-Areas, wo es für Muslime gefährlich ist zu leben. Die Politik unternimmt nichts dagegen. Stattdessen gießt der Falke von der SPD, Thilo Sarrazin, noch Öl ins Feuer. Im Bundesverfassungsgericht ist kein einziger Moslem zu finden und im Parlament ist zwar eine christliche Partei vertreten,



aber keine einzige muslimische Partei. In Deutschland hat die christliche Partei mit am längsten regiert. In vielen staatlichen Schulen in Deutschland wird christliche Religionslehre propagiert und benotet! Wenn irgendwo in Deutschland eine Moschee gebaut wird, gehen die Deutschen auf die Straße und demonstrieren, während rund um die Uhr überall im Land die Kirchenglocken läuten.

Währenddessen müssen sich Menschen, die in das Land einwandern möchten, einem Staatsbürgerschaftstest unterziehen. Währenddessen lässt Deutschland zusammen mit dem großen Satan EU eine Mauer auf afrikanischem Boden bauen, um Menschen an die Einreise zu hindern. Die Schikanen an den Grenzposten sind unmenschlich und menschenverachtend. Zudem bauen deutsche Staatsbürger auf spanischem Boden immer mehr deutsche Siedlungen. Auf Mallorca gibt es sogar schon Ortschaften, wo nur noch deutsch gesprochen wird. Die genuin spanische Bevölkerung wurde vertrieben! In der Verfassung des Bundeslandes Hessen steht sogar noch die Todesstrafe!

Das ist staatlicher Terrorismus zu sprechen. Daher fordern wir:

Boycott Deutschland!

* Kauft keine Waren Made in Germany!

* Verweigert deutschen Professorinnen

und Professoren die Universitäten!

* Stört Theateraufführungen, Konzerte und Lesungen von deutschen Künstlern!

* Demonstriert, wenn irgendwo eine deutsche Mannschaft bei einem Sportturnier antritt!

* Überzeugt internationale KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen, nicht in Deutschland aufzutreten!

Wir bejahen das Existenzrecht von Deutschland, aber das Land hat uns lange genug im Würgegriff gehalten. Wenn Frau Merkel in Athen anruft, beugt sich dort der politische Wille und sie führt Brüssel am Nasenring durch die europäische Arena. Deutschland ist ein Pulverfass in der ganzen Europäischen Union und die größte Gefahr für den Weltfrieden!

Mit dieser Meinung stehen wir nicht alleine da. Sogar in Deutschland gibt es mutige Deutsche, die sich gegen die deutsche Politik stellen. Auf einer Demonstration von Anti-Deutschen hörten wir jüngst: „Deutschland von der Karte streichen, Polen muss an Frankreich reichen.“

Wir stehen zum Existenzrecht Deutschlands, aber wenn schon Deutsche das Existenzrecht Deutschlands in Frage stellen, muss sich Deutschland die Frage gefallen lassen, ob es vielleicht selbst Schuld trägt an der momentanen Situation.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

angesichts des unerträglichen Appeasements gegenüber allerlei blutrünstigen islamischen Unrechtsregimen nicht hinnehmbar ist die europäische und deutsche Unterstützung der von den Grünen und Linken initiierten Kauft-nicht-bei-Juden-Bewegung BDS und die gegen jede historische Wahrheit versuchte Leugnung des ausschließlichen jüdischen Anspruchs auf das ganze ungeteilte Jerusalem als historische Hauptstadt des jüdischen Volkes, von dem von einer widerrechtlich erbauten Eroberungsmoschee dominierten jüdischen Tempelberg des alten jüdischen Tempels ganz zu schweigen.

Dennoch und trotz der gegenwärtigen verfehlten deutschen und europäischen Selbstaufgabe-Politik und trotz des noch in der Endphase der viel zu langen Amtszeit als US-Präsident sein wahres islamaffines und israel-feindliches Gesicht zeigenden politischen Ausfalls Barack Obama: Wir werden auch dieses Mal unsere Kolumne nicht mit den düsteren Gedanken beschließen müssen, die uns der sich zusehends brutalisierende großflächige

islamische Terror und die manifest hilflosen Fehlbesetzungen unserer politischen Ämter in den letzten Jahren aufgezwungen haben.

Israel, der legitime Staat des jüdischen Volkes, prosperiert allen seinen Feinden zum Trotz auf vielen Bereichen und ist aus verantwortlicher Stelle für nahezu alle Errungenschaften unseres neuen technologischen Zeitalters nicht wegzudenken.

Die unmittelbar bevorstehende präsidiale Amtszeit des amerikanischen Gespanns Trump und Pence ist das keine Sekunde zu früh gekommene überaus erforderliche Korrektiv für die verfehlte, von mangelndem politischen Gespür geprägte Verschärfung des weitgehend vermeidbaren Osteuropa-Konflikts, für die bei B. Obama persönlich geprägte gefährliche Begünstigung islamischer Unrechtsregime und für das massive anti-israelische Sentiment der unsäglichen Politik B. Obamas und seines Erfüllungsgehilfen J. Kerry.

Das allen Verunglimpfungen durch die weltweite, linksromantisierende Pseudo-Bessermensch-Politik und die ihr verge-

sellschaftete Trump-Dämonisierungs-Journaille erfolgte Wahlbeben in den USA und der damit einhergehende heilsame Schock für unsere hiesige, den Wählerwillen kaum noch ernstnehmende Politik, lässt uns schon im Jahr 2017 nicht nur eine realistischere Haltung zu der islamischen Expansion in Europa, sondern die längst überfällige positive Veränderung des Proporz in der zum gewissen- und seelenlosen Judenhasser-Club degenerierten UN(nütz)-Organisation und ihrer Islam-gegen-Israel-Terror-Begünstigungs-Unterorganisationen erhoffen.

Auch die von der neuen Trump-Administration vorgesehene wichtige Beendigung der Atombewaffnung des islamischen Holocaustleugner- und Holocaustbereiter-Regimes durch die Sistierung des leichtfertigen, von B. Obama und besonders auch von F. Steinmeier favorisierten Schanddeals mit den verbrecherischen und demokratie-feindlichen Mullahs aus Teheran lässt Hoffnung für die Sicherung des Weltfriedens und besonders auch für die Sicherheit Israels aufkommen.

Die dem Duo Trump und Pence am Herzen liegende Umkehrung der unter Barack Obama aktiv betriebenen Entfremdung zwischen den USA und Israel ist geeignet, die gewachsenen guten Beziehungen der USA zu seinem natürlichen und verlässlichen Verbündeten Israel, der einzigen Demokratie im Mittleren Osten, wieder vollständig herzustellen.

Mit der von D. Trump angekündigten Verlegung der amerikanischen Botschaft nach Jerusalem werden gegen alle Beschlüsse der Israel-Feinde aus der UN die wirklichen historischen Zusammenhänge richtiggestellt und dem ungeteilten Jerusalem endgültig die berechnete Anerkennung als ewige Hauptstadt des jüdischen Staates Israel zuteil.

In diesem Sinne wünschen die Redaktion und ich dem Staate Israel, unseren Lesern und allen friedliebenden Menschen Glück, Wohlergehen und ein gesundes Neues Jahr 2017 in Gesundheit, Frieden, persönlicher Unversehrtheit und Würde.

Am Israel Chai!
Ihr Dr. Rafael Korenzecher

Obamas Jahre

Ein Präsident zwischen Schein und Sein

Von Attila Teri

Es war der 5. November 2008. Wie Milliarden anderer Menschen auf unserem Planeten saß ich die ganze Nacht gebannt vor dem Fernseher. Als es feststand, dass Barack Obama die Wahl gewonnen hat, weinte ich vor Freude. Die Aufbruchsstimmung hat auch mich mitgerissen. Erst Recht durch seine Antrittsrede am 20. Januar 2009. Ein kleiner Auszug: „Die Lage ist ernst, wir haben viele Probleme, die wir nicht auf die Schnelle werden lösen können. Aber lassen Sie mich dies sagen: Amerika wird sie lösen.“

(...)

„An diesem Tag haben wir uns versammelt, da wir Hoffnung über Angst, Einigkeit im Ziel über Konflikt und Zwietracht stellen. An diesem Tag sind wir gekommen, um das Ende von engstirnigen Klagen und falschen Versprechungen zu verkünden, von gegenseitigen Schuldzuweisungen und abgenutzten Dogmen, die viel zu lange unserer Politik die Luft abgeschnitten haben.“

In wenigen Tagen ist Obama Geschichte – Zeit Resümee zu ziehen. Über seine Innenpolitik möchte ich es mir nicht anmaßen ein Urteil zu fällen. Ich lebe nicht in den USA und kann so die Tragweite und Auswirkungen seiner Entscheidungen sicher nicht so beurteilen, wie es ihm gebührt. Ob positiv oder negativ. Es bringt mich lediglich zum Nachdenken, warum die Mehrheit seiner Landsleute eines auf keinen Fall wollte: Ein Weiter-So mit Clinton! Betrachte ich seine außenpolitischen Leistungen, könnte ich seine Amtszeit mit einem Satz beschreiben: Außer Reden nichts gewesen. Na ja, fast!

Am 21. Mai 2009 verkündete Obama unter tosendem Applaus: „Um Extremismus zu überwinden müssen wir umsichtig die Werte aufrechterhalten, die unsere Truppen verteidigen. Denn nichts in der Welt ist stärker als das Beispiel Amerikas. Deshalb habe ich die Schließung von Guantanamo angeordnet. Und wir werden inhaftierten Terroristen schnell und überzeugend den Prozess machen.“ So weit, so gut. Im Dezember 2016 sitzen noch immer 59 Häftlinge im US-Gefangenenlager Guantánamo. Aber seien wir nicht so streng, sogar ein US-Präsident hat das Recht auf Fehler.

Wenige Tage später, am 4. Juni 2009 hielt er seine vielbeachtete Grundsatzrede in Kairo, die einen Wandel in den Beziehungen zur islamischen Welt markieren sollte. Sein Versprechen: „Ich bin hier nach Kairo gekommen, um einen Neuanfang zwischen den Vereinigten Staaten und Muslimen in aller Welt zu versuchen, gegründet auf gemeinsame Interessen und gegenseitigen Respekt, und gegründet auf der Wahrheit, dass sich Amerika und Islam nicht ausschließen und nicht in Konkurrenz zueinanderstehen müssen. Vielmehr überschneiden sich beide und teilen gemeinsame Prinzipien – Prinzipien von Gerechtigkeit und Fortschritt, Toleranz und Menschenwürde.“ Klingt vielversprechend, hat bloß mit der bitteren Realität in den islamischen Ländern nicht das Geringste zu tun. Aber seien wir nicht so streng, sogar ein US-Präsident hat das Recht zu träumen.

Und Träume sollten belohnt werden. Anders kann ich die Begründung für seinen Friedensnobelpreis kaum interpretieren. „Das norwegische Nobel-Komitee hat beschlossen, den Friedensnobelpreis 2009 an Präsident Barack Obama zu vergeben für seine außergewöhnlichen Bemühungen zur Stärkung der interna-



Ein Ägypter feiert Obama gar als neuen Pharaos.

nationalen Diplomatie und zur Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Das Komitee hat dabei besonderes Augenmerk auf Obamas Vision und seine Arbeit für eine Welt ohne Atomwaffen gelegt.“ – hieß es unter anderem. Das ehrenwerte Komitee ging einfach in Vorleistung – dumm ist es nur, wenn der Preisträger „vergessen“ hat anschließend zu liefern. Aber seien wir nicht so streng, sogar ein US-Präsident hat das Recht auf Demenz.

Eines der größten Wahlversprechen von Obama war, die Kriege im Irak und Afghanistan zu beenden. Ungeachtet der Lage, ließ er tatsächlich seine Truppen bis zum 18. Dezember 2011 aus dem Irak ab-

„Eines der größten Wahlversprechen von Obama war, die Kriege im Irak und Afghanistan zu beenden.“

ziehen. Durch das entstandene Machtvakuum, entbrannte der Machtkampf zwischen Schiiten und Sunniten wieder in vollen Zügen. Ohne Rückzug wäre auch der „kometenhafte Aufstieg“ der 2003 gegründeten Terrororganisation „Islamischer Staat“ nicht möglich gewesen. Sie lief in Rekordzeit El-Kaida den Rang ab und wurde zur größten Bedrohung. Aber seien wir nicht so streng, sogar ein US-Präsident hat das Recht sich zu irren.

Nach der zunehmenden Destabilisierung der Region warnten republikanische Senatoren wie John McCain, Lindsey Graham und Kelly Ayott auch 2014 eindringlich vor den unkontrollierbaren als auch unvorhersehbaren Folgen: „Unsere schlimmsten Befürchtungen treten ein, die schwarze Fahne El Kaidas weht über Mossul.“ Die Ausbreitung von Terroristen im Irak und in Syrien sei die Folge von Obamas übereiltem Truppenabzug. „Unglücklicherweise macht der Präsident jetzt in Afghanistan den gleichen Fehler“, beklagten die drei Senatoren vor der bevorstehenden Heimkehr der Kampftruppen aus Afghanistan. Trotzdem wurden sie zum größten Teil abgezogen. Erst 2015 begann der Friedensnobelpreisträger seine Strategie leicht zu modifizieren.

2017 sollen nun zumindest noch 8.400 US-Soldaten im Land bleiben. Ob sie den erneuten Vormarsch der Taliban stoppen können, ist eine andere Frage. Aber seien wir nicht so streng, sogar ein US-Präsident hat das Recht, seine Finger immer wieder zu verbrennen und nichts daraus zu lernen.

Sein „Meisterstück“ in Sachen „Frieden schaffen ohne Waffen“ lieferte Obama mit seiner Haltung zum syrischen Bürgerkrieg ab. Am Anfang, im Jahre 2012, lehnte Obama die Bewaffnung moderater Rebellenkräfte genauso ab wie die Einrichtung von Flugverbotszonen für Assads Luftwaffe und Schutzzonen

für Flüchtlinge. Er verkündete lediglich mit erhobenem Zeigefinger: „Ich habe bis jetzt kein militärisches Eingreifen angeordnet, aber für uns ist eine rote Linie überschritten, wenn eine ganze Menge chemischer Waffen bewegt oder eingesetzt wird.“ Sie wurden eingesetzt, Tausende starben. Und tun es bis heute. Für Obama kein Grund an seiner Politik etwas zu ändern. Sein Zaudern hat es auch Putin erst ermöglicht als Weltmacht auf die internationale, politische Bühne zurückzukehren. Aber seien wir nicht so streng, gar ein US-Präsident hat das Recht alles zu verraten, woran er angeblich glaubt.

Wenn wir schon beim Massenmord angelangt sind, muss ich leider zwangsläufig noch einmal Obamas Rede 2009 in Kairo in Erinnerung rufen.

„Sechs Millionen Juden wurden getötet, mehr als heute in Israel leben. Diese Tatsache zu leugnen, ist gegenstandslos, ignorant und abscheulich. Israel mit Zerstörung zu drohen oder widerwärtige Klischees über Juden zu wiederholen, ist zutiefst falsch und führt nur dazu, in den Köpfen der Israelis diese schmerzhafteste aller Erinnerungen wachzurufen und dabei den Frieden zu verhindern, den

die Menschen dieser Region verdienen.“ Ein wahrer Freund der Juden. Sollte man anhand dieser Worte meinen. Aus dem Grund schloss er sicher auch den Atomdeal mit den Mullahs in Teheran ab, die sich nichts sehnlicher wünschen, als Israel von der Erde zu tilgen.

Ergänzend zu seiner Forderung nach der Umsetzung der Zweistaatenlösung sagte er damals: „Die Palästinenser müssen der Gewalt abschwören. Widerstand durch Gewalt und Töten ist falsch und führt nicht zum Erfolg... Die Hamas genießt durchaus die Unterstützung einiger Palästinenser. Aber sie muss auch ihre Verantwortung anerkennen. Um zur Erfüllung der palästinensischen Ziele beizutragen und das palästinensische Volk zu einen, muss die Hamas die Gewalt beenden und frühere Vereinbarungen sowie Israels Existenzrecht anerkennen.“ Da vermutlich eher UFOs auf unserem Planeten landen, bevor dieser fromme Wunsch in Erfüllung geht, fiel Obama im Rahmen einer seiner letzten Amtshandlungen lieber den Juden in den Rücken und ließ mit der Stimmenthaltung der USA die neueste UN-Resolution im Sicherheitsrat gegen Israel passieren, was vor ihm noch kein US-Präsident getan hat. Seine Entscheidung erweckt den Anschein, als ob er sich gedacht hätte, ich habe den Nahostkonflikt so satt und löse ihn, komme was wolle und sei der Preis dafür die Vernichtung Israels. Aber seien wir nicht so streng, gar ein US-Präsident hat das Recht den jüdischen Staat zu kritisieren ohne Antisemit zu sein.

Am 20. Januar 2017 wird Donald Trump als 45. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. Viele betrachten ihn als Hochstapler, der die Massen mit falschen Versprechungen verführt hat und die Welt ins Unglück stürzen wird. Was war nun Obama, der schon im Vorfeld zum Messias (v)erklärt wurde? Entpuppt er sich am Ende nicht als der perfekte Blender? Nach meiner ganz und gar nicht „repräsentativen Meinung“ war er neben Jimmy Carter der schlechteste Präsident in der jüngeren Geschichte der Vereinigten Staaten. 2008 weinte ich vor Freude als er gewählt wurde. Heute weine ich vor Wut, weil er gewählt wurde!

Obamas Rache – Die UN-Resolution 2334

Steinmeier und die verpasste Chance zu schweigen

Von Dr. Nikoline Hansen

Es gibt kein Land auf der Welt, das sich so permanenter Kritik durch die Weltgemeinschaft sicher sein kann wie Israel. Die Liste der vermeintlichen Verfehlungen ist lang – sie lässt sich einfach feststellen, wenn man die einschlägigen Seiten der Organisationen der Vereinten Nationen besucht, die dies oder das zum Anlass nehmen, Israel in einer Resolution zu verurteilen. In der Regel findet sich eine Handvoll Länder, die diese Resolution verfasst, manchmal wird solange verhandelt bis eine vermeintlich gemäßigte Version herauskommt, in der dann auch die Pflichten der „Palästinenser“ Erwähnung finden. Meistens gibt es ein Veto, gelegentlich einen milden Aufschrei, aber in der Regel wird dann wieder zum Alltag übergegangen und es gibt ein weiteres Dokument, das beweisen soll, was für eine schrecklich menschenverachtende Politik Israel betreibt. Dieses Spiel wird seit 1948 gespielt – es ist ein Nebenprodukt der in Folge des Zweiten Weltkriegs geschaffenen neuen Weltordnung, die seitdem den Frieden sichern soll.

Am 23. Dezember 2016 verabschiedete der Sicherheitsrat der UN, ein Gremium, in dem nur fünfzehn Länder vertreten sind, davon die Mehrzahl wechselnd, erstmals seit 1979 eine Resolution, die Israel dazu auffordert, den Siedlungsbau zu stoppen, da dieser die Zweistaatenlösung gefährde. Die USA, die einen der fünf ständigen Sitze innehat und die in der Regel ein Veto gegen solche Resolutionen einlegen, die Israel einseitig verurteilen, haben diesmal auf ihr Recht verzichtet, und wie den einschlägigen Medien zu entnehmen ist wohl auch am Wortlaut der Resolution 2334 mitgearbeitet. So scheint es, dass diese Resolution weniger der Sicherung des Friedens dient als vielmehr ein Versuch ist, die langjährig gescheiterte Politik Obamas im Bemühen um einen Friedensprozess noch fortzuschreiben – denn obwohl die Resolution nicht bindend ist, kann sie doch als Affront gegenüber der israelischen Politik verstanden werden.

Und offensichtlich ist, was viele schon vermuteten: Trump wird dieser Politik aufgeschlossener gegenüberstehen als der scheidende US-Präsident. So soll er versucht haben, die Verabschiedung der Resolution zu verschieben – erfolglos. John Kerry, noch Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, versuchte es sogar mit einer anderthalbstündigen Grundsatzrede, in der er unter anderem erklärte, warum er kein Veto eingelegt hatte: Seit Obamas Amtsantritt sei die Zahl der Siedler im Westjordanland um 100.000 gestiegen.

Erstaunlich, dass nach wie vor einzig die Siedlungen als Hindernis für eine „Zweistaatenlösung“ gesehen werden. Denn wenn der ernste Wille nach einer derartigen Regelung vorhanden wäre, könnte es eine Lösung geben – beispielsweise im Rahmen eines Gebietsaustauschs. Zudem muss man sich die Frage stellen, ob der zu gründende „palästinensische“ Staat Juden die Ansiedlung verbieten würde – immerhin leben in Israel mehr als eine Million arabische Israelis, sie machen knapp zwanzig Prozent der israelischen Staatsbürger aus. Woran also liegt es, dass israelische Siedlungen im Westjordanland in der Weltgemeinschaft geradezu manische Ängste auslösen? Warum werden gerade sie als Hindernis für den Frieden gesehen?



Außenminister Steinmeier.

Die Erklärung ist bei genauerem Hinsehen einleuchtend. Israel, ebenfalls ein Produkt dieser Weltgemeinschaft, die nun versucht den recht jungen Staat zu diffamieren, war es nicht vergönnt, in Frieden zu gedeihen. Es war den Nachbarn ein Dorn im Auge und infolgedessen nicht nur simplen Angriffskriegen ausgesetzt, sondern es ist ständiges Ziel einer strategisch geführten Propaganda, die dem antisemitisch geneigten Menschen sehr einsichtig wirkt.

Punkt 1 der Agenda: Umkehr der Größenverhältnisse. Nach den Überraschungssiegen der israelischen Armee wurde Israel mit einer Allmachtsfantase belegt, die den David-gegen-Goliath-Mythos kurzerhand umkehrt: Israel ist stark und mächtig, die „Palästinenser“ – eine infolge der israelischen Staatsgründung erfundene Gemeinschaft überwiegend arabischer Herkunft – sind klein und bedürfen demnach der Unterstützung der Weltgemeinschaft. Ehe dieser Begriff so umgedeutet wurde, waren selbstverständlich auch Juden Palästinenser, wenn man diese Herkunftsbezeichnung so verwenden will – jedenfalls lebten sie in dem Gebiet, das als Palästina bezeichnet wurde.

Wenn man sich die Geschichte der letzten Jahrzehnte ansieht, muss man sagen: Die Umdeutung funktioniert. Ein Land von der Größe Hessens, das strategisch in seinen ursprünglichen Grenzen kaum zu verteidigen ist, wird aufgrund seiner Existenz für die Übel der Welt verantwortlich gemacht. Erfolgreich.

In diesen Bereich der Propaganda gehört der gerade in jüngster Zeit immer wieder in den Vordergrund gebrachte Begriff „Zweistaatenlösung“ – beziehungsweise „Einstaatenlösung“. Man könnte sich fragen: als Lösung wofür? Es gibt einen Staat Israel, es gibt „palästinensische“ Autonomiegebiete, es gibt permanente Bestrebungen, den existierenden Staat zu vernichten, es gibt den ausdrücklichen Wunsch der Menschen, die auf die eine oder andere Art und Weise mit dem von der Weltgemeinschaft nicht anerkannten und daher auch nicht existieren-

Darüber hinaus sollte man sich vor Augen halten, dass die Siedlungen – auch wenn das gerne immer wieder behauptet wird – aus völkerrechtlichen Gesichtspunkten heraus nicht illegal sind. Auch dies ist eine historische Wahrheit, die gerne übersehen wird. So hatte der Völkerbund 1920 in San Remo festgelegt, dass Juden sich in allen Gebieten Palästinas ansiedeln können – eine Entscheidung, die von der UNO übernommen wurde.

Öffentliche Meinung folgte allerdings noch nie einer Logik. So wirkt auch die jüngste Resolution eher wie der Versuch des scheidenden US-Präsidenten Obama, es seinem Nachfolger schwer zu machen – und wie schon so oft in der Geschichte wird die Region des Nahen Osten zum Kriegsschauplatz externer Mächte. Dabei könnte man die Resolution auch anders interpretieren, wie Raphael Ahrens in „The Times of Israel“ unter Berufung auf die ehemalige Knesset-Abgeordnete Einat Wilf schreibt, die die Resolution als eine unbeabsichtigte Stärkung des Zionismus interpretiert: In dem Dokument liefere der UN-Sicherheitsrat die bislang stärkste internationale und juristische Unterstützung für ein Israel in den Grenzen der Waffenstillstandslinie von 1949, einschließlich Westjerusalem. Damit könne die Resolution dem künftigen US-Präsidenten Donald Trump den Weg öffnen, die amerikanische Botschaft nach Westjerusalem zu verlegen.

Mehr als erbärmlich ist die deutsche Haltung in dieser Frage, die vom Auswärtigen Amt und dem aller Voraussicht nach künftigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier vertreten wird, der statt wenigstens einmal nichts zu sagen, folgende Erklärung abgab: „Der Sicherheitsrat hat heute noch einmal bestätigt, was schon lange die Position der Bundesregierung ist: Siedlungsbau in den besetzten Gebieten behindern die Möglichkeit eines Friedensprozesses und gefährden die Grundlagen der Zwei-Staaten-Lösung.“ Auch die wiederholte Behauptung und Verabschiedung von Resolutionen macht diese Aussage nicht richtig – und bestätigen tut das gar nichts.

Im Gegenteil – ein deutliches Signal für die Bevorzugung einer Zweistaatenlösung erfolgte durch Israel, indem es einen Sicherheitszaun errichtete.

Superman Obama ante portas – eine Ode an die Freude

Eine Glosse zu Barack Hussein Obamas Amtseinführung am 20. Januar 2009

Anmerkung der Redaktion:

Diese bittere Glosse veröffentlichte der Herausgeber der JÜDISCHEN RUNDSCHAU, Dr. Rafael Korenzecher, bereits am 20. Januar 2009, dem Tag der ersten Amtseinführung von US-Präsident Obama. Nun, am Ende von dessen Amtszeit, lässt sich rückblickend feststellen, dass alle damalige Skepsis berechtigt war.

Von Dr. Rafael Korenzecher

Darf man der sich heutzutage weltweit rasant ausbreitenden Spezies Gutmensch und der global nahezu gleichgeschaltet dem heutigen Tag entgegenjubelnden Gutmenschenpresse Glauben schenken, dann ist der heutige Tag, der 20. Januar 2009, ein wundervoller Tag, ein Tag, an dem das lange Warten endlich ein Ende gefunden hat.

Der Erlöser in Gestalt eines charismatischen Sunnyboys, die Pop-Ikone des better America, ist zusammen mit seinen von den vielen Parties und dem Kokain gelangweilten Freunden und Unterstützern aus der Musikszene und Hollywoods Weltverbesserungs-Schickeria endlich und Fan-umjubelt in Washington angekommen.

Deutschland sucht ihn noch – Amerika und die Welt aber haben den Superstar bereits gefunden.

Nur noch ein paar Stunden, nur noch einen kurzen Augenblick and we sure can.

Messias Obama wird uns mit seiner Botschaft beglücken und uns den Weg weisen ins neue Nirwana. Party everywhere and Party forever – Freude so weit das Auge reicht.

Und Grund zur Freude gibt es ja schließlich mehr als genug:

George Bush, der fundamentalistische Gotteskrieger aus Texas, der das unverzeihliche Verbrechen begangen hat, die Welt derartiger Lichtgestalten und Hoffnungsträger wie Saddam Hussein beraubt zu haben und gegen den islamistischen Terror zu kämpfen, muss endlich gehen und gleich nach ihm gehen auf Obamas Geheiß in die wohlverdiente Freiheit und Wiedereingliederung in ihre bisherige segensreiche Tätigkeit auch sämtliche so schrecklich victimisierten Al-Quaida-Terroristen und Sympathisanten aus dem obsolet gewordenen Guantanamo: Freude in Reinkultur.

Auch im Nahen Osten geht man rechtzeitig zur großen Washington-Party wieder zur üblichen Routine über: die heldenhaften Friedenskämpfer der Hamas kriechen wieder aus ihren Verstecken in Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern, in die sie sich vor der israelischen Armee mutig zwischen Kindern und Kranken verkrochen haben, und führen schon mal – bevor sie sich wieder ihrer Lieblingstätigkeit, dem Raketenbeschuss von Schulkindern im israelischen Feindesland zuwenden, Säuberungen unter ihrer eigenen Bevölkerung durch, indem sie schon Stunden nach dem Rückzug der israelischen Soldaten der ersten Ermordungen von vermeintlich Kollaborateuren und Fatah-Anhängern in zweistelliger Zahl begangen haben, natürlich vor dem Hintergrund des schlagartig abgeebbten Gutmensch-Interesses an dem Schicksal der der Hamas ausgelieferten palästinensischen Bevölkerung.

Für derartige Details ist die westliche



Nie hat ein Präsident der USA soviel Vorschusslorbeeren erhalten wie Obama.

Gutmensch-Szene und ihre Medien zu sehr beschäftigt mit ihrer Freude, dass der kalte Genozid der israelischen Aggressoren am unschuldigen palästinensischen Volk in Gaza als Tribut an Obamas Amtseintritt gestoppt werden konnte.

Die Welt feiert unter dem Beifall des türkischen Obama-Freundes Erdogan und mit Hilfe der in zahlreichen europäischen Städten abgehaltenen kraftvollen und friedlichen „Tod-den-Juden“- und „Israel-Mörder“-Skandier- und Flaggenverbrennungs-Demos der mit den überaus friedliebenden Hamasterror-Anhängern vereinten Kommunisten-, Nazi- und Gutmenschszene. Sie feiert die berechtigte Angst der israelischen Übeltäter vor der Augenbrauen-Hochzieh-Reaktion des neuen US-Präsidenten Obama und die den Israelis nahezu bedingungslos aufgezwungene Waffenstillstands-Rettung der freiheitsliebenden Hamas-Mörder und deren als Obama-Vorschuss nunmehr weiterhin aufrechterhaltene Fähigkeit auch künftig schöne und harmlose Friedensraketen nach Israel abzuschießen. Schon das Erscheinen des amerikanischen Sunny-Boys im Weißen Haus durchkreuzt nachhaltig die mordlüsternen Ziele des israelischen Kriegstreibers, sein ohnehin nur geraubtes Territorium und seine Bürger vor den völlig harmlosen Silvester-Knall-Raketen der Hamas-Patrioten zu schützen und den in aller Gastfreundschaft seit 870 Tagen verschleppten und gefolterten Israeli Shalid zu befreien, mit einem Satz: Freude pur.

Ohne Frage hilfreich bei dieser für die Hamas ehrenvollen Kräfte- und Waffensammel-Verschlaufpause durften vor allem die heimlichen Direkt-Abreden der eindeutig Hamasfreundlichen Obama-Reiseemmissäre mit den so schrecklich tapferen Hamasführern im ach so frontnahen Da-

maskus gewesen sein.

Wichtig ist vor allem, dass die Mega-Spaß-Party für den neuen Heilsbringer Obama nicht durch derartige Hässlichkeiten, wie sie der Schutz jüdischen Lebens vor dem Hamas-Terror darstellt, allzu sehr gestört werden – da wird man wohl erwarten dürfen, dass die Israelis schon im eigenen Interesse verstehen, wo man zurückzustecken hat.

Dass mit dem Rückzug der Israelis der Hamas-Terror und das Ermorden der vermeintlichen Kollaborateure unter der palästinensischen Gaza-Bevölkerung schon wieder begonnen hat, interessierte unsere Gutmenschen und die weltweite Obama-Jubelgemeinde ohnehin noch nie wirklich.

Freude über den Rückzug, Freude über Obama, reine Freude überall – The show must go on – die Stunde der Gutmenschen ist gekommen.

Ach ja, vielleicht noch eins für die Geschichtskenner unter den Fans des sich selbst in geistiger Nähe zu Lincoln wählenden Barack Obama:

Ein Abraham Lincoln, der opferbereit gegen die südstaatlichen Sklavenhalter einen gerechten Krieg für eine gerechte Sache geführt hat, ist Obama nun wirklich nicht – diese Parallele trifft sicherlich viel eher für Präsident George W. Bush zu, der in der künftigen Geschichtsschreibung mit großer Sicherheit nicht annähernd so schlecht wegkommen wird, wie es uns das Bündnis aus verböhrt globalen Amerika-Gegnern, EU-Klimahysterikern, hegemonialen im mittelalterlichen Wertesystem verharrenden Islamisten, pseudoprogressiven linken und ewiggestrigen rechten Feinden der westlichen Demokratie, eingefleischten Judenfeinden und Israelhassern und der schlicht einseitig erblindeten hypokritischen Gutmensch-Connection à la Claudia Roth und den verlogenen wasser-predigenden und wein-trinken-

den Neu-Establishment-Parvenues und RAF-Sympathisanten aus der 68er-Hausbesetzer- und Steinwerfer-Szene mit doppelter Moral und gleichzeitigem Ostermarschierer-Heiligenschein à la Jürgen Trittin.

In der absichtlich geschaffenen Intransparenz und Ungreifbarkeit seiner wirklichen politischen Standorte und Absichten wäre Barack Obama in der amerikanischen Sezessionszeit eher ein verschlagener und idealer Vertreter der opportunistischen „peace democrats“, und der „copperheads“ gewesen, die gegen Lincolns prinzipientreue – man ist versucht zu sagen – fast fundamentalistische – Haltung ohne Zögern bereit waren, das Ideal der Abschaffung der Sklaverei dem schnell vorzeigbaren Erfolg einer Waffenruhe mit dem feudalen Sklavenhalter-Süden zu opfern.

Wäre Abraham Lincoln tatsächlich so beschaffen gewesen wie unsere Gutmenschen Barack Hussein Obama sehen, wäre die Sklaverei vielleicht später, jedenfalls lange nicht in der von Präsident Lincoln geprägten Zeit beseitigt worden.

Nur die Geschichte kann eine derartige Satire zu dem ersten vermeintlichen Vertreter des schwarzen Amerika schreiben.

Egal, heute steigt das Mega-Event und das Obama-Merchandising läuft zur Freude der Händler auf vollen Touren.

Der Umbau Amerikas beginnt und jeder verdient seine Chance.

Ob es wirklich eine Freude wird für die westliche Welt und den Mittleren Osten, vor allem aber für den kleinen Staat Israel, bleibt abzuwarten.

Nicht wenige Menschen in Amerika üben bereits „how to survive the obama years“. Vielleicht sollten wir uns zum Schutz vor der Übermacht der Gutmenschen anschließen. Yes, we sure should....

CDU gegen BDS

Warum unterstützt die CDU die Kennzeichnungspflicht für Waren aus Judäa und Samaria?

Von Alex Feuerherdt

Als erste Partei in Deutschland hat die CDU einen förmlichen Beschluss gegen die Israelboykottbewegung BDS gefasst und diese als antisemitisch bezeichnet. Das ist ein wichtiges politisches Signal. Zugleich müssen die Christdemokraten sich fragen lassen, warum sie dann eigentlich den anti-israelischen Kennzeichnungsbeschluss der EU vom vergangenen Jahr mittragen.

Der Text lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Wer heute unter der Fahne der BDS-Bewegung zum Boykott israelischer Waren und Dienstleistungen aufruft, der spricht in der gleichen Sprache, in der man einst die Menschen dazu aufgerufen hat, nicht bei Juden zu kaufen.“ Ein solcher Boykottappell sei „nichts anderes als plumper Antisemitismus“. So steht es im Antrag mit der Nummer C111, den der Frankfurter Kreisverband der Christlich-Demokratischen Union an den CDU-Bundesparteitag in der nordrhein-westfälischen Stadt Essen gestellt hatte. Mit der BDS-Kampagne – das Kürzel steht für die Forderung nach Boykotten, Desinvestitionen (also Kapitalabzug) und Sanktionen gegenüber Israel – komme „der Antisemitismus als Antizionismus daher“, heißt es in dem Antrag weiter, „doch auch in neuen Kleidern des 21. Jahrhunderts bleibt Judenfeindlichkeit Judenfeindlichkeit“. Daher müssten „alle notwendigen Anstrengungen darauf gerichtet werden, dieser Form des Antisemitismus und der aggressiven Feindlichkeit gegenüber Israel entschieden entgegenzutreten“.

Die CDU möge „ihre Missbilligung und Ablehnung jeglicher BDS-Aktivitäten“ erklären und diese als antisemitisch verurteilen, forderten die Antragsteller außerdem. „Jeglichen Aktionen, die Israel feindlich begegnen“, trete die CDU „entschieden entgegen“. Sie bekenne sich „zu der tief empfundenen Freundschaft zu Israel“ und setze sich „auch weiterhin für eine friedliche Lösung des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern ein“. Der Antrag wurde auf dem Parteitag vor wenigen Tagen angenommen. Uwe Becker, der Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU, kündigte in der „Jüdischen Allgemeinen“ außerdem an, es nicht bei diesem Beschluss zu belassen: „Wir werden uns auch im kommenden Wahlprogramm der CDU gegen Israel-Boykotte aussprechen, damit sich die



Der Frankfurter Bürgermeister Uwe Becker gehört zu einer der israelfreundlichsten Politiker in der CDU.

Haltung der Partei auch im politischen Handeln niederschlägt.“ Das könne beispielsweise bedeuten, Institutionen und Vereinigungen, die die BDS-Bewegung unterstützen, die staatliche Förderung zu entziehen.

Christdemokraten in Gewissensnöten?

Die Christdemokraten sind die erste Partei in Deutschland, die sich derart explizit gegen die BDS-Kampagne stellt und sie unmissverständlich als das bezeichnet, was sie ist – antisemitisch nämlich. Damit hat die CDU ein wichtiges politisches Zeichen gesetzt und deutlich gemacht, dass Aktivitäten für einen Boykott des jüdischen Staates kein menschenrechtliches Engagement für die Palästinenser sind, sondern ausschließlich eine Dämonisierung und Delegitimierung Israels bezwecken. Ob und wie sich der Parteitagbeschluss in der Praxis auswirkt, wird nun die entscheidende Frage sein. Denn es hätte nicht nur um Gruppierungen und Vereine zu gehen, die sich der BDS-Bewegung unmittelbar angeschlossen haben, sondern es müssten auch jegliche

Forderungen und Tätigkeiten, die zwar nicht unter diesem Label laufen, ihm aber in Form und Inhalt ähneln oder gar entsprechen, entschlossen bekämpft werden. Und dies umso mehr, wenn sie Bestandteil einer Regierungspolitik sind.

Genau das müsste die CDU eigentlich in Gewissensnöte bringen. Denn die vor etwas mehr als einem Jahr von der EU-Kommission verabschiedete Beschluss, dass Produkte israelischer Firmen aus dem Westjordanland, aus Ostjerusalem und von den Golanhöhen bei der Einfuhr in die Europäische Union gesondert gekennzeichnet werden müssen, wurde und wird auch von ihr mitgetragen. Diese Verordnung ist ein indirekter Boykottaufruf gegen Israel – denn sie soll dafür sorgen, dass die betreffenden Waren nicht mehr gekauft, ja, am besten gar nicht erst angeboten werden – und wurde von der BDS-Bewegung deshalb auch als solcher verstanden und begrüßt. Wenn es den Christdemokraten mit ihrer Anti-BDS-Erklärung ernst ist, müssen sie nun daraufhinwirken, dass der Kennzeichnungsbeschluss – der vor allem politisch weit schwerwiegendere Folgen für Israel hat als das Treiben von BDS-Gruppierungen – zumindest deutschlandweit außer Kraft gesetzt wird.

Gegenwind für die BDS-Bewegung

Die BDS-Bewegung, die vor allem seit 2015 verstärkt Zulauf erhält, hat zuletzt in mehreren Ländern einigen Gegenwind erfahren. Der oberste Gerichtshof Frankreichs beispielsweise bestätigte eine Verurteilung von BDS-Aktivistinnen wegen der Diskriminierung Israels, die Stadtverwaltung von Paris verurteilte zudem jeglichen Boykott des jüdischen Staates ausdrücklich. Die britische Regierung verfügte, dass Gewerkschaften und staatliche Einrichtungen kein Land und kein Unternehmen boykottieren und auch nicht dazu aufrufen dürfen. Mit Blick auf Israel hielt sie fest, ein Boykott untergrabe die gemeinschaftlichen Beziehungen, vergifte die Debatte und schüre Antisemitismus. Das kanadische Parlament bestätigte parteiübergreifend einen An-

trag, BDS zu missbilligen, denn die anti-israelische Boykottbewegung treibe die Dämonisierung und Delegitimierung Israels voran. In den USA haben mehrere Bundesstaaten gesetzliche Maßnahmen gegen die BDS-Bewegung erlassen.

Bereits vor dem CDU-Beschluss kündigten in Deutschland zwei Banken die Konten von BDS-Unterstützern: Die Commerzbank beendete ihre Geschäftsbeziehung mit dem Betreiber der Internetseite „Der Semit“, die Bank für Sozialwirtschaft (BFS) schloss das Konto der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“. Denn diese gehöre zur BDS-Bewegung, die eine Destabilisierung des Staates Israel zum Ziel habe, was mit den Grundsätzen der BFS unvereinbar sei, erklärte das Kreditinstitut in einer Stellungnahme. In Österreich löste die Bank für Arbeit und Wirtschaft (Bawag) ein Konto des „Österreichisch-Arabischen Kulturzentrums“ (Okaz) auf, das ebenfalls zur BDS-Bewegung gehört und zudem eine Veranstaltung mit der früheren Flugzeugentführerin Leila Khaled von der palästinensischen Terrororganisation PFLP durchgeführt hatte. Überdies annullierte die Erste Bank das Konto von „BDS Austria“.

In der „Jüdischen Allgemeinen“ forderte der Anwalt und Publizist Nathan Gelbart nach der CDU-Erklärung zu Recht weitere Konsequenzen: „Noch sind allzu viele Vereine von der Finanzverwaltung mit dem Gemeinnützigkeitsstatus ausgestattet, die aber Steuergelder zur Finanzierung ihrer diskriminierenden Ablehnung des Existenzrechts Israels missbrauchen. Auch hier besteht nachhaltig Handlungsbedarf.“ Dabei darf es aber nicht bleiben: Vor allem müssten die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien in der Praxis deutlich machen, dass die Beteuerung von Kanzlerin Angela Merkel, die Sicherheit Israels sei ein Teil der deutschen Staatsräson, nicht bloß ein Lippenbekenntnis war und ist. Das aber geschieht nicht, wenn Maßnahmen wie der Kennzeichnungsbeschluss der EU, mit dem eine Forderung der BDS-Bewegung erfüllt wird, unterstützt und mitgetragen werden.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Israelhetze mit Lehrauftrag an der Berliner Uni?

Dem Hass auf Israel ein Gesicht geben

Von Timo Koch

In der akademischen Welt des 21. Jahrhunderts ist ein offen rassistisch begründeter Antisemitismus, wie er vor dem Zivilisationsbruch der Shoah möglich war, kaum mehr anzutreffen. Die Antisemiten von heute verbergen ihre Intention hinter differenziert klingenden und pseudo-intellektuell aufgeladenen Formulierungen. An der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst in Hildesheim hat ein solcher Vorfall jüngst dafür gesorgt, dass der Senat der amtierenden Präsidentin das Vertrauen für eine weitere Amtszeit versagte und die Dekanin der zuständigen Fakultät in Anbetracht ihrer Verantwortung zurücktreten musste.

Bleibt zu hoffen, dass diese Geschehnisse in Hildesheim ein trauriger Einzelfall sind. Oder gibt es auch an anderen deutschen Hochschulen neue Anzeichen für ein Widererstarren von Vorurteilen, Lügen und Hass gegen Juden sowie den jüdischen und demokratischen Staat Israel? Wirft man einen Blick auf das Vorlesungsverzeichnis des renommierten Otto-Suhr-Institutes für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, so findet sich dort ein Proseminar mit dem Titel „Rassismus im Kapitalismus“. Das Ziel ist offenbar bereits im Voraus bekannt – so lässt sich in der Seminarbeschreibung lesen:

„In den ersten Sitzungen werden wir uns Schritt für Schritt die theoretische Grundlage erarbeiten (Hegel, Marx, Césaire, Fanon) um dann zu Fragen anticolonialer Kämpfe, sowie einem Einblick antirassistischer Kämpfe zu gelangen. Wir werden uns mit der Fragen von Macht/Unterdrückung, Kolonialismus und dem Ursprung des europäischen Kolonialrassismus auseinandersetzen und fragen inwieweit Konzepte aus Postkolonialer Theorie oder Intersektionalitätstheorie („Critical Whiteness“, Identitätspolitik) sinnvolle Werkzeuge zum Überkommen rassistischer Gewalt sein können.“

Bei einer solch anspruchsvollen Mission, dazu dargelegt in offensiver Rhetorik, lohnt es sich, einen näheren Blick auf die Dozentin zu werfen, was wiederum Rückschlüsse darauf ermöglicht, was in diesem Seminar unter Kolonialismus und anticolonialen Kämpfen verstanden wird.

Eleonora Roldán Mendivil ist alles andere als ein unbeschriebenes Blatt. Die selbsternannte „Politikwissenschaftlerin“ (die gerade einmal den Bachelor abgeschlossen hat) findet sich an prominenter Stelle bei einem Aufruf zum „Krieg in Gaza“. In die-



Eleonora Roldán Mendivil mit Temperament in ihrem Element: Hasspropaganda gegen Israel („Kein Frieden mit dem Apartheidregime“) verbreiten.

sem ist zu lesen, dass die israelische Armee „in einer Großoffensive die Bevölkerung Gazas angreift und dabei für den Tod und unendliches Elend tausender Menschen die Hauptverantwortung trägt.“ Abgesehen von der Pauschalisierung komplexer historisch-politischer Zusammenhänge und der alleinigen Schuldzuweisung an Israel, wird dieser Passus nachfolgend im Text von einem Klassiker des Antisemitismus vor 1945 an analytischer Schärfe und intellektueller Redlichkeit unterboten.

linity Studies, Critical Security Studies, Palestine (sic!), Iranian Studies, Critical Race Studies, Political Economy. Eine Verortung dieser Person am ganz linken Rand des politischen Spektrums unter Zuhilfenahme eines sehr dehnbaren Verständnisses dessen, was das Grundgesetz als freiheitlich-demokratischen Grundordnung definiert, ist somit naheliegend. Dieser Eindruck wird durch ihre Publikationstitel wie „Migration, Klassismus und Klassenbewusstsein“ oder „Zwischen Angst und

Die typischen Schlagworte deutscher Geisteswissenschaftler sind ihre "Fachgebiete": Critical Whiteness, Marxism, Postcolonial Theory, Gender Studies, Masculinity Studies, Critical Security Studies, Palestine (sic!), Iranian Studies, Critical Race Studies, Political Economy.

Dort heißt es: „Wir fordern, dass Sie Ihren – dank der engen Kooperation mit Israel – bedeutenden Einfluss geltend machen und Ihrer Verantwortung nachkommen.“ Wer mit den Juden – bzw. Israel als Metapher des „kollektiven Juden“ – zusammenarbeitet, scheint in dieser Lesart offenbar zu den Günstlingen einer „jüdischen Weltverschönerung“ zu gehören.

Auf dem Internetportal www.academia.edu findet sich sogleich ein Profil von Roldán Mendivil, die sich mit folgenden Schlagworten verortet: Marxism, Postcolonial Theory, Gender Studies, Masculinity

Verantwortung. Möglichkeiten radikaler Analyse und Kritik innerhalb der Akademie“ bestärkt. Unter letzterem Schriftwerk findet sich im Zusammenhang mit der Erwähnung von „Geschichte und Entwicklung des israelischen Staates“ auch die Rede von der „Besatzung Palästinas“ (sic!).

Noch tiefere Abgründe eröffnen sich auf dem Blog <https://cosasquenoserosompen.noblogs.org>, der von Roldán Mendivil betrieben wird. Erneut lesen wir von einer „Israeli occupation of Palestine“ – natürlich im Zusammenhang mit Judith Butler, Genderprofessorin aus den USA und eine

der Schlüsselfiguren des BDS-Movement (Boycott, Desinvestment and Sanctions) – der antisemitischen Boykottbewegung gegen Israel. Roldán Mendivils Kommentar: „Extremely inspiring...“. Ebenso inspirierend klingt für die Lehrbeauftragte an der FU Berlin offensichtlich ein Rapvideo mit übelster Hetze gegen Israel... da lässt es sich sogar gleich den Refrain „Tahya Falastin“ („Lang lebe Palästina“) inbrünstig mitgröhlen.

Als Dozentin der Politikwissenschaft darf ein Kommentar zur politischen Linken in diesem Zusammenhang nicht fehlen. So schreibt sie: „Alle Linken, außer einige der deutschen Linken (wie paradox!), sind sich im groben einig, dass der Zionismus, von dessen europäischen Wurzeln an, ein durch und durch Ashkenazim Kolonialprojekt ist.“

Auch für die Hamas – und indirekt die von ihr verübten Gewalttaten mit dem Ziel der Vernichtung des jüdischen Volkes – hat Roldán Mendivil eine Erklärung im Angebot: „[...] denn die Hamas gebe es nicht und die Zustände für im Libanon lebende palästinensische Menschen gebe es nicht, tja, wenn es nicht 1948 zur Katastrophe, zu Al-Nakba gekommen wäre...“. Bezeichnend im Bezug zu ihrer Lehrveranstaltung an der FU ist ihre Anwendung des Kolonialstaatsbegriffes. So zitiert sie selbst mit den Worten: „Was ist dein Problem? Israel ist ein Kolonialstaat. Und Punkt.“ Ob sich die Studenten im Proseminar von einer solchen Vehemenz des Hasses auf Israel indoktrinieren lassen, bleibt nur zu spekulieren. Weiter doziert sie:

„Vor dem Hintergrund immer weiterer Verschärfungen/Verschlechterungen des Lebens für Palästinenser*innen im durch Israel besetzten Palästina, ist es absolut legitim auf dieser Demo mit der palästinensischen Flagge auf die unhaltbare und selbst nach bürgerlichem Internationalem Recht sich Mal illegale, imperialistische und rassistische Situation in Palästina aufmerksam zu machen.“

Bei den hier dargelegten Informationen handelt es sich „nur“ um diejenigen Aussagen, die schriftlich belegbar sind. Man fragt besser nicht, was noch an gesprochener und unveröffentlichter Hetze gegen Juden und Israel hinzukommt. Es könnte je nach Leser Übelkeit, Enttäuschung oder Wut verursachen.

Es stellt sich die Frage, warum eine solche Person, die mit radikal antisemitischem Engagement offen in Erscheinung tritt, einen Lehrauftrag am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin erhält.

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL

Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1 Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:

EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

- Sri-Lanka ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)
- VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)
- MADEIRA ab 699€ (7 Tage)
- GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)
- ASERBAIDSCHAN ab 850€ (7 Tage)
- ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

- Baltyk 3*** (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP
- Jaunkemeri** (Letland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP
- Belvedere 4*** (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket
DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.
Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

- Spanien** ab 370€
- Italien** ab 470€
- Zypern** ab 360€
- Emirates** ab 880€
- Kuba** ab 970€
- Griechenland** ab 480€
- Türkei** ab 385€
- Kanaren** ab 525€
- Thailand** ab 760€
- Bali** ab 990€

Der Terror-Anschlag von Berlin

Vergeltung wofür? – Es gibt keinen Bundeswehr-Einsatz in Tunesien

Von Roger Letsch

Der Ermittlungsstand im Artikel unserer Autoren ist nicht mehr aktuell. Seine Schlussfolgerungen und Prognosen sind es jedoch sehr wohl.

Es wäre ja auch zu schön gewesen: Der Mörder springt aus dem LKW, wird von einem beherzten Zeugen verfolgt und kurze Zeit später von einem Streifenwagen gestellt. Flüchtling isser – zum Glück kein Syrer, zum Glück noch nicht „voll integriert“, weil noch in einer Notunterkunft – das hätte viele Auswege offengelassen für gesellschaftliche Schuldzuweisungen und Erklärungsversuche der Migrationsexperten. Es kam aber anders, denn der Pakistaner war es offenkundig nicht. Nun sucht man einen Tunesier*, dessen Asyldokumente man überraschend unter dem Fahrersitz des für den Anschlag gestohlenen LKW fand. Inwieweit der zunächst scheinbar schnelle Fahndungserfolg eine weiträumige Absperrung und Großfahndung verhindert hat, kann ich nicht beurteilen. Aber die Zeitspanne zwischen der Verhaftung und ersten Zweifeln an der Schuld des zuerst Festgenommenen war doch groß genug für eine ordentliche Strecke, fürchte ich.

Diese Art des Terrors ist seit Jahren Realität in Israel

Dass es keinen Sprengstoff oder Waffen im herkömmlichen Sinn braucht, um Terroranschläge zu begehen, wissen wir aber nicht erst seit Nizza. Auch dass es nicht immer junge übersteuerte Männer sein müssen, die zuschlagen, haben wir nicht erst durch die Messerattacke von Hannover gelernt. Beides sind Ausprägungen islamistischen Terrors, die in Israel leider längst zum Alltag gehören: Messerattacken aus heiterem Himmel und Autos, die in Menschenansammlungen in Bushaltestellen gejagt werden. Die Täter sind religiös und von islamistischer Propaganda und Lügen verblendete Männer, Frauen und sogar Kinder. Diese bittere Realität ist nun endgültig auch in Deutschland angekommen.

Deutschland hat jedoch keinerlei territoriale Konflikte mit islamischen Ländern und unsere Truppen stehen auch nicht in Tunesien. Wie kommt man also auf die Idee, möglichst weitgehende Zugeständnisse durch Israel an die Hamas würden im Nahen Osten für Frieden sorgen – und welche Territorien sollte Deutschland „räumen“ oder welche Aggression „beenden“, um nicht weiter Opfer terroristischer Anschläge zu werden? Genügt es, mehr Weihnachtsmärkte zu Wintermärkten zu machen, Trump als Teufel in Menschengestalt zu bezeichnen, Kirchen zu Moscheen umzuwidmen oder Kirchenglocken zu Absperr-Pollern umzuschmelzen?

Einen kleinen Vorgeschmack auf das zukünftige Gefühl der Unsicherheit im Land gab uns bereits der Amokläufer Ali Sonboly in München, der sich jedoch zum Glück nicht lange auf freiem Fuß befand. Nun jedoch ist ein erwiesener Terrorist schon länger auf der Flucht und untergetaucht, es handelt sich nicht mehr nur um eine „potenzielle Bedrohung“, die man zwar nicht genau kennt und von der man wenig weiß, die man aber gegen jede Art von voreiligen Verdächtigungen in Schutz nehmen soll. Selbst dann, wenn die Angaben in funkelneuen Ausweispapieren „auf eigenen Angaben“ beruhen. Heute ist die Bedrohung sehr konkret und sehr allgemein.

Während der Glühwein dem Wetter entsprechend für ein wohlige Bauchgefühl sorgen sollte, kriecht uns ein anderes, kal-



Nach dem Anschlag in Berlin haben zahlreiche Menschen ihre Trauer und ihr Entsetzen bekundet.

tes Gefühl die Beine hoch. Was jedoch in weiten Kreisen der Politik als „Generalverdacht“ geißelt wird, ist in Wirklichkeit eine unschöne, aber menschlich nachvollziehbare Empfindung. Ein Beispiel: zur selben Stunde, als der Weihnachtsmarkt in Berlin angegriffen wurde, stand ich mit Freunden auf dem Weihnachtsmarkt in Hannover. Zwei junge Frauen schlenderten an uns vorbei, von denen eine einen Hidschab trug. Mein Blick fiel in dem Moment auf die Marktbudenverkäuferin gegenüber,

Menschen, die unseren Schutz tatsächlich brauchen und sich um Integration in unser Land bemühen.“

Sie tut es leider immer noch! Das sprachliche Glattrühren der Begriffe Flucht, Schutz und Integration zu einem klebrigen Teig, der einfach nicht aufgehen will. Es ist falsch Sand, Wasser und Backpulver zusammenzukippen und zu erklären, man würde Kuchen backen! Nicht, wenn die Beteiligten Bäcker älter als fünf Jahre sind! Allerdings scheinen nicht wenige un-

„Selbst wenn wie im Fall des Terroranschlags von Berlin der Angriff eigentlich von außen kommt, geht der Blick nach innen.“

die mit zusammengekniffenen Lippen den beiden Mädchen mit den Augen folgte, als können die Hidschab-Trägerin jederzeit explodieren oder ein Messer ziehen, weil sie sich von „Glühwein mit Schuss“ oder „Schaschlik vom Schwein“ provoziert und beleidigt fühlt. Schlägt man im Mimik-Lexikon unter „Misstrauen“ nach, findet man genau diesen Gesichtsausdruck. Die verschärfte Sicherheitslage nach dem Anschlag in Berlin macht es nicht besser. Und was, wenn nicht ausgerechnet dieses verbreitete Misstrauen kann jetzt noch zur Verhaftung des Täters führen? Die Medaille hat leider – wie immer – zwei Seiten.

Die Wahrscheinlichkeit, dass der Täter in Folge der Grenz-und-Pass-Anarchie aus dem letzten Jahr ins Land gelangt sein könnte, ist hoch. Es ist deshalb unredlich, einerseits durch politische Fehleinschätzungen und grobe Fehler in der Vergangenheit für eine Verschärfung und Verschlechterung der Sicherheitslage zu sorgen und andererseits den Bürgern einreden zu wollen, sie müssten sich jetzt immer noch genauso vertrauensvoll verhalten wie immer, weil sie sonst den Terroristen in die Hände spielen würden. Wie schwer es zum Beispiel der Bundeskanzlerin immer noch fällt, korrekte Begriffe für die aktuelle Lage zu verwenden, zeigt ihr folgender Satz zum möglichen Fluchthintergrund des Täters.

„Dies wäre besonders widerwärtig gegenüber den vielen Deutschen, die tagtäglich in der Flüchtlingshilfe engagiert sind“, sagte Merkel, „und gegenüber den vielen

serer Politiker die Bevölkerung für leicht „plemm plemm“ oder im Vorschulalter steckengeblieben zu halten, kommen doch gerade wieder die Nullsätze und Füllsel wie am Fließband.

Ralf Stegner zum Beispiel twitterte „Absolute Sicherheit gibt es in einer freiheitlichen Demokratie niemals“. Aber irgendwie war doch vor kurzem mehr Sicherheit... was ist nur passiert, Herr Stegner?

Katrin Göring-Eckardt von den Grünen drückt es noch verschwurbelter aus: „Umso wichtiger ist es, jetzt unsere offene und freie Gesellschaft zu verteidigen.“ Das bedeutet leider nichts Anderes, als das man sich vor allem nicht verteidigen soll – nicht im Sinn des Wortes jedenfalls, höchstens im Göring-Eckardt-Sinne, indem man weiterhin so tolerant wie möglich bleibt und die Islamisten damit in die Verzweiflung treibt. Viel Spaß dabei!

Die Berliner Linke ruft indes gleich mal zur „Kundgebung für Anteilnahme und Solidarität und gegen die „Instrumentalisierung durch Nazis“ auf, weil es auch gerade Nazis gewesen sind, die das ganze Land in Aufruhr versetzt haben und die es nun dringend mittels einer Kundgebung zurück in ihre Höhlen zu treiben gilt. Was soll das Gelaber? Wer ist Adressat solcher „Botschaften“? Wie nennt man diese Abwehr-Reflexe, die umso deutlicher ins Leere laufen, je weniger Feinde sie antreffen und je resoluter sie vorgetragen werden? In der Medizin jedenfalls wäre die Diagnose klar: Autoimmunerkrankung!

Allergische Reaktionen einer selbstgerechten Gesellschaft

Das Immunsystem ist normalerweise damit befasst, Krankheiten abzuwehren. Mit manchen wird man bereits von Geburt an ganz gut fertig, anderes Skills kommen im Laufe des Lebens mit all seinen Abwehrkämpfen oder durch Impfungen hinzu, im übertragenen Sinne also durch Erfahrung und Bildung. Doch hin und wieder, besonders wenn es eigentlich keine Eindringlinge zu bekämpfen gibt, langweilt sich das Immunsystem und beginnt, alle möglichen harmlosen oder gar nicht vorhandenen Stoffe zu bekämpfen. Aus „Birkenpollen“ wird so eine gefühlte „Beulenpest“.

Was wir zum Beispiel derzeit als „Kampf gegen rechts“ erleben, ähnelt sogar einem noch schwereren Verlauf, einer Autoimmunerkrankung, bei der das Immunsystem ganze Organe, die eigentlich gesund und körpereigen sind, attackiert – selbst wenn wie im Fall des Terroranschlags von Berlin der Angriff eigentlich von außen kommt, geht der Blick nach innen. Es ist gewissermaßen der immunologischen Supergau, den Horror autotoxikus** der Gesellschaft, welche beginnt, das politisch-demokratische Gleichgewicht durch massive Angriffe nach innen zu zerstören und sich damit langfristig selbst zu vernichten – gerade jetzt, da es ganz offensichtlich Bedrohungen durch sehr reale Demokratiefeinde wie den Islamismus gibt, die unsere Aufmerksamkeit fordern. Stattdessen befassen wir uns lieber mit unseren Ängsten, definieren Hass und Wohlverhalten, verpixeln Fahndungsfotos im Netz und sind der festen Überzeugung, dass nur wir uns ändern müssen, um aus der Welt einen besseren Ort zu machen.

So versuchen wir die bittere Erkenntnis noch so lange wie möglich von uns fernzuhalten, dass uns längst statt „Lichterketten gegen rechts“ eher bewaffnete Militärstreifen in den Innenstädten mehr Sicherheit bringen würden. Die Polizei allein wird nicht genügen, Sicherheit in dem Maße herzustellen, wie wir es gern wieder hätten – nicht mit der aktuellen personellen Ausstattung und Ausrüstung.

Bisher tut die Politik aber weiter so, als könne sie aber genau das tun und baut zum Beispiel für den Silvesterabend 2017 in Köln Leuchttürme der Sicherheitsillusion. Jedem denkenden Menschen ist jedoch klar, dass dies nur möglich ist, weil man die Sicherheit anderenorts herunterfährt. Nicht jede Stadt kann zu jedem Zeitpunkt in eine Burg verwandelt werden. Für diese Erkenntnis braucht es übrigens keinen „Generalverdacht“. Misstrauen, das aus schlechter Erfahrungen entspringt, genügt völlig.

* Wie SPON berichtet, sollte der gesuchte Tunesier abgeschoben werden. Die Flüchtlingsindustrie wird dies sicher erleichtert zur Kenntnis nehmen, ergibt sich hier doch ein möglicher kausaler Zusammenhang aus Verzweiflung und Tatmotiv. ...oder vielleicht ja auch nicht, denn Anis A. war „hochmobil“, hatte dummerweise keine Papiere und benutzte verschiedene Namen – in solchen Fällen ist die Justiz des Hereinwanderungslandes Deutschland natürlich machtlos!

** Ich müsste korrekterweise von Selbsttoleranz sprechen, aber Horror autotoxikus klingt in dem Kontext einfach besser! Verehrter Paul Ehrlich, danke für dieses unfreiwillige, aber passende Bild.

Nichttun wäre die bessere Alternative gewesen

Frank-Walter Steinmeier – eine deutsche Karriere

Von Dr. Nikoline Hansen

Frank-Walter Steinmeier, geboren am 5. Januar 1956 in Detmold reist gerne. Seinen Weihnachtsurlaub verbringt er in Südtirol – gut erholt verrät sein Facebook-Status Ende Dezember 2016. Das ist gut so, denn aller Voraussicht nach wird er am 12. Februar 2017 von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt werden – derzeit ist er der einzige Kandidat. Bis dahin bemüht er sich offensichtlich in seinem derzeitigen Amt als deutscher Außenminister noch so viel Porzellan zu zerbrechen wie möglich.

Steinmeier hat eine typische Parteikarriere durchlaufen – unauffällig bis er das Amt des Außenministers am 17. Dezember 2013 zum zweiten Mal übernehmen konnte: Gymnasium, Bundeswehr, Jurastudium, fünf Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Gießen, wo er promovierte; danach Tätigkeit in der Niedersächsischen Staatskanzlei, ab 1998 im Bundeskanzleramt und 2005-2009 schließlich Bundesminister des Auswärtigen. Nach dem Ausscheiden aus der Regierung einfaches Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion bis zum zweiten Amtsantritt. Nach einem Plagiatsvorwurf wurden zwar „handwerkliche Fehler“ bei der Doktorarbeit attestiert, seinen Titel durfte er aber behalten.

Steinmeier hat eine klare Linie. Er ist Christ – evangelisch und in lutherischer Tradition verantwortlich für sein Tun und „eben auch für mein Nichttun“. Dass Nichttun die bessere Alternative gewesen wäre, hat er allerdings im letzten Jahr mit erstaunlich fehlendem Gespür für die politische Gemengelage wiederholt bewiesen. Wenn man von seiner komplizierten Haltung in der Frage des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan – Bundeswehreinsetzung ja, aber nicht im Süden des Landes – und seiner fehlenden Distanz zu Menschenrechte verletzenden Regimen einmal absieht, begann der gegenwärtige Tiefpunkt seiner diplomatischen Unerschrockenheit im August 2016, als er bei einem öffentlichen Auftritt in Rostock den amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump als „ungeeignet“ erklärte und ihn einen Hassprediger nannte. Eine erstaunliche Unbedarftheit für einen Außenminister, einen möglichen künftigen Präsidenten eines befreundeten Landes derart ohne Not zu kritisieren. Wie formulierte er es doch so schön in einer Rede am 5. November 2016:

„Demut ist alles andere als Resignation. Die Komplexität unserer Welt bringt neben Ungewissheit auch Fülle und Vielfalt. Wenn wir diese Komplexität richtig verstehen, können wir sie auch prägen und verändern.“

Demokratien brauchen aufgeklärte und streitbare Demokraten. Bildung, gerade auch politische Bildung ist die beste Versicherung gegen Manipulation und Manipulierbarkeit. Bildung braucht Angebote, sie braucht aber auch die Anstrengungsbereitschaft des Einzelnen. Es ist eine der Versuchungen des Internets, schwer zu erwerbenden Sachverstand durch ein rasches, radikales Urteil zu ersetzen. Aber politisches Urteil und geistige Anstrengung gehören in unserer komplizierten Welt notwendig zusammen.



Weniger Berührungängste als mit Donald Trump hat Steinmeier mit islamischen Despoten

Der Glaube an eine bessere Welt kann Berge versetzen, aber nur die Vernunft vermag uns vor gefährlichen Irrwegen bewahren. Wir brauchen Neugier, Zuversicht und Mut, und einen genauen, prüfenden Blick, der um die Kraft und den Nutzen der Vernunft weiß, um in der Überfülle und dem Unheil unserer Welt eine gerechtere, friedlichere Zukunft zu gestalten.“

Ja, das stimmt, soviel also dazu. Manchmal wäre es allerdings hilfreich sich an die eigene Nase zu fassen. Sicher ist Bildung die beste Versicherung gegen Manipulation und Manipulierbarkeit, leider hilft sie nur wenig, wenn man in Vorurteilen feststeckt. Das Unverständnis, mit der in Deutschland die Kandidatur Trumps verfolgt wurde und seine Dämonisierung spiegelt sich in den Äußerungen des Außenministers Steinmeier jedenfalls deutlich und so war es sichtlich ein Schock für ihn, dass er schließlich zum Präsidenten der USA gewählt wurde. Steinmeier ließ sich dadurch wenigstens nicht beirren. Nachdem feststand, dass Trump gewählt war, gratulierte er nicht, sondern erklärte: „Das Ergebnis ist anders als die meisten in Deutschland sich das gewünscht haben.“ Politik ist eben nicht immer ein Wunschkonzert, und die Außenpolitik schon gar nicht. Sodann schlug Steinmeier am 9. November bereits für den kommenden Sonntag ein Sondertreffen der EU-Außenminister zu den Folgen der US-Präsidentschaftswahlen vor. Ein Vorgehen, das panisch wirkt und fast an eine Kriegserklärung erinnert.

Am 16. November erklärte Angela Merkel schließlich, Steinmeier sei „der richtige Kandidat in dieser Zeit“ – für

das Amt des Bundespräsidenten. Hochloben ist in der Regel die Entsorgung von einem Posten, für den jemand untragbar wurde, wenn er eine gewisse Position erreicht hat. Bedauerlich, dass das höchste Amt in Deutschland nun unter dieser Art der Entsorgungspolitik zu leiden hat. Denn es steht zu befürchten, dass Walter Steinmeier sich auch nach seiner voraussichtlichen Wahl in bestimmten Angelegenheiten der Außenpolitik nicht zurückhalten wird und dabei vergisst, wer die deutschen Bündnispartner tatsächlich sind. Besonders betroffen davon ist auch Israel – ein Land, das vom Auswärtigen Amt seit Jahren regelmäßige Seitenhiebe erhält. Auf Nachfrage teilt Steinmeier am 25. November, als schwere Feuer in Israel wüten und Menschen obdachlos machen, auf seiner Facebook-Seite mit: „Wir stehen bereit, Hilfe zu leisten, wo immer geboten und gewünscht. Die breite Hilfsbereitschaft, die viele internationale Partner Israel entgegenbringen, sendet ein wichtiges Signal.“ Das lässt tief blicken, denn in diesem Fall war dann Hilfe wohl weder geboten noch gewünscht. Es hätte gutgetan, wenn das „wichtige Signal“ nicht von internationalen Partnern, sondern gerade auch von Deutschland ausgegangen wäre.

Eine weitere Entgleisung folgte am 23. Dezember 2016, kurz vor Weihnachten. Steinmeier ließ mitteilen: „Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York hat heute noch einmal mit einer Resolution zum israelischen Siedlungsbau bestätigt, was schon lange die Position der Bundesregierung ist: Siedlungsbau in den besetzten Gebieten behindert die Möglichkeit eines

Friedensprozesses und gefährdet die Grundlagen der Zwei-Staaten-Lösung.“

Ich bin der festen und tiefen Überzeugung, dass nur eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung dauerhaft Frieden bringen und dem legitimen Streben beider Parteien gerecht werden kann.“ Damit wiederholt Steinmeier un belegte Propaganda und manifestiert die Festschreibung der Behinderung des Friedensprozesses im Nahen Osten zu Lasten Israels, des einzigen demokratischen Rechtsstaats in der Region, der sich immer wieder um Frieden mit seinen Nachbarn bemüht. Es ist bedauerlich, dass dies die Position der Bundesregierung ist, denn sie behindert durch fantasielose Einseitigkeit den Friedensprozess in erheblichem Maße.

Es ist daher davon auszugehen, dass weder die USA noch Israel von der Wahl des neuen deutschen Staatsoberhauptes begeistert sein werden. Steinmeier selbst betrachtet sich in seiner künftigen Rolle als „Mutmacher“ – was auch immer das heißen mag. Nach dem, was wir in der Vergangenheit von ihm gehört haben, verheißt es nichts Gutes, denn es hört sich nicht danach an, als ob er nach Ausgewogenheit strebt. Vielmehr wird er zumindest wohl auch in Zukunft auf Staatskosten reisen dürfen und Plattitüden zum Besten geben, die das deutsche Volk in seiner Mehrheit mit Wohlwollen aufnimmt. Dass demokratisches Porzellan zerschlagen und Werte verraten werden, muss dabei wohl oder übel in Kauf genommen werden. Zumindest winkt diesmal nach überstandener Amtszeit der verdiente Ruhestand und damit das Ende einer typisch deutschen Karriere.

Die Skepsis gegenüber dem Gesinnungsjournalismus wächst

Die Rede von Dr. Rafael Korenzecher, Herausgeber der JÜDISCHEN RUNDSCHAU und Initiator des „Preises für ehrlichen Journalismus“, bei der Preisverleihung im Berliner Hotel Adlon am 12. Dezember 2016

„Guten Abend, meine Damen und Herren, guten Abend, liebe Gäste!

Ganz bewusst verzichte ich heute Abend darauf eine Wichtung vorzunehmen und einzelne von Ihnen gesondert hervorzuheben, was in der Regel ohnehin weniger dazu dient die Genannten zu ehren, als eher die Bedeutung der eigenen Veranstaltung zu unterstreichen.

Nein – Sie alle sind uns gleichermaßen wichtig, wir heißen Sie alle, alle gleichermaßen willkommen und freuen uns überaus, dass Sie so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind – jeder einzelne von Ihnen.

Die JÜDISCHE RUNDSCHAU verleiht einen Preis für ehrlichen Journalismus. Natürlich haben wir uns gefragt, was Sie veranlasst haben mag, uns aus diesem Anlass in derart beachtlicher Zahl zu folgen.

Der im Anschluss an die Veranstaltung servierte Imbiss kann es nicht sein. Der wird – wie bei einem armen Printmedium nicht anders zu erwarten – ohnehin eher karg ausfallen müssen.

Also doch ehrlicher Journalismus – das muss es sein!

Als mir mein Redaktionsteam – Herr Simon Akstinat, der Chefredakteur der JÜDISCHEN RUNDSCHAU und Herr Michail Goldberg, der Chefredakteur der russischsprachigen EVREJSKAJA PANORAMA, denen ich wie allen anderen unserer Mitarbeiter in keinem Falle versäumen möchte für ihren unschätzbaren und aufopferungsvollen Einsatz zum Gelingen unserer Publikationen und der Gestehung dieses Abends aufs Herzlichste danken, die Vergabe eines derartigen Preises, der noch nie zuvor verliehen worden ist, nahelegten, war ich alles andere als enthusiastisch.

Ehrlicher Journalismus – warum muss man das hervorheben?

Haben Sie je einen Journalisten in unserer freiheitlichen, demokratischen westlichen Medienlandschaft kennengelernt, der einräumt oder auch nur von sich annimmt kein ehrlicher Journalist zu sein?

Sie alle, alle sind ehrliche Journalisten – unsere Presse- und Medienlandschaft ist geradezu übersät von ehrlichen Journalisten – wieviel Trophäen sollen wir eigentlich verleihen?

Nun gut, zugegeben, es gibt gerade gegenwärtig – und das auch schon in den letzten Jahren – zunehmende Anzeichen, dass die Berichterstattung unserer öffentlich-rechtlichen, ursprünglich mit einem großen öffentlichen Credo-Vorschuss ausgestatteten Medien und anderer großer Teile unserer Mainstreampresse in eine veritable Vertrauenskrise geraten ist.

Böse, sehr irritierende, an unselige Zeiten erinnernde Begrifflichkeiten zu den Gesamtcontents und Skepsis gegenüber der Ausrichtung der Mainstream-Medien machen und machen unter der bundesrepublikanischen Bevölkerung die Runde und wollen und wollen einfach nicht verstummen.

Auch der Aufschrei der Betroffenen und die Anwürfe, dass es sich hier um bösartige Polemik ewiggestriger und rechtsgerichteter Demokratiefeinde und Feinde der freien Presse handele, hat nicht dazu beigetragen das verlorene Vertrauen wiederzubringen.

Nun sind wir Juden ein sehr altes Kulturvolk und haben für alles unsere Analogien und Präzedenzfälle. Eine alte jüdische Weisheit sagt, wenn mehrere Leute



sagen, man sei betrunken, dann soll man, statt es mit der sturen Beharrlichkeit eines Betrunkenen abzustreiten, ins Bett gehen und seinen Rausch ausschlafen.

Es wird der hiesigen Medienlandschaft nicht helfen, beharrlich die Kritiker ihres immer deutlicher gewordenen Gesinnungsjournalismus zu beschimpfen, zu desavouieren und in die „rechte“ Ecke zu stellen.

Einsicht, Selbstkritik und Common Sense sind gefragt und die nachhaltige Abkehr von einer als bevormundend und manipulativ empfundenen, zwischenzeitlich in die Massenmedien mit großer Reichweite Eingang gefundene Praxis, vor allem die Fakten zu finden und überzugewichten, die die eigene vorgefasste Meinung bestätigen.

Es ist schwer und es mag schmerzlich sein, aber das Vertrauen werden unsere Medien erst dann beginnen langsam wiederzuerlangen, wenn ihre Berichterstattung bereit ist, sich gern gehegte Vorurteile und Stereotype – mögen sie positiv oder negativ sein – durch Fakten zerstören zu lassen, statt diese eigenen Lebensanschauungs-Vorurteile durch Informationsfilterungen an den Zuschauer, Leser und Zuhörer bringen zu wollen.

Dazu gehören auch die gern geübte, vorsätzliche Falsch-Gewichtung oder Falsch-Chronologisierung von Ereignissen, gesinnungsimmanente Täter-Opfer-Verkehrung und ein vorsätzliches Kreativ-Preis-verdächtiges Fakten-Verzerrungs-Headlining, das sich an der in der Mainstreampresse vorherrschenden, dort häufig völlig zu Unrecht als „progressiv“ empfundenen Meinung der eigenen Reaktionen ausrichtet.

„Palästinenser stirbt bei Messerattacke“, „Waffenruhe hält trotz Raketenangriff aus Gaza“ (darauf muss man erst mal kommen!) sind nur zwei aus einer nahezu täglichen Vielzahl derartiger zu höchst empörender, gegenüber den Opfern völlig empathieloser Stilblüten und sind belegbar wörtliche Zitate aus unserer Mainstreammedien.

Fehler dieser Art sind nicht nur bei der in unserer Presse Regel gewordenen

Negativ- bis Dämonisierungs-Berichterstattung zu dem einzigen demokratischen Staat im Nahen Osten, Israel, begangen worden. Nicht anders verhält es sich auch bei der unkritischen Willkommensberichterstattung zum Thema der Aufnahme vor allem muslimischer Migranten, zur Bagatellisierung islamgenerierter Straftaten (Beispiel Silvesternacht in Köln) und zur vollkommen einseitig ausgerichteten Tendenzberichterstattung zum US-Wahlkampf.

Erste Ansätze zur Hoffnung auf mehr Ausgewogenheit liefern, wenn gegenwärtig auch erst nur halbherzige Fehler-Eingeständnisse der ARD und die dazu veröffentlichten Studien der Hamburg Media School und des Leipziger Instituts für Praktische Journalismus- und Kommunikationsforschung.

Von 2009 an hätten Medien das von der Politik eingeführte Narrativ „Willkommenskultur“ aufgegriffen (Narrative treten im heutigen Journalismus ohnehin – und das auch im Nachrichtenteil sogenannter seriöser Medien – viel zu häufig an die Stelle der objektiven Berichterstattung). Bis Anfang 2015 habe sich – so die Studie der HMS – im Nachrichtenteil und nicht nur in den Kommentaren – beispielsweise der Subtext etabliert, dass Deutschland aus seiner Vergangenheit gelernt habe und nun auf vorbildliche Weise Menschen aufnehme.

Insgesamt seien – so die Studie weiter – 82 Prozent aller Beiträge zur Flüchtlingsthematik positiv konnotiert gewesen, zwölf Prozent rein berichtend, nur sechs Prozent hätten die Flüchtlingspolitik problematisiert. Reichweitenstarke Medien hätten sich unkritisch das Motto der Bundeskanzlerin – „Wir schaffen das“ – zu eigen gemacht. So titelte die „Zeit“ noch im August 2015 euphorisch und unkritisch mit „Willkommen!“.

Rund zwei Drittel der tonangebenden Medien hätten gemäß der HMS-Studie zunächst „übersehen“, dass die Aufnahme von Flüchtlingen in großer Zahl und die Politik der offenen Grenzen die Gesellschaft vor neue Probleme stellt und dies nicht thematisiert.

Dass es nunmehr, wenn auch sicher zu spät, vielleicht zu einer Umbesinnung kommen könnte, zeigt auch die Wahl des Wortes des Jahres „postfaktisch“, das nichts anderes anprangert als den Umstand, dass Fakten in Politik und Journalismus längst wieder einer je nach Gesinnung vorgenommenen Faktenbewertung auch im Berichtsteil gewichen sind.

Während mit der Definition des Begriffs Faktum und Wahrheit bereits Sokrates und Diderot größte Not hatten, haben wir, das Team der JÜDISCHEN RUNDSCHAU und habe ich als Migrant und typischer Vertreter eines merkantilen, bildungsfernen Ostjudentums – als der ich schon mal gelegentlich geschmäht werde – auf derartige philosophische Sophistereien verzichtet.

Wir haben uns lieber an Tuvia Tenenbom gehalten, der uns als unerschrockener, unübertroffener humorvoller, keine Berührungängste mit Freund und Feind kennender Journalist, Kolumnist und Buchautor – geradezu die Verkörperung berichtender und hoch-journalistischer Aufrichtigkeit – als idealer erster Preisträger für die von uns beabsichtigte Betonung der Bedeutung eines aufrichtigen, ungeschminkten, seine eigenen Befindlichkeiten zurückstellenden Journalismus erschienen ist.

Neben seiner ständigen Kolumne in der „Zeit“ – Allein unter Menschen – hat er gerade mit seinem kürzlich erschienenen Buch „Allein unter Amerikanern“ angesichts des soeben stattgefundenen amerikanischen Wahlbezugs höchste und zahlreiche Aufmerksamkeit erzielt.

Nun immerhin hat das amerikanische Volk es gewagt, Donald Trump zum nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten zu wählen, ohne zuvor Frau Merkel, Herrn Steinmeier, Herrn Schulz und Herrn Junckers um Erlaubnis zu fragen.

Die Laudatio unseres Preisträgers wird in viel berufenerer Weise Jan Fleischhauer vornehmen.

Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und ihre große Geduld mit mir.

Dr. Rafael Korenzecher

Jüdische Rundschau ehrt Tuvia Tenenbom

Eindrücke von der Verleihung des Preises für ehrlichen Journalismus am 12. Dezember im Berliner Hotel Adlon

Bilder sagen bekanntlich mehr als tausend Worte, und so wollen wir auch vor allem Bilder sprechen lassen, um Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, einen Eindruck von den Feierlichkeiten anlässlich der Verleihung des Preises für ehrlichen Journalismus an den Schriftsteller Tuvia Tenenbom zu geben.

Zum Hintergrund und zur Motivation dieses Preises sei Ihnen insbesondere die Rede des Herausgebers in dieser Ausgabe zur Lektüre empfohlen.

Zahlreiche Journalisten, Personen des öffentlichen Lebens und Israel-affine Gäste folgten der Einladung des Herausgebers der JÜDISCHEN RUNDSCHAU, Herrn Dr. Rafael Korenzecher, ins Berliner Hotel Adlon am Brandenburger Tor.

Der Spiegel-Kolumnist Jan Fleischauser, der an dem Abend auch die Laudatio für Tuvia Tenenbom hielt, freute sich so viele journalistische Kollegen im Publikum zu sehen. Harald Marten-

stein (Tagesspiegel/Zeit), Alexander Wendt (Focus), Ulrich Meyer (Sat1-Akte) und Georgia Thornow, Ulrich Reitz, Hans-Jörg Rosenbauer, Vera Lengsfeld, Alan Posener, Dr. Nikolaus Fest, Dieter Weirich, Alexander Kissler (Cicero), Giselher Suhr und Samuel Schirmbeck waren genauso vor Ort wie der Finanzminister des Saarlandes, Herr Stephan Toscani, Dr. Anabel Ternès Prinzessin von Preussen, Herr Rabbiner Teichtal, die Bundestagsabgeordnete Frau

Barbara Woltmann, Dr. Andreas Lenz, Alexander Funk, der Schriftsteller Akif Pirincci, der Botschafter des Staates Armenien, Herr Ashot Smbatyan sowie die Verleger Matthias Koch (Aufbau-Verlag) und Jonathan Landgrebe (Suhrkamp).

Außerdem war es eine willkommene Möglichkeit für die zahlreichen Autoren der JÜDISCHEN RUNDSCHAU von nah und fern sich besser kennenzulernen.



Herausgeber Dr. Rafael Korenzecher im Kreise der Autoren seiner Zeitung



Nach langer Vorbereitung ist der Tag der Preisverleihung endlich gekommen.



Der Preisträger Tuvia Tenenbom mit Dr. Korenzecher und Redakteur Simon Akstinat



Die Gäste warten gespannt auf die ersten Reden.



Sorgte für die musikalische Untermalung: David Serebrjanik



Der gutgefüllte Palaissaal des Adlon-Hotels.



Michael Groys und Laura Külper



Laudator Jan Fleischhauer



Autorin Marisa Kurz



Tuvia Tenenbom dankte seiner Ehefrau Isi Tenenbom.



Der Sektempfang zu Beginn der Veranstaltung



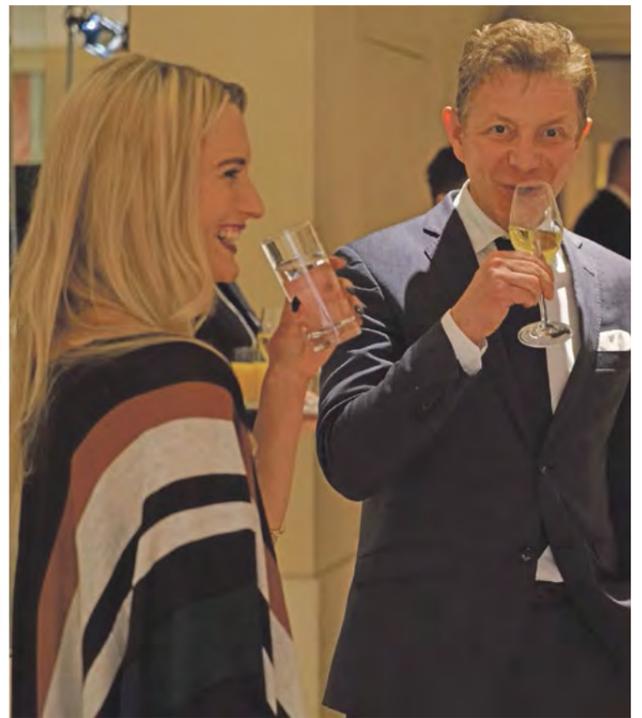
PR-Experte Jörg Gehrke und Hörbuch-Verleger Michael John



Der Büchertisch



Orit Arfa und Andreas Boldt



Anabel Schunke und Alexander Wendt



JR-Autor Rabbiner Portnoy



Gute Stimmung vor der JR-Pressewand



Die Redakteure Michail Goldberg und Simon Akstinat, Tuvia Tenenbom, Jan Fleischhauer, Dr. Korenzecher und Moderator Mike Dleberg



Redakteur und Herausgeber der JR



Signierstunde



Gerhard Haase-Hindenberg und Astrid Winterfeld



Es kam vor, dass man mich wegen meiner Positionen als „Rechten“ beschimpft hat Ein Interview mit Dr. Klaus Lederer, Landesvorsitzender der Linkspartei und Kultursenator von Berlin

Seit dem 8. Dezember ist Klaus Lederer Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa in der bundesweit ersten rot-rot-grünen Regierungskoalition. Über Chancen und Herausforderungen der Berliner Kulturpolitik, seine Solidarität mit Israel und den anhaltenden Kampf gegen antisemitische und antizionistische Ressentiments in seiner Partei, sprach mit dem 42-Jährigen für die JÜDISCHE RUNDSCHAU Jérôme Lombard.

Herr Lederer, die erste rot-rot-grüne Regierungskoalition in Berlin ist unter Dach und Fach. Sie sind neuer Kulturse-nator. In einem Zeitungsbeitrag forderten Sie vor kurzem einen „kulturpolitischen Neustart“. Wie soll ein solcher Neustart aussehen?

Berlin ist eine pulsierende Kulturstadt mit einer sehr breiten, bunten Kunst- und Kulturszene. Für mich ist es zentral, zum einen, eine Politik zu gestalten, die allen Menschen in der Stadt die Teilhabe am kulturellen Leben, an diesem Reichtum ermöglicht. Und zwar auf allen Ebenen, von den bezirklichen Kultureinrichtungen bis zu den großen Theatern. Unsere Aufgabe ist es, hier Angebote zu machen, Zugänge zu erleichtern: Ich erinnere an das unter rot-rot eingeführte 3-Euro-Ticket. Wenn wir das ausbauen, die Palette erweitern, Hürden senken... das wären gute Schritte. Ein anderes Beispiel: Ich werde mich dafür einsetzen, dass die staatlichen Berliner Museen für feste Zeitspannen kostenfrei öffnen. Es geht darum, eine Stigmatisierung sozial Schwächerer zu verhindern. Kultur muss immer auch der Vielfalt der Gesellschaft Rechnung tragen. Diese Vielfalt kann aber nur erhalten bleiben, wenn, zweitens, die Kulturschaffenden von ihrer Arbeit leben können. Wir müssen faire Gehälter und gute Arbeitsbedingungen im Kulturbetrieb schaffen.

Beides zusammen trägt dem Stellenwert, den wir Kultur beimessen, Rechnung. Das ist etwas anderes, als die kulturelle Identität Berlins auf Marketing-Effekte auszurichten.

Ende Oktober 2016 machte der Berliner Veranstaltungsort „Ballhaus Naunynstraße“ Schlagzeilen, weil er einer antisemitischen und israelfeindlichen Veranstaltungsreihe, die mit Geldern des Senats bezuschusst wurde, eine Bühne gegeben haben soll. Sie haben das öffentlich kritisiert. Was war da los?

Ich habe damals Berichte zur Kenntnis genommen, dass es während eines Festivals zu antisemitischen Vorfällen gekommen sein soll. So soll zum Boykott Israels aufgerufen worden und der jüdische Staat als Apartheidsstaat bezeichnet worden sein. Diese Vorwürfe wurden aber nicht eindeutig bewiesen und die Veranstalter haben sich sehr deutlich distanziert und klargemacht, dass sie rassistischer und antisemitischer Hetze keinen Raum geben würden. Alles andere hätte mich auch ver-stört.

Sehen Sie politische Handlungsmöglichkeiten, wie es in Zukunft verhindert werden kann, dass öffentliche Kulturfördermittel für derartige Veranstaltungen missbraucht werden?

Wenn es zu ähnlichen Vorwürfen kommt, muss man sich in jedem Fall ernsthaft mit ihnen auseinandersetzen. Zu berücksichtigen ist dabei immer, dass Kunst auch unbequeme Fragen mit künstlerischen Mitteln stellen muss. Allerdings: Auch die Förderung von Kunst und Kultur muss abhängig sein vom Bekenntnis zum Antirassismus und gegen jede Form der Diskriminierung. Wenn der Staat an-



Dr. Klaus Lederer und Jérôme Lombard

fängt, sich mit Inhalten kultureller Veranstaltungen zu beschäftigen, steht zwar schnell der Vorwurf der Zensur im Raum. Die Einhaltung essentieller Standards, wie das Verbot diskriminierender und antisemitischer Äußerungen, kann ich aber nicht als eine Form der Zensur sehen.

In Ihrer Partei gelten Sie nicht nur als Realpolitiker, sondern auch als ausgespro-

che. Wenn ich als Schwuler beim Christopher Street Day im liberalen Tel Aviv händchenhaltend durch die Straßen spaziere, fühle ich mich frei. Im orthodoxen Mea Schearim ist das unmöglich.

Solidarität mit Israel und Politiker in der Linkspartei. Wie passt das zusammen?

Die Gründung des Staates Israel ist die Konsequenz von Auschwitz. Der Mas-

che Unterstützung der internationalen Linken für Israel kippte spätestens mit dem Sechs-Tage-Krieg. Hinzu kam die Über-Identifikation mit nationalen Befreiungsbewegungen. Diese falschen Glaubenssätze, die damals wie heute nichts mit der Realität im Nahen Osten gemein haben, halten sich hartnäckig. Hinzu kommt leider, dass in den Tiefenstrukturen der Gesellschaft verankerte Ressentiments immer auch weitergegeben werden.

Kann man denn sagen, dass die LINKE die momentan anti-israelischste Partei im Bundestag ist?

Nein, das kann man nicht sagen. Allerdings, das ist leider richtig, wird der historischen Verantwortung für die Existenz Israels von einem kleinen Teil der Linken nicht der gebotene Stellenwert zugewiesen. Ich glaube jedoch nicht, dass dies ein geeigneter Gradmesser für Antisemitismus ist. Antisemitismus, auch in seiner antizionistischen Spiel-form, ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Soziologische Langzeitstudien, wie die Mitte-Studie, belegen, dass antisemitische Ressentiments bei etwa 20 Prozent der Menschen quer durch alle Ebenen zu finden sind. Dieses Problem auf eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe oder Wählerklientel zu beschränken, wäre verharmlosend.

Sind Sie schon mal persönlich in der Partei wegen Ihrer pro-israelischen Einstellung angefeindet worden?

Leider gab es diese Momente und ich wünschte, das wäre nicht so. Es kam vor, dass man mich wegen meiner Positionen als „Rechten“ beschimpft hat. Man muss einen Umgang mit solch absurden Anschuldigungen finden und der heißt für mich in erster Linie, mit meiner Aufklärungsarbeit weiterzumachen. Ich werde mich also auch zukünftig kritisch äußern, wenn sich Linke an Boykottaktionen gegen Israel beteiligen oder zu israel-feindlichen Demonstrationen aufrufen. Das geht einfach gar nicht. Ich scheue mich nicht vor der innerparteilichen Auseinandersetzung, diese müssen wir führen. Ich bleibe bei meiner klaren Haltung: Wo es Antisemitismus gibt, muss man ihn klar benennen und dagegen Position beziehen.

„Wo es Antisemitismus gibt, muss man ihn benennen und dagegen Position beziehen“

chen israelsolidarisch. Was heißt es für Sie, mit Israel solidarisch zu sein?

Israel ist ganz Vieles: Der Staat mit seiner faszinierenden Geschichte, die Menschen, die Kultur, die Politik. Wer einmal in Israel war, kommt eigentlich gar nicht umhin, das Land mit all seinen Facetten und Widersprüchen so zu lieben, wie es eben ist. Ich weiß gar nicht, ob man diese Einstellung mit dem Label „israelsolidarisch“ belegen sollte. Zum Beispiel schätze ich auch die französische Kultur sehr. Aber bin ich deswegen „frankreichsolidarisch“? Hier sind wir an einem so simplen wie wichtigen Punkt: Israel ist ein Land wie jedes andere auch. Es dürfen in keiner Form doppelte Maßstäbe angelegt werden.

Haben Sie einen persönlichen Bezug zum jüdischen Staat?

Eine ganze Menge sogar: Ich habe das Land mehrmals besucht, ich habe dort viele gute Freunde. Mein inzwischen verstorbener Großvater hat ein Außenlager des KZ Ravensbrück in Neustadt-Glewe wieder thematisiert, und dessen Geschichte aufgeschrieben. So hatte ich Kontakte mit Überlebenden der Nazihölle, daraus ergaben sich Kontakte nach Israel, aus denen sich sehr enge Freundschaften entwickelt haben. Ich habe Kibbuzim besucht, sogar mal eine Woche in einem gewohnt und faszinierende Gespräche, auch sehr politische, geführt. Mit Sorge beobachte ich, wie sich die soziale Situation in Israel in jüngerer Zeit verschärft und sich die gesellschaftlichen Gräben vertiefen. Aber klar: Israel ist ein Land voller Widersprü-

chenmord an den europäischen Juden hat die Illusion zunichtegemacht, dass Juden ohne einen eigenen Staat in Sicherheit und Frieden leben können. Antisemitismus war nach 1945 nicht verschwunden, er ist eine auch heute noch viel zu präsen-te Einstellung. Israel als Schutzraum ist so wichtig wie eh und je. Dieser Umstand sollte sich gerade für einen Linken von selbst verstehen und genauso Common Sense sein, wie der Kampf gegen jede Form von Antisemitismus. Wer, wenn nicht Linke, müssen dafür einstehen, dass der Holocaust niemals relativiert werden darf?

Mitglieder der Linkspartei sind in der Vergangenheit mit antizionistischen und teils antisemitischen Äußerungen aufgefallen. Als außenstehender Beobachter bekam man den Eindruck einer innerparteilichen Zweiteilung: Auf der einen Seite stehen Sie und andere wenige, die für den jüdischen Staat Partei ergreifen und um Differenzierungen bemüht sind. Auf der anderen Seite die Mehrheit innerhalb der Partei, die in einer antiquierten „antiimperialistischen“ Ideologie stecken geblieben sind.

Fühlen Sie sich als Anhänger einer Minderheitsmeinung akzeptiert?

Ich sehe mich gar nicht als Vertreter einer Minderheitsmeinung. Im Gegenteil. Aber, es ist nicht wegzudiskutieren, dass einige Mitglieder meiner Partei im „Schwarz-Weiß“-Raster des Kalten Krieges verhaftet sind und ein aus historischen Gründen einseitiges Bild vom Nahen Osten haben. Die anfängli-

Die große Heuchelei

Juden in Judäa werden als Friedenshindernis gebrandmarkt, die 20 Prozent aller israelischen Staatsangehörigen, die Araber sind, hingegen nicht.

Von Daniel Greenfield

Es gibt zwischen 350.000 und 500.000 Juden, die von der internationalen Gemeinschaft zur ethnischen Säuberung vorgesehen sind. Ihr Verbrechen sind ihre Rasse und ihre Religion.

1948 drangen Armeen aus Ägypten, dem Irak, Syrien, Saudi-Arabien, Jordanien, dem Jemen und dem Libanon nach Israel ein, zusammen mit der Armee des Heiligen Krieges, kommandiert vom Neffen von Hitlers Mufti, sowie die Arabische Befreiungsarmee unter Fawzi al-Qawuqji, der gerade von der Sowjetunion freigelassen wurde, nachdem diese ihn mit seinen Nazi-Verbündeten in Berlin gefangen genommen hatte. Mit all diesen kamen Tausende Terroristen und Strolche der Muslimbruderschaft.

Getrieben von Hass schwärmten sie nach Israel hinein, um es zu vernichten. Sie griffen sich halb Jerusalem, vertrieben seine jüdische Bevölkerung, sprengten seine Synagogen und benutzten Grabsteine seiner Friedhöfe, um ihre Straßen zu pflastern.

Dörfer wie Kfar Darom im Gazastreifen wurden belagert, zuerst von der Muslimbruderschaft, dann von der ägyptischen Armee. Das Dorf mit 400 Männern, Frauen und Kindern hatte es geschafft die Kräfte der Muslimbruderschaft zurückzuwerfen, die das Dorf mit Artillerie beschossen und es nicht schaffen mit Panzern den Zaun zu durchbrechen; kurz hielt es gegen die ägyptische Armee stand, bevor es evakuiert, erobert und vernichtet wurde. Andere Dörfer wie Kfar Etzion, die nicht rechtzeitig evakuiert wurden, waren nach ihrer Eroberung Zeugen von Massakern.

Als die jordanischen und ägyptischen Invasoren nach 1967 vertrieben worden waren und Ostjerusalem, Kfar Darom und Kfar Etzion wieder aufgebaut und besiedelt wurden, erklärte die internationale Gemeinschaft diese dort lebenden Juden zu „Siedlern“ und ihre Städte und Dörfer, selbst ihre Häuser in Jerusalem, einer der ältesten Städte der Welt, zu „Siedlungen“.

Was ist das Kennzeichen einer „Siedlung“? Weder das Alter der Gebäude noch die Zahl der Einwohner. Jerusalem ist uralt und Maaleh Adumim ist ungefähr so groß wie Atlantic City. Es ist die Rasse, die einen Siedler als Ziel für Verfolgung und ethnische Säuberung kennzeichnet.

Ein arabischer Muslim mit israelischer Staatsbürgerschaft, der in Jerusalem ein Haus kauft, wird von Vizepräsident Biden, den Vereinten Nationen und den Medien nicht verurteilt. Doch wenn ein Jude das ehemalige Haus von Hitlers Mufti abreißt, nachdem er es legal erwarb, um an der Stelle ein Apartmenthaus zu bauen, dann gibt Hillary Clinton eine Sondererklärung aus, mit der der Bau eines Wohnhauses für 20 Personen verurteilt wird – aus keinem anderen Grund, als dass wahrscheinlich Juden dort wohnen werden.

Jetzt wurde das falsche Narrativ von Siedlung und Besetzung durch den Levy-Bericht angefochten, der viele der offensichtlichen juristischen Punkte erneut formuliert; am bedeutendsten ist: Israel ist keine Besatzungsmacht und nahm das Land keinem anderen Staat ab. Faktisch ist ein Großteil des Landes, von dem Israel vorgeworfen wird, es besetze dieses, in Wirklichkeit Land, das 1948 während des Unabhängigkeitskrieges einfallenden arabischen Armeen abgenommen wurde. Der einzige Unterschied zwischen Westjerusalem und Ostjerusalem – zwischen einem Dorf, das von der israelischen aner-



Der Kommandant der „Arabischen Befreiungsarmee“ Fawzi Al-Qawuqji 1948

kannt ist und einer „Siedlung“, die von der internationalen Gemeinschaft verurteilt wird – ist der, dass die sogenannten „Siedlungen“ sich auf Gebiet befinden, das die muslimischen Invasionsarmeen eroberten und 17 Jahre lang hielten.

Die einzige Rechtsgrundlage die Juden, die 1967 in die Häuser zurückkehrten, aus denen sie 1948 vertrieben wurden, als „Siedler“ anzuprangern, besteht darin, die arabisch-muslimische Eroberung dieser

zung anzuerkennen und dann dazu zu nutzen militärische Besetzung anzuprangern.

Artikel 2 der Vierten Genfer Konvention besagt, dass ihre Bestimmungen nur für Unterzeichnerstaaten bindend sind. Um die Konvention auf die Grenzen von 1967 anzuwenden musste der ICC die Gebiete als jordanisch behandeln, selbst wenn er Israel widersprüchlich beschuldigte die palästinensischen Araber ihrer politischen Repräsentation zu berauben. Entweder

das Gebiet oder seine Städte und Dörfer ungültig machten, die zu einer Zeit wieder aufgebaut wurden, also palästinensische Nationalisten immer noch behaupteten Israel sei in Wirklichkeit ein Teil Syriens.

Schließlich war noch Al-Khasawneh, einer der ICC-Richter – in einem eklatanten Fall von Interessenkonflikt – Berater des Königs von Jordanien und später Premierminister von Jordanien. Die Medienorgane, die die politischen Loyalitäten der Mitglieder der Levy-Kommission angehen, sollten vielleicht Al-Khasawneh Anwesenheit bei einem Fall beantworten, in dem es um territoriale Interessen seiner Monarchie geht.

Eine Waffenstillstandslinie ist keine Grenze

Die Rechtsgrundlage für den gesamten Siedlungsmythos baut darauf die Grenzen eines Waffenstillstandsabkommens als territoriale Grenzziehung zu behandeln, statt als vorläufige Unterbrechung eines Konflikts. Das hat keine Rechtsgrundlage. Entweder ganz Israel ist besetzt oder gar nichts ist besetzt. Entweder alle Israelis sind Siedler oder keiner ist es. Zumindest ist die muslimische Haltung diesbezüglich durchgängig, während die der Vereinten Nationen, der westlichen Staaten und der israelischen Linken völlig unbeständig ist.

Die wiederholten Attacken auf Israels territoriale Integrität sind nicht nur verlogen; sie tragen die implizite wie ausdrückliche Drohung ethnischer Säuberung in sich.

Kein internationaler Diplomat, Journalist oder Richter hat sich jemals beschwert, weil arabische Israelis in Jerusalem leben. Ihre Beschwerden haben sich nur gegen ein Volk gerichtet – über die Rasse. Die muslimischen Besatzer säuberten die Juden nach Maßgabe von Religion und Rasse und jetzt besteht die internationale Gemeinschaft auf dem Versuch den Job zu beenden, den die Armeen von Ägypten und Jordanien und die Muslimbruderschaft in Jerusalem, Kfar Darom und Kfar Etzion in Jerusalem begannen.

Der Levy-Bericht hat diese juristische Sonderargumentation als Deckmantel für diesen blinden Eifer in die Tonne gekloppt. Es ist an der Zeit, dass der Rest der Welt dasselbe tut.

„Faktisch ist ein Großteil des Landes, von dem Israel vorgeworfen wird, es besetze dieses, in Wirklichkeit Land, das 1948 während des Unabhängigkeitskrieges einfallenden arabischen Armeen abgenommen wurde.“

Gebiete anzuerkennen. Doch diese Eroberungen wurden nie anerkannt oder akzeptiert. Nicht einmal von der internationalen Gemeinschaft!

Die Gegenschritten zum Levy-Bericht verlassen sich ausnahmslos auf emotionale Rhetorik und konfuses juristisches Argumentieren. Die meisten stützen sich auf die Entscheidung des Internationalen Gerichtshof (ICC) von 2004, an der Israel nicht beteiligt war und die erklärte, die Vierte Genfer Konvention gelte für die 1967er Gebiete, weil sie „östlich der Waffenstillstands-Demarkationslinie von 1949 liegen“.

Wie aber der Levy-Bericht herausstellt, streitet die Waffenstillstandsvereinbarung, die diesen Krieg beendete, ausdrücklich ab, dass die Waffenstillstandslinien irgendeine politische oder territoriale Bedeutung haben, „da sie ausschließlich von militärischen Erwägungen diktiert wurden“.

Um Gebiete, die zu Israel gehörten und wo seine Staatsbürger wohnten, bis diese Gebiete bei einer Invasion ausländischer Staaten erobert wurden, bevor sie von Israel dann befreit wurden, als „besetzte Gebiete“ zu bezeichnen, braucht es bessere juristische Argumentation als die einfache Tatsache der arabischen militärischen Besetzung. Anders hat der ICC sich nur entschieden eine bestimmte Militärbesat-

zung anzuerkennen und dann dazu zu nutzen militärische Besetzung anzuprangern. sind die Araber in den Gebieten jordanische Staatsbürger, die unter die Konvention fallen, oder sie sind palästinensische Staatsangehörige oder sie sind es nicht.

Die arabische Zwickmühle

Artikel 4 der Genfer Konvention erklärt: „Staatsangehörige eines Staates, der nicht an die Konvention gebunden ist, sind durch sie nicht geschützt.“ Wenn der ICC nicht zeigen kann, dass Fatah und Hamas durch die Konvention geschützt sind, sind sie nicht durch sie geschützt. Die einzige Möglichkeit, dass die Vierte Genfer Konvention auf die Gebiete angewendet werden kann, besteht darin, dass die arabischen Muslime, die dort leben, als jordanische Staatsangehörige anerkannt werden. Doch das würde ebenfalls jede weiteren Ansprüche auf einen palästinensischen Staat annullieren.

Die Strategie der muslimischen Nachbarn Israels bestand darin einen Terrorkrieg über Gruppen zu führen, der nicht an die Konvention gebunden ist. Es ist viel zu spät zu behaupten, die Terroristen seien rückwirkend durch die Vierte Genfer Konvention geschützt – obwohl sie nie an sie gebunden waren. Es ist ebenfalls viel zu spät zu behaupten, dass die territorialen Forderungen, die sie erst in den 1970er Jahren zu erheben begannen, im Nachhinein Israels zuvor bestehende Ansprüche auf

Ein paar Fragen für das Jahr 2017 an alle Israelkritiker

Von Gerd Buermann

Im Jahr 2016 meldeten sich wieder viele selbsternannte Freunde als leidenschaftliche Kritiker des Staates Israel und besorgte Bürger zu Wort. An all diese Menschen habe ich ein paar Fragen für das Jahr 2017, in der Hoffnung, sie mögen sich zu Israel erst dann wieder äußern, wenn sie all diese Fragen beantwortet haben.

Es gibt den einen jüdischen Staat Israel und viele christliche Länder, die Demokratien sind. Welche Religion herrscht jedoch in all den Ländern, in denen es keine Demokratie gibt und wo Homosexualität mit dem Tod bestraft wird?

Was ist der Unterschied zwischen den Ländern, die mit Israel in Frieden leben und jenen, die Israel mit Krieg überziehen?

Welche Religion herrscht in all den Ländern, die Israel vernichten wollen?

Ist es möglich, dass in den Nachbarländern von Israel so viele Juden leben dürfen wie Muslime in Israel leben? Ich greife schon mal vor: Warum nicht?

Wieviele Terroranschläge gegen die Demokratie hat es in Europa und Amerika durch Juden gegeben?

Gibt es eine Religion, in deren Namen zurzeit besonders viele Terroranschläge in Europa und Amerika verübt werden?

In welchem Buch wird Jerusalem erstmals erwähnt und in welcher Sprache ist das Buch verfasst?

Kennen Sie das Königreich Israel? Es hat vor dreitausend Jahren existiert. Was war die Hauptstadt dieses Königreichs?

Seit über 3000 Jahren leben Juden in Jerusalem. Es ist ihre Hauptstadt. Warum sollen Juden im Osten dieser Stadt, wo der jüdische Tempel stand und der Jude Jesus gepredigt hat, illegale Siedler sein?

Mit welchem Recht nennt die UN-Resolution 2334 vom 23. Dezember 2016, zu der sich die USA enthalten haben, Juden illegale Siedler in Ost-Jerusalem, obwohl sie dort seit über 3000 Jahren siedeln, 1.000 Jahre länger als Christen und 1.500 Jahre länger als Muslime?

Vor 2.000 Jahren gab es in Europa und vor über 500 Jahren in Nordamerika keine Christen. Vor über 1.500 Jahren gab es im Nahen Osten keine Muslime. Warum sind also die Christen und Muslime keine illegalen Siedler in diesen Gebieten, aber Juden in Palästina, die dort kontinuierlich seit über 3.000 Jahren leben, lange bevor sich irgendein anderes heute aktives Volk dort niedergelassen hat?

Sind die amerikanischen Siedlungen in Nordamerika illegal?

Das Christentum und der Islam haben sich aus dem Judentum entwickelt. Ohne Juden gäbe es diese Religionen nicht. Das Judentum ist deren Vater und Mutter. Mit welchem Recht wollen die Kinder heute etwas tun, das sie ihren Eltern verbieten?

Der öffentliche Platz auf dem Tempelberg darf auf Druck islamischer Organisationen zu gewissen Zeiten von Juden und Christen nicht betreten werden. Es gibt viele Orte in der arabischen Welt, die generell und zu jeder Zeit „judenrein“ gehalten werden. Gibt es öffentliche Plätze in der jüdischen und christlichen Welt, für die gilt: „Nicht für Muslime“? Nennen Sie mir bitte all diese öffentlichen Plätze.

Heute heißt es an vielen Orten der Welt „Nicht für Juden“. Die Vereinten Nationen unterstützen diese Politik mit vielen Resolutionen. In Berlin hieß es in den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts „Nicht für Juden“. Handelten somit die Nazis im Einklang mit dem Völkerrecht?



Israels Gegner wollen keinen Frieden.

Waren Sie schon mal in Israel und haben dort die israelische Regierung kritisiert, Homosexualität verteidigt oder erklärt: „Gott ist tot“? Wie waren die Reaktionen?

Waren Sie schon mal in einem islamischen Land und haben dort die islamische Regierung kritisiert, Homosexualität verteidigt oder erklärt: „Allah ist tot“? Wie waren die Reaktionen?

Der Philosoph Bazon Brock, der erklärt hat, Abraham sei ein Protofaschist, hat in Israel Vorträge gegeben. Ist es denkbar, dass jemand, der sagt, Mohammed sei ein Protofaschist, in einem islamischen Land Vorträge hält? Ich greife mal vor: Warum nicht?

In dem jüdischen Land Israel werden mehr Bücher veröffentlicht, Erfindungen gemacht, Patente angemeldet, revolutionierende Techniken der Medizin und des Umweltschutzes entwickelt, regierungskritische Theaterstücke und Sendungen präsentiert als in allen islamischen Ländern zusammen. Wie erklären sie sich das?

In Israel darf ich frei meine Meinung sagen, frei meinen Sexualpartner und meinen Glauben wählen und genieße die gleichen Rechte unabhängig von meinem Geschlecht. Israel ist eine Demokratie! In allen anderen Ländern des Nahen Ostens werde ich verfolgt. Warum soll es mehr Raum für die Regime geben, die mich verfolgen?

Was müssen Menschen wie ich für einen Frieden mit der islamischen Welt eigentlich noch alles akzeptieren?

Kennen Sie die Unabhängigkeitserklärung Israels? Dort steht:

„Wir bieten allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und guter Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe mit dem selbständigen jüdischen Volk in seiner Heimat auf. Der Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um den Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten.“

Was sagen Sie dazu?

Kennen Sie den ehemaligen libanesischen Minister, Wiam Wahhab? Er erklärte am 4. Juli 2010 auf Al-Jadid/New TV (Libanon):

„Ich unterstütze Deutschland in der Politik und Brasilien im Sport. Ich mag die Art wie Brasilien Fußball spielt, aber ich mag die Deutschen, weil sie die Juden hassen und sie verbrannt haben.“

Was sagen Sie dazu?

Kennen Sie Ismail Haniyeh? Er war Premierminister von Gaza und sagte am 23. März 2014 und am 15. Januar 2014:

„Hört auf, mit den Feinden zu verhandeln! Wir werden Israel nicht anerkennen!“ / „Dies ist eine Generation, die keine Furcht kennt. Es ist die Generation der Raketen, Tunnel und Selbstmordanschläge.“

Was sagen Sie dazu?

Kennen Sie Fawzi Barhoum? Der Hamas-Sprecher sagte am 30. Juli 2014:

„Jeder, der ein Messer, eine Waffe oder ein Auto hat und damit nicht einen Siedler oder einen Juden angreift und mehrere zehn Zionisten tötet, gehört nicht zu Palästina!“

Was sagen Sie dazu?

Kennen Sie die Gründungscharta der Hamas? Dort heißt es:

„Artikel 7: Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten; bevor sich nicht die Juden hinter Felsen und Bäumen verstecken, welche ausrufen: Oh Muslim! Da ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt; komm und töte ihn!“

„Artikel 13: Ansätze zum Frieden, die sogenannten friedlichen Lösungen und die internationalen Konferenzen zur Lösung der Palästinafrage stehen sämtlich im Widerspruch zu den Auffassungen der Islamischen Widerstandsbewegung. (...) Für die Palästina-Frage gibt es keine andere Lösung als den Dschihad. Die Initiativen, Vorschläge und Internationalen Konferenzen sind reine Zeitverschwendung und eine Praxis der Sinnlosigkeit.“

In welchen Programmen findet sich ähnlicher Hass gegen Juden, mit Ausnah-

me der Werke von Hitler und Luther?

Kennen Sie Benjamin Netanjahu? Er ist der Premierminister von Israel. Von ihm stammen diese Worte:

„Präsident Abbas, ich weiß, es ist nicht einfach. Ich weiß, es ist schwer. Aber wir schulden es unseren Völkern, es nochmal zu versuchen, es immer wieder zu versuchen, denn gemeinsam, wenn wir tatsächlich verhandeln und damit aufhören, darüber zu verhandeln, ob wir überhaupt verhandeln sollen, wenn wir uns tatsächlich hinsetzen und versuchen, diesen Konflikt zwischen uns zu lösen, uns einander anerkennen und einen palästinensischen Staat nicht als Sprungbrett für eine weitere islamistische Diktatur im Nahen Osten verwenden, sondern als ein Land, das in Frieden neben dem jüdischen Staat leben möchte, wenn wir das tatsächlich tun, dann können wir bemerkenswerte Dinge für unsere Völker erreichen.“

Kennen Sie Mushir Al-Masri? Er ist Sprecher der Hamas und erklärte zu Netanjahus Friedensangebot am 9. Oktober 2015 vor einer jubelnden Menge:

„Heute sagen wir Netanyahu und allen Führer der Besatzung: Das ist unsere Wahl. Das Messer ist unsere Wahl! Das Messer symbolisiert die Schlacht um die Westbank und um Jerusalem.“

Kennen Sie den Kleriker Muhammed Salah „Abu Rajab“? Am selben Tag hielt er folgende Predigt in der Al-Abrar Moschee in Rafah:

„Unsere erste Phase soll lauten: Stecht die Juden ab! Sie haben keine Chance! Die zweite Phase soll lauten: Wir werden die Juden nicht mehr vertreiben! Wir werden sie allesamt abstecken und abschlachten!“

Im Jahr 2016 wurden in den Vereinten Nationen mehr Resolutionen gegen Israel verabschiedet als gegen alle anderen Länder der Welt zusammen.

Haben die Vereinten Nationen immer recht? Kann sich die ganze Welt irren?

Die letzte Frage beantwortete ich selbst: Ja, sie kann. Sie hat es im Falle von Juden oft genug bewiesen!

WJC-Präsident: „Trump ist kein bisschen antisemitisch“

Ronald Lauder, Studienfreund von Donald Trump, nimmt den zukünftigen Präsidenten in Schutz



Lauder in Berlin

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum.

Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung! Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark. Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Von Barney Breen-Portnoy

Der gewählte US-Präsident Donald Trump „ist von jüdischen Werten überzeugt und er ist ein Mann, der fest an Isra-

zu Trump nicht die Erfahrung mitbrachten, „wie man ein Geschäft abschließt“.

„Falls es irgendwann gelingen könnte, dann ihm“, so Lauder.

Wie das US-amerikanische „The Alge-

» Trumps Gegner wollen aus ihm etwas machen, was er nicht ist

el glaubt“, sagte ein bedeutender US-amerikanischer Wortführer der jüdischen Gemeinschaft während eines Auftritts in der „Morning Joe“-Fernsehsendung des Kanals MSNBC am Mittwoch.

Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Ronald S. Lauder – der Trump seit seinem gemeinsamen Studium mit dem späteren US-Präsidenten an der Wharton School of Business der Universität von Pennsylvania vor rund 50 Jahren kennt –, erklärte: „Als er [Trump] während der US-Präsidentenwahl als antisemitisch bezeichnet wurde, schockierte mich das. Trump ist kein bisschen antisemitisch.“

Trumps politische Gegner, sagte Lauder, „wollten etwas aus [ihm] machen, was er nicht ist.“

Außerdem sei Trump, so Lauder, „ein Mann, den die Menschen in Israel ganz klar schätzen werden [...] im Mittleren Osten respektiert man ihn.“

In Hinblick auf Trumps Nominierung von David Friedman als nächsten Israel-Botschafter der USA, sagte Lauder – der selbst für eineinhalb Jahre während der zweiten Amtszeit von Ronald Reagan als US-amerikanischer Botschafter in Österreich diente – voraus, dass der 57-jährige Anwalt aus Long Island „sehr, sehr gut für Israel“ sein würde.

„Klar ist dabei aber“, so Lauder, „dass der Präsident die Politik macht; der Botschafter führt sie nur aus.“

Was den israelisch-palästinensischen Konflikt angeht, wies Lauder darauf hin, dass die bisherigen US-Präsidenten, die sich um die Vermittlung einer Friedensvereinbarung bemühten, im Gegensatz

meiner Journal“ berichtete, sagte Trump im November, dass er „liebend gerne derjenige wäre, der ein Friedensabkommen zwischen Israel und Palästina vermittelt“.

„Das wäre eine so großartige Errungenschaft“, wie Trump bei einem Treffen mit Vertretern der „New York Times“ im Redaktionssitz der Zeitung in Manhattan gesagt haben soll.

Außerdem machte Trump laut der „New York Times“ den Vorschlag, dass sein jüdischer Schwiegersohn und enger Berater Jared Kushner eine israelisch-palästinensische Friedensvereinbarung aushandeln könnte.

In einem Interview mit dem „Wall Street Journal“ im Anschluss an seine Wahl zum US-Präsidenten nannte Trump den israelisch-palästinensischen Konflikt den „Krieg, der niemals endet“. „Das ist der ultimative Deal“, sagte Trump. „Als Geschäftemacher möchte ich [...] das Geschäft abschließen, das nicht abgeschlossen werden kann. Und ich möchte es für die Menschheit tun.“

In einem Interview mit „The Algemeiner“ sagte Friedman eine Woche vor den US-Wahlen, dass eine Trump-Regierung „nicht versuchen wird, das Ergebnis in ihrem Sinne zu beeinflussen und Israel ein bestimmtes Ergebnis aufzunötigen. Vielmehr wird sie Israel dabei unterstützen, eine eigene Lösung zu finden, wie ein Frieden mit seinen Nachbarn am besten erreicht werden kann.“

Zuerst erschienen in „The Algemeiner“
Übersetzung: Andreas Müller

Israel stoppt kirchliche Hasserin des Judenstaats bei der Einreise

„Gerechter Frieden“: Das irreführende Codewort der Israel-Hasser

Von Stefan Frank

Eine afrikanische Theologin wollte im Auftrag des „Ökumenischen Begleitprogramms in Palästina und Israel“ (EAPPI) nach Bethlehem reisen, um dort an einer Veranstaltung teilzunehmen, auf der für einen Boykott Israels geworben wurde. Weil sie offenbar nur ein Touristenvisum hatte, wiesen die Grenzbeamten am Flughafen Tel Aviv sie zurück. Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK), der hinter EAPPI steht und sich ebenfalls für einen Boykott Israels starkmacht, gibt sich überrascht und wütend.

In „Dry Bones“, der traditionsreichen Cartoonreihe, die in israelischen und amerikanischen Zeitungen erscheint, gab es kürzlich die witzige Zeichnung einer fiktiven, aber nicht abwegigen Szene an einem israelischen Flughafen: Ein Mann, der einen Hut mit der Aufschrift „BDS“ – die Bewegung, die einen Boykott gegen alle jüdischen Israelis und deren Produkte fordert – trägt und ein Transparent mit der Aufschrift „Stranguliert den jüdischen Staat“ vor seinem Körper hält; außerdem hat er in jeder Hand einen Luftballon: Auf dem einen steht „Boykottiert Israel“, auf dem anderen ist ein Davidstern zu sehen, der durch ein Gleichheitszeichen mit einem Hakenkreuz gleichgesetzt wird. Daneben stehen zwei Personen, offenbar israelische Grenzbeamte. Sie blicken recht gelangweilt und ratlos drein, während einer den anderen fragt: „Sollten wir diesen hier vielleicht mal anhalten?“

Der Cartoon spiegelt die groteske Situation wider, dass Israel, der am meisten bedrohte und angefeindete Staat der Welt, eine offene Tür für seine Feinde hat, die nach Belieben ein- und ausreisen können – egal, ob sie kommen, um die arabische Bevölkerung gegen Israel aufzuhetzen, an mitunter gewalttätigen „Demonstrationen“ teilzunehmen, israelische Sicherheitskräfte zu provozieren oder um Material zu sammeln, das sich irgendwie eignen könnte, um Israel in den elektronischen Medien in ein schlechtes Licht zu setzen.

Warum leistet sich ausgerechnet Israel diese ultraliberale Visapolitik? Einerseits aus dem Wissen heraus, nichts vor der Welt zu verbergen zu haben; andererseits aufgrund der naiven – und stets aufs Neue widerlegten – Annahme, dass diejenigen, die die Lage in Israel mit eigenen Augen gesehen haben, diese auch wahrheitsgemäß wiedergeben werden. Und wahrscheinlich auch aus Angst vor jenen europäischen Regierungen und Kirchen, die finanziell und organisatorisch hinter zahlreichen dubiosen Organisationen stehen, deren Tagesgeschäft es ist, Israel schlechtzumachen (als wenn Israels Nachgiebigkeit sie jemals besänftigt hätte).

Doch zurück zu unserem Cartoon. Anfang des Monats, darauf spielt er an, wurde zum ersten Mal ein Mitglied einer jener kirchlichen Gruppen, die es als ihre wichtigste Mission betrachten, Israel international zu ächten und zum Paria zu machen, an der Einreise in just eben dieses Land gehindert. Es handelte sich um eine aus Malawi stammende Frau namens Isabel Apawo Phiri. Dass ihr das von ihr beantragte (Touristen-) Visum verweigert wurde, wurde übrigens offenbar nicht mit ihrer politischen Gesinnung begründet, sondern damit, dass sie in Wirklichkeit nicht als Touristin kam.

Weltkirchenrat empört

Dazu später mehr. Hören wir zuerst, wie aufgebracht der in Genf ansässige Ökumenische Rat der Kirchen (auch: Weltkirchenrat), in deren Auftrag sie reiste, reagierte. ÖRK-Generalsekretär Pastor Dr. Olav Fykse Tveit, teilte in einer Presseerklärung mit:

„In einem beispiellosen Vorgehen gegenüber einer hochrangigen Mitarbeiterin des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und Vertreterin der ökumenischen Bewegung wurde gestern die beigeordnete ÖRK-Generalsekretärin Prof. Dr. Isabel Apawo Phiri am internationalen Ben-Gurion-Flughafen festgehalten, verhört und ausgewiesen.“

Der ÖRK bedauere „zutiefst die israelische Feindseligkeit gegenüber den ÖRK-Initiativen für einen gerechten Frieden für sowohl Palästinenser als auch Israelis“.

Man achte auf die Formulierung „gerechter Frieden“, die auch von der katholischen Bewegung Pax Christi stets benutzt wird. Der von Pax Christi und dem ÖRK angestrebte „Frieden“ ist eben kein wirklicher Frieden – dann würde es ja reichen, „Frieden“ zu sagen –, sondern das Gegenteil, ein „Frieden“, der erst hergestellt werden kann, wenn Israel kapituliert hat. Der „gerechte Frieden“ ist ein „Frieden“, der nicht ausgehandelt wird, sondern nur durch Boykott, also Wirtschaftskrieg erreicht werden kann, an dessen Ende der Sieger die Bedingungen diktiert. Der „gerechte Frieden“ entspricht ziemlich genau dem, was man in Deutschland im Ersten Weltkrieg „Siegfrieden“ nannte: Nicht Frieden jetzt, sofort, ohne Vor-

bedingungen, sondern erst, wenn der Feind am Boden liegt und alle Kriegsziele erreicht sind. Wenig bis gar nichts hat man vonseiten des ÖRK übrigens in den letzten fünf Jahren zur Situation der verfolgten Christen in muslimischen Ländern gehört.

Der ÖRK macht sich für den Boykott Israels stark.

bedingungen, sondern erst, wenn der Feind am Boden liegt und alle Kriegsziele erreicht sind. Wenig bis gar nichts hat man vonseiten des ÖRK übrigens in den letzten fünf Jahren zur Situation der verfolgten Christen in muslimischen Ländern gehört.

Wohin wollte Isabel Phiri in Wahrheit reisen?

Phiri, so Pastor Tveit und der ÖRK weiter, sei unterwegs gewesen „zu geplanten Konsultationen mit Kirchenleitenden in Jerusalem im Rahmen des Ökumenischen Begleitprogramms in Palästina und Israel (EAPPI)“. Es mag gut sein, dass sie, wo sie nun schon mal gerade in der Region war, tatsächlich vorhatte, „Konsultationen mit Kirchenleitenden in Jerusalem“ abzuhalten. Das kann aber nur ein Nebenprogramm gewesen sein, ein Abstecher. Der Hauptgrund ihrer Reise – der in der Presseerklärung nicht erwähnt wird – war es, in Bethlehem an der großen Feier zum „Jahrestag der Gründung der ökumenischen Bewegung „Kairos Palestine“ teilzunehmen. Pastor Tveit hätte das eigentlich wissen müssen, schließlich war er dort ja der Hauptredner und hat die Abwesenheit von Frau Phiri in scharfen Worten beklagt.

Was ist „Kairos Palestine“?

Was wurde bei der Veranstaltung, die Frau Phiri verpasst hat, genau gefeiert? „Kairos Palestine“ ist eigentlich

keine Bewegung, sondern ein Manifest, welches vor sieben Jahren, im Dezember 2009, in Bethlehem veröffentlicht wurde. Darin wird ganz Israel als „Besatzung“ qualifiziert, welche es zu beenden gelte. Die Auflösung des israelischen Staates also ist das Ziel, schon dessen Gründung 1948 sei ein schwerer Fehler gewesen, heißt es im „Kairos“-Manifest: „Der Westen versuchte, das Unrecht, das Juden in den Ländern Europas erlitten hatten, wiedergutzumachen, aber diese Wiedergutmachung ging auf unsere Kosten in unserem Land. Unrecht sollte korrigiert werden; das Ergebnis war neues Unrecht.“ Zwei Sätze, die typisch sind für den intel-

lektuellen und moralischen (bzw. unmoralischen) Gehalt dieses Textes: Der UN-Teilungsplan, ein Kompromiss, der nicht nur von den Westmächten, sondern auch von der Sowjetunion und vielen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens unterstützt wurde, wird als Verschwörung des Westens zugun-

ten der Juden interpretiert. Antisemitische Verschwörungstheorien gehören leider in vielen Ländern des Nahen Ostens zur politischen Kultur, und das ist genau der Ungeist, der aus dem ganzen „Kairos“-Dokument spricht. Damit auch Holocaustleugner es unterzeichnen können, wird die Vernichtung von sechs Millionen Juden vage als das „Unrecht“ bezeichnet, das durch die Gründung Israels „korrigiert“ (!) worden sei, aber „neues Unrecht geschaffen“ habe. Die eigentlichen Opfer des Holocaust wären demnach die arabischen Palästinenser – auch dies ein leider allzu gut bekannter Topos. Als Mittel, um Israel zu zerstören, empfehlen die Autoren von „Kairos Palestine“ einen Wirtschaftsboykott.

Ist es nicht irgendwie ironisch, dass jemand nach Israel reisen will, um dort an einer Feier des Israelboykotts teilzunehmen und sich dann darüber beklagt, dass diejenigen, die er boykottieren will, ihn davon abhalten, gegen seinen Vorsatz des Boykotts zu verstoßen? Ja, es wird einem schwindelig, wenn man darüber nachdenkt.

Wer ist EAPPI?

Ein paar Worte zum Projekt EAPPI, dem „ökumenischen Begleitprogramm in Palästina und Israel“. Es ruft christliche Freiwillige aus aller Welt dazu auf, drei Monate in Israel zu verbringen, mit dem erklärten Ziel, „verwundbaren Gemeinden eine schützende Präsenz zu



Pastor Olav Fykse Tveit

bieten und Menschenrechtsverletzungen zu beobachten und zu melden“.

Doch wie „Audiatur-Online“ (Zürich) vor einigen Monaten berichtete, vermuten viele israelische und christliche Organisationen, dass sich unter der Hülle des EAPPI-Projekts noch mehr verbirgt. Einige, allen voran Pater Gabriel Naddaf vom „Christian Empowerment Council“ in Israel, werfen dem EAPPI Voreingenommenheit gegen Israel, Antisemitismus, eine dubiose Finanzierung und illegale Aktivitäten vor.

„Das EAPPI läuft jedem christlichen und moralischen Wert zuwider“, sagt Pater Naddaf, der auch der geistliche Führer der aramäisch-christlichen Gemeinde in Israel ist, gegenüber der Nachrichtenagentur Tazpit (TPS). „EAPPI missbraucht auf zynische Weise die Heilige Schrift, die Bibel und das Neue Testament und dazu auch noch israelische Christen, zu dem Zweck, seine antiisraelischen und antisemitischen Aktivitäten zu legitimieren – Aktivitäten, die einer wahren Koexistenz und den jüdisch-christlichen Beziehungen in Israel und auf der ganzen Welt schaden und die zudem den Antisemitismus stärken“, so Pater Naddaf weiter.

Hören wir noch einmal, was Pastor Tveit sagt: Im „Verhör“ Phiris, so Tveit, sei das „EAPPI-Programm“ auf „völlig unzutreffende Weise abqualifiziert“ worden. Er sei „bestürzt, dass das israelische Innenministerium seine Entscheidungen anscheinend auf falsche und unzuverlässige Quellen stützt“. Leider sagt Tveit nicht, auf welche Weise das „Programm“ „abqualifiziert“ wurde und was daran seiner Meinung nach „völlig unzutreffend“ ist. Trotzdem lässt sich sein Argument leicht zurückweisen: Die einzigen Quellen, die man benötigt, um sich ein Urteil darüber zu bilden, was für eine Art von Organisation EAPPI ist und welche Ziele sie verfolgt, sind die Verlautbarungen, die EAPPI entweder ausdrücklich

unterstützt – wie „Kairos Palestine“ – oder die es selbst herausgibt, wie etwa die Schrift „Faith Under Occupation“ („Glaube unter Besatzung“) von 2012. Unter der Überschrift „50 Wege zum Handeln für Frieden und Gerechtigkeit“ werden dort u.a. aufgeführt:

„Verwende eine klare und unmissverständliche Sprache, darunter solche, die gegen Apartheid und Kolonisierung protestiert.“

„Stärke Netzwerke für Sanktionen und das Ende der US-Hilfe für Israel.“

„Greife Israel vor örtlichen und internationalen Gerichten an.“

„Schließe dich der Kampagne für Wirtschaftsboykott an ... [sowie der] Kampagne für einen kulturellen und akademischen Boykott.“

„Stemme dich gegen die zionistischen Versuche, Wikipedia zu manipulieren.“

Muss man noch mehr über EAPPI wissen? Auditor-Online wandte sich

und Mönche als Geisel nahmen. Ein traumatisches Erlebnis für Bethlehem Christen, an das Pfarrer Tveit sich einfach nicht erinnern will.

Als „Tourist“ zum Kampf gegen Israel

Es bleibt noch die Frage, wie die israelischen Behörden es denn begründet haben, dass sie der EAPPI-Aktivistin die Einreise verweigert haben. War es, weil sie mit der erklärten Absicht kam, dem israelischen Staat zu schaden, ja, sie ihn sogar abschaffen will? Das wäre ein nur allzu gut verständliches Motiv und würde in den meisten Staaten der Welt ausreichen, jemanden nicht ins Land zu lassen. Nicht so in Israel: Die Dichte an NGOs ist dort die weltweit höchste; mehr als tausend NGOs findet man alleine im Westjordanland – und fast alle ihre ausländischen Mitarbeiter reisen über den Ben-Gurion-Flughafen Tel Aviv ein. Nein, politische Gründe waren nicht ausschlaggebend. Das behauptet nicht einmal der ÖRK selbst.

„Fatah-Kämpfer nahmen in der Bethlehemer Gebetskirche Mönche als Geiseln.“

an „NGO Monitor“, einer in Jerusalem ansässigen akademischen Organisation, die das Treiben ausländischer oder vom Ausland bezahlter NGOs in Israel beobachtet, mit der Bitte um eine Einschätzung des Falls. Olga Deutsch, die Europadirektorin von NGO Monitor, schreibt in einer E-Mail:

„Zum ersten Mal gehen die israelischen Behörden den Aktivitäten einiger Organisationen und Individuen nach, die als Touristen nach Israel einreisen. Isabel Apawo Phiri ist nur einer der Fälle der letzten Monate, bei denen das Einreisevisum wegen gegen Israel gerichteter Aktivitäten verweigert wurde. Die von Pastor Dr. Olav Fykse Tveit, dem ÖRK-Generalsekretär, vorgebrachte Behauptung, dass der Weltkirchenrat BDS nicht unterstütze, überrascht uns nicht, ist aber nicht wahrheitsgemäß.“

NGO Monitor verfolge die Aktivitäten des ÖRK seit vielen Jahren. „Das Zentralkomitee des ÖRK bewirbt das Kairos-Palästina-Dokument, in dem Terrorismus verharmlost wird, macht Werbung für BDS und leugnet, dass es irgendeine religiöse und historische Verbindung der Juden zu irgendeinem Teil des Landes Israel gibt. Es wirbt für Wirtschaftsboykotte gegen Israel und ruft seine Mitgliedskirchen dazu auf, ‚christlichen Zionismus als eine Form von christlichem Fundamentalismus zu ächten, der vor allem eine Bedrohung für die eingeborenen palästinensisch-christlichen Gemeinden darstellt.‘ Die gegen Israel gerichteten Aktivitäten des ÖRK gingen ‚weit über die Unterstützung von BDS hinaus‘, so Olga Deutsch.

Der vergessliche Pastor Tveit

Ein Beispiel dafür, wie EAPPI den Terrorismus völlig ausblendet, ist nicht zuletzt die Rede, die Pastor Tveit gerade in Bethlehem gehalten hat: Darin erinnerte er sich, wie er „vor 14 Jahren zum ersten Mal nach Bethlehem kam, zur selben Zeit des Jahres wie jetzt“, „Bethlehem war unter Belagerung, die Ausgangssperre hatte die Straßen von allem geleert außer von den Soldaten und Panzern“. Tveit scheint noch jedes Detail lebhaft vor Augen zu haben – bis auf eines: Kein Wort verlor er darüber, wie damals bewaffnete Kämpfer der Fatah in Bethlehem die Geburtskirche stürmten, sich dort verschanzten

In der gesamten Delegation war Phiri „die einzige Person, der die Einreise verwehrt wurde“, heißt es in der Presseerklärung. Als Grund für die Verweigerung des Visums, so der ÖRK, hätten die israelischen Behörden die „Prävention illegaler Immigration“ genannt.

Das kann nicht überraschen: In dem oben genannten Beitrag hatte Auditor-Online auch darüber berichtet, dass nach Meinung israelischer Beobachter sämtliche EAPPI-Aktivistinnen ihre Visa unter falschem Vorwand erlangen: Sie beantragen Touristen-Visa, obwohl für Besucher mit politischem Anliegen nach israelischem Gesetz eine andere Art von Visum benötigen.

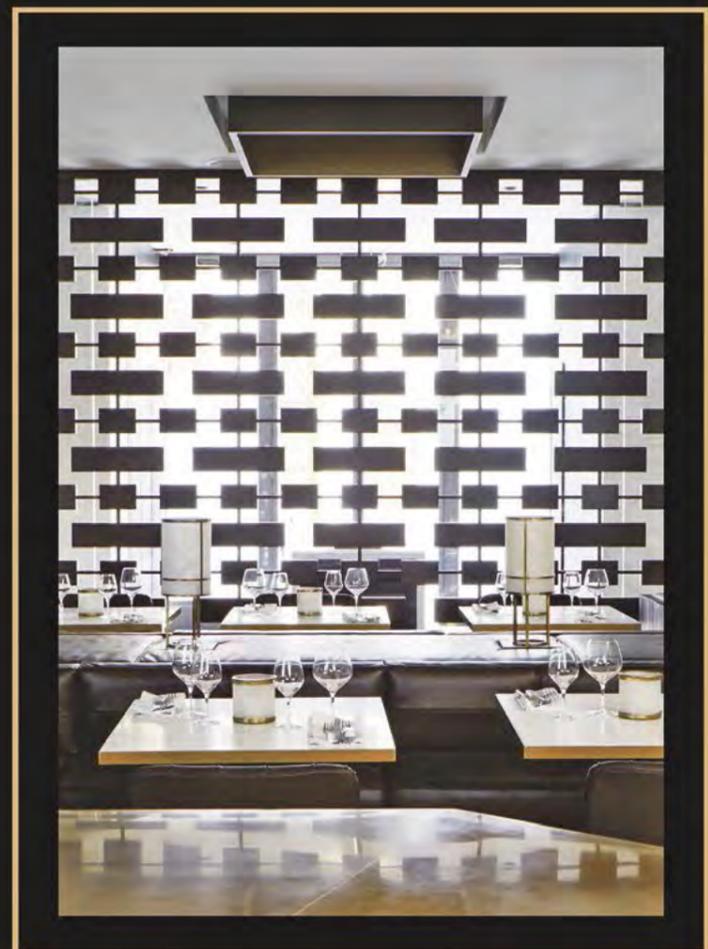
Nun klagt der ÖRK, einem einzigen Mitglied der Delegation die Einreise zu untersagen, sei „diskriminierend“. Dazu ist erstens zu fragen: Wäre es dem ÖRK denn lieber gewesen, wenn der gesamten Delegation, die auf der Reise zu der Hassveranstaltung in Bethlehem war, die Einreise verweigert worden wäre? Dann hätte der ÖRK geklagt, dass die Entscheidung politische Motive habe. Nun gibt er zu, dass dem nicht so ist, und es ist auch nicht recht, jetzt ist es „Diskriminierung“.

Alle Staaten der Welt diskriminieren

Staaten haben und nehmen sich das Recht, bei der Einreise zu diskriminieren: die einen einreisen zu lassen, die anderen hingegen nicht. Das ist der ganze Sinn eines Visums. Wenn jeder völlig diskriminierungsfrei in jedes Land einreisen dürfte, würde es das Visum gar nicht geben. Und noch etwas: Europäische Staaten handeln nicht anders. Ein Afrika-Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“ berichtete kürzlich über die vielen rechtlichen und wirtschaftlichen Hürden, die Afrikaner überwinden müssen, wenn sie legal zu einer Urlaubs-, Geschäfts- oder sonstigen Reise in die EU reisen wollen. 50 Millionen US-Dollar hätten EU-Länder im vergangenen Jahr an Gebühren eingenommen, für Visa, die Afrikaner beantragt hatten, die aber nicht ausgestellt wurden. Sollte der ÖRK, statt sich zu beschweren, nicht lieber froh sein, dass Israel bei seinen Leuten offenbar fast immer ein Auge zudrückt und sie gesetzeswidrig mit Touristenvisa einreisen lässt? Doch solche Argumente dürften beim

ÖRK auf taube Ohren stoßen, weil es ihm nämlich in Wirklichkeit um etwas Prinzipielles geht: Darüber zu entscheiden, wer in ein Land einreisen darf und wer nicht, ist Kennzeichen eines souveränen Staates. Dass aber Israel ein souveräner Staat ist, das will man beim ÖRK ja gar nicht wahrha-

ben. Man träumt dort von einer Zeit, in der es keine israelischen Grenzbeamten mehr gibt, weil es kein Israel mehr gibt, sondern nur noch einen Staat „Palästina“ mit der Hauptstadt Al-Quds. Das ist der vielbeschworene „gerechte Frieden“, auf den der ÖRK und das EAPPI hinarbeiten.



beefbar[®]
Born in Monte-Carlo

HAUSVOGTEIPLATZ 10
10117 BERLIN
ÖFFNUNGSZEITEN:
MO – FR AB 12 UHR, SA/SO AB 18 UHR
RESERVIERUNGEN UNTER:
030-20679301

Mutige Querdenker auf arabischer Seite

Arabische Zionisten in Israel

Von Oliver Vrankovic

Sarah Zoabi, ihr Sohn Mohammed, beide aus Ober-Nazareth, und Abdullah Abed al-Rahman aus Abu Gosch gehören zu einer Avantgarde unter den arabischen Muslimen in Israel. Sie bezeichnen sich als israelische Patrioten und rufen dazu auf dem jüdischen Staat zu dienen.

Bei verschiedenen Begegnungen haben Sarah Zoabi und Abdullah Abed al-Rahman von ihren Beweggründen erzählt und über die Anfeindungen und den Zuspruch gesprochen, die sie erfahren.

Sarahs Sohn Mohammed hat sich „als erster Araber in Israel getraut, öffentlich eine Meinung zu äußern, die der ‚arabischen Sache‘ zuwiderläuft“, sagt die sichtlich stolze Mutter. Das war nach der Entführung der drei Jugendlichen Eyal, Gilad und Naftali im Juni 2014. Damals lud Mohammed ein Video auf Facebook hoch, in dem er die Geiselnahme dazu aufrief, die Jungen freizulassen. Mohammed und Sarah wurden daraufhin bedroht und mussten sich in verschiedenen Wohnungen verstecken. Die Polizei fasste drei Mitglieder einer Familie, die geplant hatten, sich an Mohammed für die Videobotschaft zu rächen. Zu seiner Sicherheit ging der junge Mann für einige Monate ins Ausland.

Als sich das Fernsehmagazin „Uvda“ des Falls annahm, bekam die Geschichte eine unerwartete Wendung. Das Fernsehteam war von den Kochkünsten Sarahs so begeistert, dass es die Frau dazu ermutigte, beim populären Kochwettbewerb „Master Chef“ mitzumachen. Im Juni 2015 nutzte sie zur Prime Time die große Fernseh Bühne, um zu erklären, dass sie eine stolze Zionistin sei, die sich mit keiner anderen Fahne als der israelischen identifiziere. Sarah wurde schlagartig landesweit bekannt.

Abdullah kommt aus Abu Gosch, einer arabischen Stadt in den Bergen um Jerusalem, deren arabische Bevölkerung im Unabhängigkeitskrieg auf der Seite Israels stand. Heutzutage ist der Ort bei Israelis und Touristen wegen seiner vorzüglichen arabischen Küche bekannt. Als sich Abdullah auf seiner Facebook-Seite gegen die jüngste Terrorwelle aussprach und Anfang 2016 die Liquidierung eines Terroristen guthieß, zirkulierte sein Profil bei verschiedenen palästinensischen Facebook-Gruppen. Er erhielt Drohungen, die ihn veranlassten, seine Arbeitsstelle zu wechseln. Der Bürgermeister von Abu Gosch reagierte auf den Eintrag mit der Erklärung, dass Abdullah nicht die Stadt repräsentiere.

Abdol, wie er sich auch nennt, betreibt gemeinsam mit dem orthodoxen Juden Michal Julian die Seite „Rechte und Araber tweeten“, ein Projekt, dass die jüdisch-arabische Koexistenz unter einem zionistischen Gesichtspunkt befördern soll. Mittlerweile ist Sarah eine der Mitbetreiberinnen der Plattform, die Bevölkerungsgruppen miteinander in Kontakt bringt, die sich sonst meiden.

Hinter Feindseligkeiten stecke oft Unwissenheit, sagt Abdol bei einem Gespräch in einer Espressobar im Zentrum von Tel Aviv. Friedliebende Araber hätten in Israel kaum Medienpräsenz. Wenn die Unterstützer der „Rechten“ in direkten Kontakt mit all den arabischen Leuten kämen, die nur in Ruhe ihren Kaffee trinken und ihrem Beruf



Abu Gosch

nachgehen wollten, könne dies Feindbilder ins Wanken bringen.

Abdol betont, dass es in allen arabischen Städten und Dörfern viele junge Menschen gebe, die wie er und Mohammed Zoabi gerne in Israel leben. Wie er selbst würden sie von den arabischen Führern dafür oft als Kollaborateure angesehen.

Sarah sagt, dass sie für ihre Äußerungen viel Zuspruch von jüdischen Israelis erhalte. Es gab aber auch andere Reaktio-

nen. Die Kernaussage an die arabische Welt: Nirgendwo im Nahen Osten geht es der arabischen Bevölkerung besser als in Israel, wo sie nicht von Arabern regiert wird.

Für Sarah sind die arabischen Parteien in Israel das größte Integrationshindernis. Obwohl es arabische Oberärzte, Professoren, arabische Parteien und einen arabischen Richter am Obersten Gerichtshof gebe, verleumdete die arabischen Abgeordneten Israel als Apart-

zu integrieren, so Abdol. Weil Integration Erfolg möglich mache, und Abdol sich für die israelischen Araber Erfolg wünsche.

Sein Engagement brachte Abdol immer wieder Konflikte mit „Linken“ ein. Diese, so sagt er, wollten israelische Araber nur als benachteiligte und leidende Bevölkerungsgruppe sehen, um ihre politische Agenda durchzusetzen.

Abdol glaubt, dass die Ungleichheit in Israel weniger auf Chancenungleichheit beruhe als auf der ungleichen Wahrnehmung der Chancen. So sei das ungleiche Bildungsniveau nicht mit staatlicher Ungleichbehandlung von arabischen und jüdischen Schulen zu erklären. Und gerade die „Rechten“ hätten viel in den arabischen Sektor investiert.

Sarah sagt, dass sie sich unter Rechtszionisten gut aufgehoben fühle, weil sie die eigentlichen Befürworter der Integration der Araber in die israelische Gesellschaft seien. Die NGO „Im Tirzu“ lud sie in den vergangenen Monaten mehrfach als Rednerin ein und ehrte sie mit einer Auszeichnung für ihren Beitrag zur Integration von Minderheiten. Matan Peled, der Vorsitzende von „Im Tirzu“, sagte in einer Stellungnahme zur Unterstützung Sarahs, dass sie ein gutes Beispiel für die zionistische Idee sei: „Sie ist nicht jüdisch, fordert aber Integration aus dem Bestreben heraus, das einzige Land im Nahen Osten zu stärken, das den Bürgern Sicherheit, Menschenrechte und Bürgerrechte bietet. Deshalb müssen wir Sahra in jeder Weise helfen.“ Als Premierminister Benjamin Netanjahu ihr Engagement auf einer Versammlung des Likud unter dem Beifall der Zuhörer lobte, fühlte sie sich in allem bestätigt.

Sarah setzt sich insbesondere für die gesellschaftliche Teilhabe arabischer Frauen ein. Israelische Frauen aus jüdischen Familien hätten die Freiheit, über ihr Leben selbst zu bestimmen, während die Lebensentscheidungen der muslimischen Frauen immer noch von der Familie getroffen würden, sagt sie. Aber auch hier ändere sich gerade etwas, fügt sie hinzu. Frauen würden mit der Waffe in den Streitkräften dienen und es bei der Armee und in der Polizei zu Befehlshaberinnen bringen. Viele junge arabische Frauen ziehe es in „gemischte“ Städte,

„Abdullah kommt aus Abu Gosch, einer arabischen Stadt in den Bergen um Jerusalem, deren arabische Bevölkerung im Unabhängigkeitskrieg auf der Seite Israels stand.“

nen. Nachdem sie am Fenster ihrer Wohnung in Ober-Nazareth eine israelische Fahne angebracht hatte, drangen Unbekannte in das Haus ein und schlugen auf sie ein. Trotzdem hat sie sich entschlossen, mit der „Wahrheit“, wie sie sagt, notfalls bis ans Ende zu gehen. Wie ihr Sohn hat sie all die Stimmen ignoriert, die ihr rieten, ihr Engagement aufzugeben.

Auf die Frage, ob sie sich mit ihren Äußerungen bei „Master Chef“ an die israelische Mehrheitsbevölkerung oder die arabische Minderheit gewandt habe, sagt sie, sie habe die einmalige Chance nutzen wollen, ihre Stimme in der ganzen Welt hörbar zu machen. Denn wer wisse besser als sie selbst, eine „muslimische Araberin mit Kopftuch“, dass es den Arabern in Israel gut gehe. Israel stehe trotz des Terrors, dem das Land ausgesetzt ist, für Gleichberechtigung, Menschenrechte und Demokratie. Sie wünscht sich, dass die israelischen Araber das endlich zur Kenntnis nehmen.

Auch Abdol bleibt bei der Sache: Das neueste seiner Social-Media-Projekte ist die Seite „Die Söhne Abrahams sehnen sich nach Frieden“, die sich gegen die Verleumdung Israels in der arabischen Welt wendet. Viele Araber wüssten gar nicht, sagt Abdol, dass in Israel eine Million Araber als gleichberechtigte Staatsbürger

heidstaat. Die Anklage ist besonders pikant, da Sarah mit der antizionistischen Politikerin Hanin Zoabi verwandt ist. Die Abgeordnete wirbt im israelischen Parlament für das iranische Atomprogramm, den Boykott Israels und legitimiert den „palästinensischen“ Terror.

Die arabischen Parteien, so Sarah, feuerten mit linken Antizionisten und muslimischen Geistlichen genau jene Spannungen zwischen Juden und Arabern, die sie beklagten. Angesichts des tatsächlichen Leidens der Araber in den islamischen Ländern des Nahen Ostens verfolge die Propaganda mit unterdrückten Arabern in Israel allerdings nicht mehr ohne weiteres.

Das größte Unglück der israelischen Araber seien ihre politischen Vertreter, sagt auch Abdol. Arabische Politiker seien augenscheinlich an einer misslichen Lage der arabischen Bevölkerung in Israel interessiert. Ihr Eintreten für den „palästinensischen“ Widerstand bringe ihren Wählern mehr Schaden als Nutzen. Statt Annäherung betrieben die arabischen Politiker Spaltung und stifteten Unfrieden.

Patriotischer Israeli zu sein, mache einen Teil seiner Identität aus, sagt Abdol, den anderen Teil, Araber zu sein. Sein soziales Engagement sei darauf ausgerichtet

sagt Sarah, wo sie freier leben könnten als in der eigenen Gemeinschaft. Die gebildeten und modernen arabischen Frauen in Haifa seien für viele Mädchen ein Vorbild. Aber viele arabische Männer kämen mit dieser Entwicklung nicht mit.

Dass ihr Sohn Mohammed im Frühjahr 2015 seinen Dienst in den israelischen Streitkräften antrat, ist für Sarah Ausdruck seines Pflichtbewusstseins. Die Armee, sagt sie, verteidige alle Bevölkerungsgruppen in Israel.

Auch Abdol sieht die Armee positiv. Zu seinem Bedauern, so sagt er, leisteten viele junge Araber aufgrund von sozialem Druck und offener Einschüchterung keinen Militär- und Ersatzdienst und verbauten sich so die Integration.

Sarah und Abdol sind aber der Ansicht, dass die Einschüchterung nicht verhindern könne, dass Israel in den nächsten Jahren eine steigende Zahl muslimischer Rekruten in der israelischen Armee haben werde. Abdol verweist auf die steigende Zahl christlicher Rekruten, die mit dem Engagement des pro-zionistischen Priesters Gabriel Naddaf aus Nazareth zusammenhänge, einem „guten Bekannten“ von Abdol.

Im Oktober 2012 rief der griechisch-orthodoxe Priester Naddaf auf einem Kongress in Ober-Nazareth die arabischen Christen dazu auf, sich bei den israelischen Streitkräften zu melden. Bis 2012 hatten sich pro Jahr 35 arabischsprachige Christen für den Armeedienst eingeschrieben. Nach dem Aufruf, im Jahr 2013, waren es 150.

Naddaf zahlte einen Preis für seine Rede. In seinem Büro in Ober-Nazareth sagt er bei türkischem Kaffee, dass ihm der Zutritt zur griechisch-orthodoxen Verkündigungskirche daraufhin verwehrt worden sei. Eine Kampagne in den arabischen Medien brandmarkte ihn als Verräter. Die Palästinensische Autonomiebehörde forderte seine Absetzung aus all seinen Ämtern. 2013 wurde sein Sohn tödlich angegriffen.

Hanin Zoabi erklärte in einem offiziellen Brief am 1. November 2012, dass Naddaf mit seinem Aufruf zur Rekrutierung die christliche Jugend gefährde, sie von ihrem Volk abspalte und ihrem Feind in die Arme führe. Eine schwarze Liste christlicher Funktionäre ging zusammen mit Bildern junger Christen, die an Rekrutierungsveranstaltungen teilgenommen hatten, durch die israelfeindliche Presse. Unterstützung erfuhr Naddaf von „Im Tirzu“ und von Premierminister Netanjahu. Im September 2014 forderte Naddaf in einer Rede, den Menschenrechtsrat der

Aksa-Moschee. Dies schüre Hass, gegen den sehr schwer rational zu argumentieren sei. Von der Besetzung als Grund für die Feindseligkeiten will sie nichts wissen. Bis 1967 seien „Judäa und Samaria“, wie sie sagt, in den Händen der Jordanier gewesen und dennoch habe sich 1964 die Fatah konstituiert.

Abdols pro-zionistische Einstellung hat nichts mit seinem Glauben zu tun. Er wechselte in der 10. Klasse von einer arabischen auf eine hebräische Schule, wo er in der 11. Klasse an einer Klassenreise nach Auschwitz teilnahm. Diese Fahrt

ihm ein Siedler ins Knie. Als er sich zur Behandlung in Saudi-Arabien aufhielt, wurde sein Bruder an einem Kontrollpunkt getötet. Ali hatte Rachedgedanken, ließ aber davon ab. Als seine Familie von einer israelischen Friedensinitiative kontaktiert wurde, die Trauernde beider Seiten zusammenbringt, willigte die Mutter in das Treffen ein. Bis zu der Zusammenkunft mit der jüdischen Familie im Haus seiner Mutter war Ali überzeugt, dass Juden keine Gefühle hätten. Als er sah, wie seine Mutter gemeinsam mit einer Israelin trauerte, die ihren Sohn verloren hatte, änderte sich seine Wahrnehmung schlagartig.

Ali setzte im Sommer 2014 ein eindrucksvolles Zeichen der Verständigung, als er die trauernde Familie eines der drei ermordeten Jugendlichen aufsuchte. Er ist Mitbegründer von „Roots“, einem Projekt, das jüdische Siedler und deren arabische Nachbarn zusammenbringt.

Im Juni 2016 stellte der „Palästinenser“ vor einer Gruppe von 50 nationalreligiösen Juden in Jerusalem seine Initiative vor. Er habe häufig mit „linken“ Menschenrechtlern gearbeitet, sagt Ali, er habe viele Konferenzen besucht, in schicken Hostels geschlafen und an Veranstaltungen für den Frieden teilgenommen. Mal sei er bei „Yoga for peace“, mal bei „Hummus for peace“ gewesen. Irgendwann wollte er raus aus der Tel Aviver Wohlfühlblase, um sich denjenigen Israelis zuzuwenden, die den Arabern besonders verhasst sind – den jüdischen Siedlern. Von diesen Menschen habe er gelernt, was Judäa und Samaria für die Juden bedeuteten. Es sei eine Illusion, anzunehmen, dass die Siedler irgendwann verschwinden. Er sei ein stolzer „Palästinenser“ und kein Zionist, sagt Ali. Doch er habe begriffen, dass die Herausforderung darin bestehe, die Geschichte der jeweils anderen Seite zu akzeptieren. Für Ali heißt das auch, dass Juden und Araber sich das Land teilen.

Zuerst erschienen in der „Jungle World“ vom 1. Dezember 2016

„Nach einem Abzug der Israelis würden im Westjordanland Hamas, El Kaida, der IS und der Iran um die Herrschaft konkurrieren. Die „Palästinenser“ wären wohl die größten Verlierer des israelischen Rückzugs.“

UN in Genf dazu auf, die „Hexenjagd“ auf Israel zu beenden.

Obwohl Sarah, Abdol und Naddaf pro-zionistisch eingestellt sind, unterscheiden sich doch ihre Motive. So ist Naddaf der Überzeugung, dass die Christen im Nahen Osten keine Araber, sondern Aramäer seien. Religiös, historisch und ethnisch seien diese Christen mit dem jüdischen Volk verbunden und es gebe keinen Grund für sie, sich als Minderheit in der arabischen Minderheit zu sehen.

Sarah ist gläubige Anhängerin der puristischen Korani-Sekte, eines Ablegers der Ahmadiyya, die den Juden das Recht auf das „Heilige Land“ zuspricht. Nach Sarahs Meinung ist der Nahostkonflikt vor allem ein Religionskrieg. Quer durch die islamische Welt und auch von muslimischen Geistlichen in Israel werde kolportiert, Israel bedrohe die auf dem Tempelberg in Jerusalem gelegene al-

hat seine Weltsicht geprägt. Wer sich mit dem Holocaust auseinandersetze, verstehe die absolute Notwendigkeit eines jüdischen Staats, sagt er.

Während Sarah der Meinung ist, dass es keine Besetzung gebe, befürwortet Abdol einen eigenen Palästinenserstaat. Realistisch sei die Zwei-Staaten-Lösung indes nicht. Nach einem Abzug der Israelis würden im Westjordanland Hamas, El Kaida, der IS und der Iran um die Herrschaft konkurrieren. Die „Palästinenser“ wären wohl die größten Verlierer des israelischen Rückzugs.

Ali Abu Awwat stammt aus einer Flüchtlingsfamilie aus Beit Ummar. Seine Mutter war eine PLO-Aktivistin und wurde vom israelischen Inlandsgeheimdienst verhaftet, als er 10 Jahre alt war. 1990 wurde Ali verhaftet, er saß vier Jahre in einem israelischen Gefängnis. Während der zweiten Intifada schoss

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Ein Besuch an der Gaza-Grenze 2016

Der Herausgeber der JÜDISCHEN RUNDSCHAU vor Ort

Von Dr. Rafael Korenzecher

Ausgerechnet am geschenk-trächtigen Nikolaustag 2016 war ich in Kerem Schalom, dem israelischen Grenzdreieck zu Gaza und Ägypten.

Nachrichten-mäßig vorsätzlich kleingehalten von unseren israel-aversen öffentlich-rechtlichen Zwangsgebühren- und anderen nachrichten-filternden Mainstream-Medien hat Ägypten jegliche Grenzpassage, jeden Warenverkehr und jede Form von Versorgung nach Gaza-Hamastan vollständig eingestellt.

Nur das allenthalben durch unsere Politik und deren Medien geschmähte und dämonisierte, von den Gazanern und ihrer mit überwältigender Mehrheit gewählten Terror-Hamas dauerbedrohte und seit der dem Gazastreifen durch den jüdischen Staat ohne Gegenleistung geschenkten Unabhängigkeit mit über 24.000 Raketen auf seine Zivilbevölkerung beschossene Israel gewährleistet als einziger Staat weltweit den gesamten Warenverkehr und die Versorgung Gazas mit allen erforderlichen Gütern.

Täglich werden 900 Lastwagen – weit über 300.000 im Jahr – abgefertigt und täglich nahezu 20.000 Tonnen aller erdenklichen Waren für die Gazaner passieren die Grenze – das sind nahezu 7 Millionen Tonnen (7 Milliarden Kilogramm) per anno. Bei einer Bevölkerungszahl von 1,8 Millionen sind das ca. 3,9 Tonnen an unterschiedlichsten Gütern pro Bewohner und Jahr.

Dabei ist eine Abfertigung der Trucks im Wesentlichen nur am Tage möglich, da die Beschenkten – verstehe das wer will – nachts im Schutze der Dunkelheit häufig aus geringerer Ferne wahllos auf das Grenzgelände schießen.

Bei Kenntnis und genauerer Betrachtung dieser uns durch unsere ach so aufrichtigen, einseitig auf Israel-Bashing ausgerichteten Mainstreammedien rücksichtsvoll und gern vorenthaltenen Fakten werden die haltlosen und ungeheuerlichen Nazi-Ghetto-Vergleiche Gazas durch die linken Gaza-Florentin-Junkies vom Schlage der MdBs und Israelhasserinnen Groth und Höger sowie der scheinheiligen Vertreter der deutschen Kirchen vom Schlage eines Gregor Maria Hanke und des Kinderprüglers und Sauna-mit abhängigen-Seminaristinnen-Gängers Bischof Walter Mixa, sehr schnell als das



Dr. Korenzecher neben Zementsöcken, die über Israel nach Gaza geliefert werden

erkennbar, was sie in Wirklichkeit sind: nämlich infame Israel-Dämonisierung und kaum noch getarnter Antisemitismus.

Obwohl ein großer Teil des durch Israel gewährleisteten Warenstroms nach Gaza aus Spendenzuwendungen unterschiedlicher Gaza-Aktivistinnen und internationaler Hilfsorganisationen besteht, werden die kostenfrei in Empfang genommenen Waren nach Eintreffen in Gaza durch die Hamas-Mörder-Clique mit hohen Zöllen belegt und zu Wucherpreisen an die gazanische Bevölkerung verkauft.

Der erhebliche, den Gazanern durch ihre eigene Führung abgepresste Gewinn finanziert – mit Wissen und gezieltem Wegsehen der internationalen Warenabsender, nicht zuletzt auch aus Deutschland und der EU – zu einem

vielmehr den illegalen Bau zahlreicher kilometerlanger, bis weit ins israelische Hinterland reichender mannshoher Terror-Tunnel aus Gaza zu ermöglichen, die der Hamas-Clique illegalen Waffentransport in großer Menge erlauben und den Hamas-Terroristen als geheime Infiltrierungs-Zugänge zur Begehung von Terrormorden an israelischen Zivilisten weit hinter der Grenze im israelischen Hoheitsgebiet dienen.

Damit dürfte Israel der einzige Staat in der Welt sein, der aus dem Gefühl der humanitären Verantwortung für die Bevölkerung Gazas, die ihren eigenen Führern allerdings fremd ist, die massive Aufrüstung der ununterbrochen auf seine eigene Vernichtung zielenden Feinde in Kauf nimmt.

Ägypten hat wie gesagt an seiner Gaza-Grenze längst jede Warenlieferung

„Ein Tag eines arabischen Schülers namens Ali

Ali wacht früh vor der Schule auf. Er geht zu seiner Fußballmannschaft trainieren, benannt nach Dalal Mughrabi, einem „palästinensischen“ Terroristen, der für den Mord an 37 Israelis in einem Bus verantwortlich ist. Danach geht Ali zur Schule und nimmt dort an einer Veranstaltung teil, finanziert vom „palästinensischen“ Bildungsministerium zu Ehren Baha Alyans bei, der im vergangenen Jahr drei israelische Zivilisten ermordet hat.

Auf seinem Weg nach Hause geht Ali an einer hoch aufragenden Statue vorbei, die erst vor ein paar Wochen von der „palästinensischen“ Behörde errichtet wurde, um Abu Sukar zu ehren, der eine Bombe im Zentrum von Jerusalem zur Detonation gebracht hat, bei der 15 Israelis getötet wurden. Ali kommt nach Hause und schaltet den Fernseher ein. Er sieht ein Interview mit dem hochrangigen „palästinensischen“ Beamten Jibril Rajoub, der sagt, dass, wenn er eine Atombombe hätte, er sie noch heute über Israel hochgehen lassen würde. Ali schaltet das Radio an und hört „Präsident“ Abbas' Berater, Sultan Abu al-Einen, der „Palästinensern“ dies erklärt: „Schlitz die Kehlen der Israelis auf, wo Ihr sie findet!“

Daraufhin überprüft Ali sein Facebook-Profil und sieht dort einen kürzlich erschienenen Beitrag von „Präsident“ Abbas' Fatah-Partei, der das Massaker an elf israelischen Athleten bei den Olympischen Spielen in München 1972 als eine „Heldentat“ feiert. Auf YouTube sieht Ali dann einen Clip von „Präsident“ Abbas selbst, der sagt: „Wir begrüßen jeden Tropfen Blut, der in Jerusalem verschüttet wird.“ Das ist ein direktes Zitat.

Beim Abendessen fragt Ali seine Mutter, was passiert, wenn er einen Juden getötet und dafür in ein israelisches Gefängnis muss. Hier ist, was ihm die Mutter erzählt. Sie sagt, dass er dafür Tausende von Dollar jeden Monat von der „Palästinensischen“ Behörde bekommt. Genauer gesagt erzählt sie ihm, je mehr Juden er tötet, desto mehr Geld bekommt er. Ach ja, und wenn er aus dem Gefängnis kommt, so sagt sie, bekommt Ali noch einen guten Job bei der „palästinensischen“ Behörde.

Das ist alles real! Es passiert jeden Tag, die ganze Zeit. Leider ist Ali kein Einzelfall. Er repräsentiert Hunderttausende von „palästinensischen“ Kindern, die jeden Moment mit Hass indoktriniert werden, jede Stunde. Das ist Kindesmissbrauch!

Man kann sich vorstellen wie schwer es nach solcher Gehirnwäsche für einen kleinen Jungen oder ein kleines Mädchen ist, aus dieser Kultur des Hasses auszubrechen. Manche schaffen es, aber viel zu viele schaffen es nicht. Wie kann irgendeiner erwarten, dass junge „Palästinenser“ den Frieden unterstützen, wenn ihre Führer ihre Gedanken für den Frieden vergiften?

Die Israelis tun das nicht! Sie erziehen ihre Kinder zum Frieden. Sie haben erst vor kurzem ein Pilotprogramm gestartet, um das Studium der arabischen Sprache für jüdische Kinder obligatorisch zu machen, um einander besser verstehen können, um gemeinsam Seite an Seite in Frieden leben zu können.“ (Zitatende)

„ Zu den täglich durch Israel abgefertigten Gütern gehören auch häufig sogenannte Double-Use-Waren, die sowohl für zivile als auch für Terrorzwecke genutzt werden können.“

Teil die Raketen und übrigen Angriffswaffen, mit denen die Hamas-Verbrecher den Beschuss und die zahlreichen Terrorakte gegen die israelische Bevölkerung begehen, zum anderen Teil den zügellosen und ausschweifenden, in jederlei Abundanz und Luxus gelebten Lifestyle der Hamas-Führer, ihrer Frauen und ihrer übrigen weiblichen Entourage, die allesamt hofierte Kundinnen in den Luxusmarken-Shoppingtempeln der Weltmetropolen wie etwa Paris, Rom und London sind.

Zu den täglich durch Israel abgefertigten Gütern gehören auch häufig sogenannte Double-Use-Waren, die sowohl für zivile als auch -- mit oder ohne Modifikation -- für Terrorzwecke und die massive Aufrüstung der Gaza-Mörder genutzt werden können und zu großen Teilen auch genutzt werden.

Israel weiß durchaus um die Brisanz und den von der Gaza-Mord-Clique praktizierten Missbrauch derartiger Warentrans-

nach Gaza eingestellt und ohnehin das an Gaza angrenzende Gebiet unter aktiver Mitwirkung der Hamas an den IS verloren.

Es bedarf keiner Erwähnung, dass all dies ebenso wenig wie die einzigartige Geste nahezu suizidaler Humanität des Staates Israel so gut wie keinen Eingang findet in die Berichterstattung unserer Terror-gegen-Israel-Versteher, Täter-Opfer-Verdreher und Israel-Dauer-Verurteiler aus der linken, islam-affinen Pseudo-Gutmensch-Journaille unserer Mainstream-Medien.

Dies wird sich auch, angesichts der all diese Mechanismen bewusst außer Acht lassenden westlichen Terrorunterstützungs-Politik und angesichts der Judenhass-Gehirnwäsche, die die Hamas und die arabische Autonomiebehörde täglich und ungehindert bereits an den Kindern ihrer Bevölkerung verübt, kaum ändern und in absehbarer Zukunft zu einer neuen Aggressionshandlung und Terror-Eskalation aus Gaza führen.

Zu dem täglichen Judenhass-Brainwashing an arabischen Kindern habe ich bei Penny Lane einen authentischen Beitrag aus dem Alltag eines arabischen Schülers gefunden.

Giora FEIDMAN, clarinet & GERSHWIN QUARTET

October 29, 2016 • BOPPARD (Germany)
 November 3, 2016 • BUCHHOLZ (Germany)
 November 27, 2016 • HOPHEIM (Germany)
 December 18, 2016 • GOCH (Germany)
 December 20, 2016 • SCHAAN (Liechtenstein)
 February 2, 2017 • HITZACKER (Germany)
 February 4, 2017 • BAD KREUZNACH (Germany)
 July 21, 2017 • TRIER (Germany)
 December 31, 2017 • FISCHINGEN (Switzerland)

www.gershwinquartet.com

Prinzessin Leias letzte Schlacht

Die Filmwelt trauert um die amerikanisch-jüdische „Star Wars“-Ikone Carrie Fisher

Von Jerome Lombard

2016 war kein gutes Jahr für Hollywood und alle Freunde des Kinos: Am 27. Dezember ist die Schauspielerin und Publizistin Carrie Fisher mit gerade einmal 60 Jahren an den Folgen eines Herzinfarkts gestorben. Nur einen Tag später, am 28. Dezember, starb auch Debbie Reynolds, Carries Mutter und schauspielerisches Vorbild. Reynolds starb im Alter von 84 Jahren ebenfalls an einem schweren Herzanfall. Die beiden Frauen wohnten in derselben Straße. Sie hatten nicht immer eine einfach Mutter-Tochter-Beziehung, doch standen sie sich zeitlebens sehr nahe. „Das letzte, was sie an diesem Morgen gesagt hat, war, dass sie sehr traurig über den Verlust von Carrie sei und dass sie gerne wieder bei ihr sein würde“, sagte Todd Fisher, Carries Bruder, der vor dem gemeinsamen Haus versammelten Presse am Todestag seiner Mutter. „Fünfzehn Minuten später erlitt sie eine Herzattacke“. Reynolds verstarb kurz nach ihrer Einlieferung in das Cedars Sinai-Krankenhaus in Beverly Hills. Carrie Fisher erlitt während eines Flugs von London nach Los Angeles einen Herzanfall und verstarb Berichten zufolge wenige Tage später. In Carrie Fishers Heimatstadt Beverly Hills wurde beider in einer gemeinsamen Gedenkzeremonie gedacht. Auf dem Walk of Fame in Los Angeles kamen trauernde Fans zusammen. An Reynolds im Gehwegpflaster eingelassenen Stern legten sie Blumen nieder. Und auch an dem von Fisher wurden Kerzen angezündet. Der war allerdings selbstgebastelt und aus Pappe. Einen offiziellen Stern am Hollywoodboulevard hatte Fisher bis jetzt noch nicht.

Mit 19 Jahren kam der Durchbruch

Mit Reynolds und Fisher verliert die Filmwelt zwei wahre Schauspiellegenden und das wohl berühmteste Mutter-Tochter-Duo. Reynolds begann ihre schauspielerische Karriere mit 16 Jahren, als sie den Gebrüdern Warner während eines Schönheitswettbewerbs aufgefallen war. Ihren ersten großen Leinwandenerfolg hatte sie zusammen mit Gene Kelly in dem Musical „Singin' in the Rain“. 1964 wurde sie für ihre Rolle in dem TV-Musical



Prinzessin Leia in „Star Wars“.

„The Unsinkable Molly Brown“ für den Academy Award nominiert. Die



Carrie Fisher bei der Europa-Premiere von „Star Wars: The Force Awakens“ im Dezember 2015 in London.

Schauspielerei war Carrie Fisher damit bereits in die Wiege gelegt. Mit solch einem erfolgreichen Hollywoodstar als Mutter konnte Carrie Fisher gar nicht anders, als ebenfalls ein Filmsternchen zu werden.

So sollte es dann auch kommen. Ihre ersten schauspielerischen Schritte machte Carrie Fisher in der Fernsehserie „Shampoo“ an der Seite von Warren Beatty und Julie Christie. Weltberühmt wurde sie dann mit ihrer

Rolle als furchtlose intergalaktische Sternenkriegerin Prinzessin Leia in George Lukas' Sciencefiction Saga „Star Wars“. Ab den späten 1970er Jahren schrieb sie zusammen mit den Blockbustern vom „Krieg der Sterne“ Filmgeschichte. Von dem einen auf den anderen Tag wurde Fisher bekannt und zur kulturellen Ikone einer ganzen Generation – mit gerade einmal 19 Jahren.

Und das war viel zu früh viel zu viel Ruhm und Rampenlicht, wie sie später in ihren autobiographischen Büchern

erklärte. Mit ihrer Drogen- und Alkoholabhängigkeit sowie ihrer jahrelangen bipolaren Persönlichkeitsstörung

„Ich habe daran gedacht, einen Bipolar Pride Day ins Leben zu rufen. Auf die Festwagen packen wir die Depressiven, dann müssen sie nicht mal ihre Betten verlassen.“

ging Fisher offen um. Denn auch das war Carrie Fisher: Eine starke, selbstbewusste Frau, die als Schauspielerin seit jungen Jahren im Licht der Öffentlichkeit stand und dennoch ihre innersten Probleme und persönlichsten Sorgen offen thematisierte. Die literarische Verarbeitung dergleichen war für sie keineswegs ein Zeichen von eigener Schwäche. Ganz im Gegenteil: Fisher hat ihre Suchtmittelabhängigkeit und ihre Depressionen, die sie auf ihren frühen und unerwarteten Karrieredurchbruch im Teenageralter zurückführte, nie verschwiegen. In ihrem 2008 erschienenen autobiographischen Essay „Wishful Drinking“ schreibt Fisher in der ihr eigenen humorvollen und bissigen Ausdrucksweise: „Ich habe daran gedacht, einen Bipolar Pride Day ins Leben zu rufen. Sie wissen schon, mit Festwagen und

Paraden und all dem! Auf die Festwagen packen wir die Depressiven, dann müssen sie nicht mal ihre Betten verlassen – wir rollen ihre Betten einfach aus den Häusern, dann können sie einfach damit fortfahren, trübselig in die Gegend zu starren. Ich fühle mich sehr gesund damit, wie verrückt ich bin.“ Carrie Fisher hat nicht nur für mehr Ehrlichkeit und Menschlichkeit im Showbusiness plädiert, sondern wollte mit ihrem Beispiel auch anderen Menschen in ähnlichen Problemsituationen Mut machen, ihnen wieder Hoffnung geben.

Die jüdische Sternenkriegerin

Carrie Fisher wurde 1956 als Tochter von Debbie Reynolds und dem jüdischen Sänger und Schauspieler Eddie Fisher im kalifornischen Beverly Hills geboren. Ihre Großeltern väterlicherseits waren jüdische Einwanderer aus Russland. Zu ihrem Vater hatte Carrie jedoch nur wenig Kontakt. Er hatte die Familie früh verlassen und sich von Reynolds scheiden lassen, um eine zuvor heimliche Affäre mit Elizabeth Taylor öffentlich zu machen. Nur das Judentum hatte der Vater Carrie indirekt mit auf den Lebensweg gegeben. Obwohl Carrie von ihrer Mutter protestantisch erzogen wurde und sich später selber als Agnostikerin bezeichnete, hatte ihr Judentum stets eine Rolle in ihrem Leben gespielt. In einem 2008 veröffentlichten Interview mit dem Magazin „The Jewish News Weekly of Northern California“ erklärte sie, dass sie sich gut daran erinnere, dass sie als Kind mit ihrem Vater häufig die Synagoge besuchte und religiöse Lieder gesungen habe. Dies habe einen großen Einfluss auf sie ausgeübt. Mit ihrer aus einer Liaison mit dem Sänger Paul Simon entstandenen Tochter besuchte sie in Los Angeles regelmäßig den Gottesdienst am Freitagabend und veranstaltete Schabbat-Dinner mit orthodoxen Freunden. „Es steckt so viel Liebe darin, die Kerzen

am Schabbat anzuzünden und zu sagen, wofür man in dieser Woche besonders dankbar war. Ich finde das wunderschön“, sagte Fisher und fügte mit Blick auf ihre heute 24-jährige Tochter Billie hinzu: „Sie hat heute mehr Zugang zum Judentum als zu irgendeiner anderen Religion.“

Fishers Lebensgeschichte ist eine Geschichte von steilen Erfolgen in der Glamourwelt von Hollywood, aber auch von den Schattenseiten des schauspielerischen Ruhms. Ihr engagierter, leidenschaftlicher Kampf für mehr Bewusstsein gegenüber psychischen Krankheiten, wird anderen auch in Zukunft ein Beispiel geben können. In diesem Sinne hat sie das jüdische Prinzip von „Tikkun Olam“, verstanden als Aufruf, die Welt durch eigene Taten zu heilen und ein Stück besser zu machen, verkörpert.

Zu den Fragen der Lust: Ein Interview mit Ruth Westheimer

Gespräch zweier Sex-Experten am Rand des Gemeindetages in Berlin

Der Auftritt von Ruth Westheimer war eine humorvolle Veranstaltung. Seit Jahrzehnten spricht „Dr. Ruth“, wie die deutsch-amerikanische Sexualtherapeutin genannt wird, in Radioshows, mehr als 450 Fernsehsendungen und unzähligen Büchern über Sex. Auf dem Gemeindegang traf sie nun den deutschen Buchautor Gerhard Haase-Hindenberg, der mit den Bestsellern „Sex im Kopf“ und „Die enthemmten Deutschen“ (beide Rowohlt) auf sich aufmerksam machte. Bereits in der Juli-Ausgabe der JÜDISCHEN RUNDSCHAU hat er sich zum Thema „Sex und Judentum“ geäußert. Diese spezielle Beziehung war nun auch die Grundlage für sein Gespräch mit Dr. Ruth Westheimer.

Gerhard Haase-Hindenberg: In deinem Buch ‚Himmlische Lust‘ schreibst du, dass deine orthodox jüdische Familie, in der du in Frankfurt aufgewachsen bist, „mehr in der europäischen, als in der jüdischen Kultur verwurzelt“ war. Du wärst, so deine These, „dem Sex gegenüber offener und neugieriger gewesen“, wenn deine „Haltung stärker jüdisch als europäisch beeinflusst gewesen“ wäre...

Ruth Westheimer: Richtig. Irgendwann habe ich mich, als ich schon in Amerika lebte, mal gefragt, warum es mir im Radio und in den Büchern und später auch in über 450 Fernsehsendungen sehr viel leichter fällt, offen über Sex zu sprechen, als jenen, die einen amerikanisch-puritanischen Hintergrund hatten. Und da habe ich mal ein bisschen nachgeforscht und fand heraus, dass es wohl daran liegt, dass ich sehr jüdisch bin, wenngleich nicht mehr orthodox wie in meiner Kindheit. Auch in Gesprächen mit Jonathan Mark...

...deinem Co-Autor beim Buch ‚Himmlische Lust‘...

...wurde mir klar, dass ich deshalb so frei darüber sprechen kann, weil in der jüdischen Religion der Sex nie eine Sünde war.

Verstehe ich das richtig: Du hast schon Radio- und sogar auch schon Fernsehsendungen zum Thema Sex gemacht, bevor du überhaupt begonnen hast, nach den Gründen für deine Unbefangenheit zu suchen, um sie schließlich in deinem Jüdischsein zu entdecken?

Ja, wirklich erst sehr spät.

Lebst du in New York ein sehr jüdisches Leben?

Nun, ich bin Mitglied in zwei Synagogen – die eine ist konservativ und die andere ist eine Reformsynagoge. Das hat einen Vorteil. Wenn ich in der einen nicht bin, denkt man, ich sei in der anderen und umgekehrt. In Wirklichkeit kann ich ins Theater gehen oder zu einem philharmonischen Konzert. (lacht) Tatsächlich bedeutet mir das Judentum sehr viel. Ich war eine Weile auch noch in einer sehr frommen Synagoge, aber die wurde geschlossen. Es gab nicht genügend Leute, die dort hingingen.

Ich kann die These absolut unterschreiben, wonach das Judentum sexualfreundlich ist. Ich denke, dass hierin auch die Erklärung zu suchen ist, weshalb so viele Sexualtherapeuten – von



Ruth Westheimer und Gerhard Haase-Hindenberg.

Sigmund Freud über Magnus Hirschfeld bis zu dir – jüdisch waren und sind.

Ich weiß nicht, wie jüdisch Magnus Hirschfeld war. Wichtig an ihm war sicher, dass er homosexuell gewesen ist und sich offen dazu bekannt hat. Das war damals sehr selten. Und Freud ...

...war nahezu anti-religiös!

Mit ihm habe ich große Probleme, obwohl er auf manchen Gebieten ein Genie war. Aber vielleicht hätte er mal einen Kurs bei mir besuchen sollen, denn in Bezug auf die weibliche Sexualität war er ein Ignorant. Der hat vielen Frauen für deren ganzes Leben Probleme bereitet, weil er gesagt hat, dass wer die Klitoris berühren muss, um einen Orgasmus zu kriegen, eine unreife Frau sei. Eine „reife Frau“ sei demnach nur eine Frau, die einen vaginalen Orgas-

Geschlechtsverkehr auf natürliche und unnatürliche Weise haben“...

Das war doch für die damalige Zeit enorm. Ich zitiere diesen Rabbiner auch immer, weil ich zeigen will, wie gescheit die Weisen waren, um den Sex nicht langweilig werden zu lassen. So wie es langweilig ist, wenn der Geschlechtsakt immer nur in der gleichen Position stattfindet und immer am selben Tag, selbst wenn es der Freitagabend ist.

Wobei ich mich immer gefragt habe, was unter einer „unnatürlichen Weise“ gemeint ist?!

Nun, zum Beispiel der Geschlechtsakt von hinten, wobei darunter nicht anal zu verstehen ist. Der Vorteil bei dieser Stellung ist, dass der Mann beim Einführen seines Glieds die Klitoris sehr intensiv berührt und die Frau zum

Menopause seiner Frau weiterhin die Verpflichtung hat, sie zu befriedigen.

Also in einer Lebensphase, in der die Frau gar nicht mehr schwanger werden kann?!

Genau! Und das ist sehr wichtig. Im Judentum wird Sex also auch zum Zwecke der Lust betrieben.

Es wäre ja auch ein Widerspruch, dass zwar an jedem Schabbes, an dem die Frau „rein“ ist, der Geschlechtsakt stattfinden soll – also etwa drei Mal im Monat –, gleichzeitig aber soll dies nur zum Zwecke der Fortpflanzung geschehen...

Diejenigen, die den Sex ausschließlich als Mittel zur Kinderzeugung verstehen, argumentieren mir ein bisschen zu sehr katholisch. Für die jüdische Religion stimmt das nicht.

Lass mich noch mal zu Rabbiner Mosche ben Nachman kommen. Er versteht den Sex als spirituellen Akt, nämlich als Teilhabe an der Welt und direkte Eintrittskarte in die Wohnung G'ttes! Das Judentum kennt also – im Gegensatz zu den beiden anderen Offenbarungsreligionen – einen positiven religiösen Aspekt der Sexualität?

Keine Frage – zu 100 Prozent richtig. Das muss unbedingt noch weiter gelehrt werden, denn dazwischen gab es ja eine Zeit, in der man nie über Sexualität gesprochen hat und das hat auch die Juden bedrückt. Plötzlich dachten viele von ihnen, dass Sex etwas Schmutziges sei, über das man nicht spricht. Also lass uns betonen, ohne die anderen Religionen zu diskriminieren, dass unsere Religion dem sexuellen Bereich sehr positiv gegenübersteht.

In der Thora finden wir sogar Beispiele für Verfehlungen. Für Ehebruch etwa bei David und Batseba – der Frau eines seiner Offiziere...

Ich habe ein großes Problem mit der Batseba. Sie hat nackt auf dem Dach gebadet, obwohl sie genau gewusst hat,

„Nun, ich bin Mitglied in zwei Synagogen – die eine ist konservativ und die andere ist eine Reformsynagoge. Das hat einen Vorteil. Wenn ich in der einen nicht bin, denkt man, ich sei in der anderen und umgekehrt. In Wirklichkeit kann ich ins Theater gehen

mus bekommen kann. Das ist natürlich Quatsch.

Sigmund Freud hätte nur die Schriften des Rabbiners Mosche ben Nachman, genannt Ramban, lesen müssen. Das war einer der bedeutendsten jüdischen Religionsgelehrten im 13. Jahrhundert. In seinem heiligen Brief „Igereth Hakothesch“, schreibt er, dass ein Ehemann mit seiner Frau könne „in jeder beliebigen Weise verfahren und jedes Organ ihres Körpers nach Wunsch küssen und

Orgasmus bringen kann. Ich fordere bei meinen Vorträgen oft die Paare auf, beim nächsten Geschlechtsakt eine Position einzunehmen, in der sie noch nie zuvor jemals Verkehr hatten.

Gibst du mir recht, wenn ich darin einen talmudischen Hinweis sehe, dass Sex eben nicht nur zum Zwecke der Fortpflanzung, sondern auch zum Vergnügen da ist?

Unbedingt! Es steht ja auch geschrieben, dass der Ehemann selbst nach der

dass König David sie sehen kann.

Also ist die Frau schuld?

Auch, aber nicht alleine...

Ganz bestimmt nicht. Nachdem David mir ihr geschlafen und sie dabei geschwängert hat, versucht er ihrem Ehemann das Kind unterzuschieben. Als das misslingt, gibt David den militärischen Befehl, Batschas Gatten im Krieg gegen die Ammoniter so einzusetzen, dass er ums Leben kommt.

Ich verstehe gar nicht, warum wir König David so verehren. Für mich ist das eine ganz schlimme Sache. Es gibt andere Geschichten in der Thora, die mir besser gefallen – zum Beispiel die von Ruth und Naomi.

Es ist ein Beispiel für außerehelichen Geschlechtsverkehr, da Naomi ihre Schwiegertochter Ruth ins Schlafgemach von Boas schickt...

Aber Boas war ein Witwer und Ruth eine Witwe. Naomi wusste schon was sie tut. Sie wusste, wenn Boas erwacht und Ruth zu seinen Füßen liegt, wird er erregt sein, mit ihr schlafen und sie dann heiraten.

Deren Ururenkel Salomon soll in seinem Leben mit 1.000 Frauen geschlafen haben...

Das halte ich für unmöglich. Der hatte im Leben keine 1.000 Erektionen gehabt... (kichert) Aber es ist ganz gut, dass die Schriften ein bisschen übertreiben. Denn dann können wir darüber lachen und das ist wichtig. Denn wenn etwas mit Humor gelehrt wird, merken sich die Schüler das leichter.

Du schreibst in einem deiner Bücher, dass die Thora nicht nur Fehler, Abweichungen und Schwächen beschreibt, sondern sie auch wieder vergibt. Ist für dich ein außerehelicher Geschlechtsverkehr ein Fehler, eine Abweichung oder eine Schwäche?

Alles drei. Ich weiß natürlich, dass das passiert. Dennoch bin ich altmodisch und empfehle, das Beste mit einem festen Partner zu machen. Benützt eure Fantasie und ich sage speziell zu Frauen: Ihr könnt euch meinetwegen vorstellen, dass eine ganze Fußballmannschaft mit euch im Bett ist, aber haltet den Mund.

Du schreibst in einem deiner Bücher: „Die schwierigste Hürde, die ein Pati-



Ruth Westheimer trifft Bill Clinton im Weißen Haus.

ent in der Therapie zu überwinden hat, ist, zu lernen, sich mit den Brüchen und dunklen Flecken seiner Vergangenheit auseinanderzusetzen, den Sünden von gestern.“ Ist dieser Hinweis auch für nicht-jüdische Patienten hilfreich?

Ganz bestimmt! Wenn etwas für Juden richtig ist, können das Nicht-Juden auch erlernen. Die anderen Religionen können von uns Juden lernen, wie man zusammenlebt und bis ins hohe Alter weiter sexuell tätig sein kann. Ich sagte ja vorhin, dass der Mann nach der jüdischen Religion auch dann noch immer verpflichtet ist, seinen Verpflichtungen gegenüber der Frau nachzukommen.

Es gibt also für alle möglichen sexuellen Erscheinungen Beispiele in der Thora, die Rabbiner, Thora-Gelehrten und Kabbalisten erklären teils erstaunliche Sexualpraktiken als g'ttgefällig – lediglich unsere homosexuellen Männer haben schlechte Karten. Sie müssen mit jener Bibelstelle Levitikus 18,22 leben, die ihre Sexualität als „Gräuel“ bezeichnet!

Das ist sehr traurig. Es gibt zum Beispiel Synagogen, in denen nur verheiratete Männer den Tallit tragen dürfen.

Wenn man also nun in diese Synagoge kommt und einen Beter ohne Tallit sieht, der nicht mehr ganz jung ist, steht sofort die Frage, weshalb er nicht verheiratet ist.

Inzwischen können ja auch homosexuelle Männer untereinander heiraten...

...aber nicht in der jüdischen Religion, nur im Zivilleben. Man sagt in Amerika dann nicht mehr „partner“, sondern „husband“. Im Übrigen habe ich immer gesagt, wenn die orthodoxen Rabbiner sich auf diese Stelle bei Levitikus beriefen, dass man damals wie heute gar nichts über die Ursachen der Homosexualität weiß. Davon unabhängig aber bin ich überzeugt, und das sage ich schon seit vielen Jahrzehnten, dass man jeden Menschen, egal welcher sexuellen Orientierung, respektieren muss. Punkt!

Nun würde ich gern auf Umstände zu sprechen können, die ich für mein Buch „Die enthemmten Deutschen“ recherchiert habe. Inzwischen sind – hierzulande mehr als in den USA – Pornographie, Sexclubs für verschiedene Präferenzen, Gangbang-Parties

und Parkplatzsex gesellschaftsfähig geworden. Es gibt keinen spirituellen Hintergrund dabei, nicht mal einen romantischen, sondern nur die pure Lust. Die Sexualtherapeuten sind schon froh, wenn es unter allen Beteiligten einvernehmlich zugeht. Ist das eine Entwicklung, die dich beunruhigt?

Ganz bestimmt. Vor allem beunruhigt es mich, dass es die Familie auseinanderbringt. Allerdings bin ich nicht gegen Scheidung, in der jüdischen Religion ist das möglich. Was mich viel mehr dabei beunruhigt, ist, dass wir wieder mehr AIDS-Kranke sehen oder andere Geschlechtskrankheiten erleben werden. Deshalb sage ich immer: „Versucht das Beste aus der Beziehung mit eurem Partner zu machen.“

Nun sagten mir während meiner Recherche viele, dass ihre Ehe gerade dadurch gerettet wurde, dass sie auf Partys gegangen sind, wo man auch andere Sexualpartner unter Aufsicht des Ehepartners ausprobieren und dabei sogar Lust empfinden kann...

Also, ich bin nicht dafür, weil das vielfach zur Eifersucht führt. Denn es besteht ja die reale Gefahr, dass der Sex mit jemand anderem besser ist. In dieser Beziehung habe ich meine Meinung nie geändert – ich war immer altmodisch. Und deshalb halte ich es für besser, wenn zwei Leute an ihrer Beziehung arbeiten. Na und wenn alle Stricke reißen, bleibt immer noch die Scheidung.

Und vielleicht sollte man mal wieder im 1. Buch Mose das 19. Kapitel lesen: die Geschichte vom Untergang der Städte Sodom und Gomorra!

(lacht) Zum Abschluss meiner Vorträge erzähle ich manchmal den Witz, in dem der Rabbinerstudent am Schabbes-Abend unterm Bett vom Rabbi liegt, der natürlich mit der Gattin den Geschlechtsakt vollzieht. Als der Rabbi seinen Schüler erwischt, sagt der: „Rabbi, was Sie hier tun, ist eine Mizwa der Thora und die Thora muss ich von Ihnen lernen!“

Gerhard Haase-Hindenberg hält am 12. Januar 2017 um 19 Uhr den Vortrag „Sex und Judentum“ an der Jüdischen Volkshochschule in Berlin im Gemeindehaus Fasanenstraße

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Einblicke in ein jüdisches Künstlerschicksal

Dem Biographen Jörg Aufenanger gelingt es, den Maler-Poeten John Höxter dem Vergessen zu entreißen

Von Gerhard Haase-Hindenberg

Schon in der Vergangenheit ist es dem Theatermann und Biografen Jörg Aufenanger gelungen, den Focus seiner Leser auf wenig bekannte Details scheinbar bekannter Künstlerbiographien zu lenken und so einen neuen Blickwinkel auf deren Persönlichkeit zu ermöglichen. Das war bei „Schiller und die zwei Schwestern“ ebenso der Fall wie bei „Heinrich Heine in Paris“ oder „Ein Sommer in Caputh“, in welchem er seine Leser in den einstigen Sommersitz von Albert Einstein mitnimmt. Es erstaunen immer wieder die genau recherchierten Details, die in unterhaltsamer, fast belletristischer Weise präsentiert werden. Nun hat sich Aufenanger dem tragischen Leben des Maler-Poeten John Höxter vorgenommen, das jener fünf Tage nach der Reiskristallnacht ausgerechnet in Caputh beendete. Auf 110 Seiten entstand die intime Studie eines Künstlers, der nicht zu den Erfolgreichen gehörte, angesichts des Naziterrors zu seinen jüdischen Wurzeln zurückfand und in der Assimilation der Juden in Deutschland einen Irrweg erkannte.

Wie ist der weithin vergessene John Höxter in dein Blickfeld geraten?

Ich befasse mich schon seit den 1980er Jahren mit John Höxter. Aufgefallen ist er mir zuerst als Seelenverwandter der Else Lasker-Schüler, so wie sie von ihm in ihrem Roman „Mein Herz“ erzählt hat. Ich war neugierig auf ihn geworden, da mich Randexistenzen – als solcher wurde Höxter in Büchern über die Zwanziger Jahre immer erwähnt – stets fasziniert haben. Ich habe dann in Jahrbüchern und Zeitungen über ihn geschrieben, in einem Radiofeature von ihm erzählt. Eines Tages kam dann der Verleger des Quintus-Verlag auf mich zu und bat mich, eine Biographie zu Höxter zu verfassen.

Du hast ein fleißiges Quellenstudium betrieben und doch gibt es in dieser Biographie zeitliche Lücken. Was machte die Recherche über das Leben von John Höxter so schwierig?

Es gibt kaum Zeugnisse seines Lebens aus seiner eigenen Hand, fast keine Briefe von ihm oder an ihn. Ein Nachlass existiert nicht, ab und zu tauchen einige Fundstücke auf. Was allein existiert ist sein Werk an Gedichten, Essays, Prosastücken, Zeichnungen, Bildern. Und erst sein „Spätwerk“ aus den 30er Jahren, das er in seiner Einsamkeit verfasste, als er als Jude aus seinem Lebensort, dem Kaffeehaus verbannt war, erzählt von ihm selbst. Er war eine allseits bekannte Figur gewesen in den 1920er Jahren, er kannte jeden und ein jeder kannte ihn. Und ein jeder von denen sollte von ihm erzählen, Anekdoten vor allem. Doch schon gegen Ende dieses Jahrzehnts wurde Höxter nach und nach vergessen, war ein Überbleibsel der bewegten Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Wir müssen davon ausgehen, dass dann in den 1930er Jahren sowohl Teile seines Werks verloren gegangen sind wie auch persönliche Dokumente zu seinem Leben.

John Höxter ist noch in der Ausbildung bei dem arrivierten Porträtmaler Leo von König, da ist er im Jahr 1907 bereits mit dem Gemälde „Schloss Herrenhaus“ auf der 13. Ausstellung der Berliner



Jörg Aufenanger

Secession vertreten. Immerhin findet sich der Name des 23-jährigen neben solch prominenten wie Max Beckmann, Edvard Munch, Max Liebermann, Auguste Rodin und Ernst Barlach. Normalerweise wäre das der Einstieg in eine glänzende künstlerische Karriere. Warum lief es bei John Höxter anders?

Eine schwierige Frage. Er war das, was ich immer einen Verzettlungskünstler nenne. Er hat sich wohl nicht dazu durchringen können, konsequent seine Begabung als Maler und Zeichner für den künstlerischen Lebensweg zu nutzen. Er wollte vieles sein: Dichter, Grafiker, Journalist. Bezeichnend dafür ist, dass das Bild „Schloss Herrenhaus“ zugleich als ein Gedicht von ihm existiert. Als er dann die ersten Aufträge bekam, graphische Portraits seiner Zeitgenossen für Zeitschriften und Buchumschläge zu gestalten, verdiente er damit auch seinen Lebensunterhalt, was aber zugleich dazu führte, dass er sein originäres eigenes Werk als Maler vernachlässigte und er zum Dokumentaristen anderer wurde.

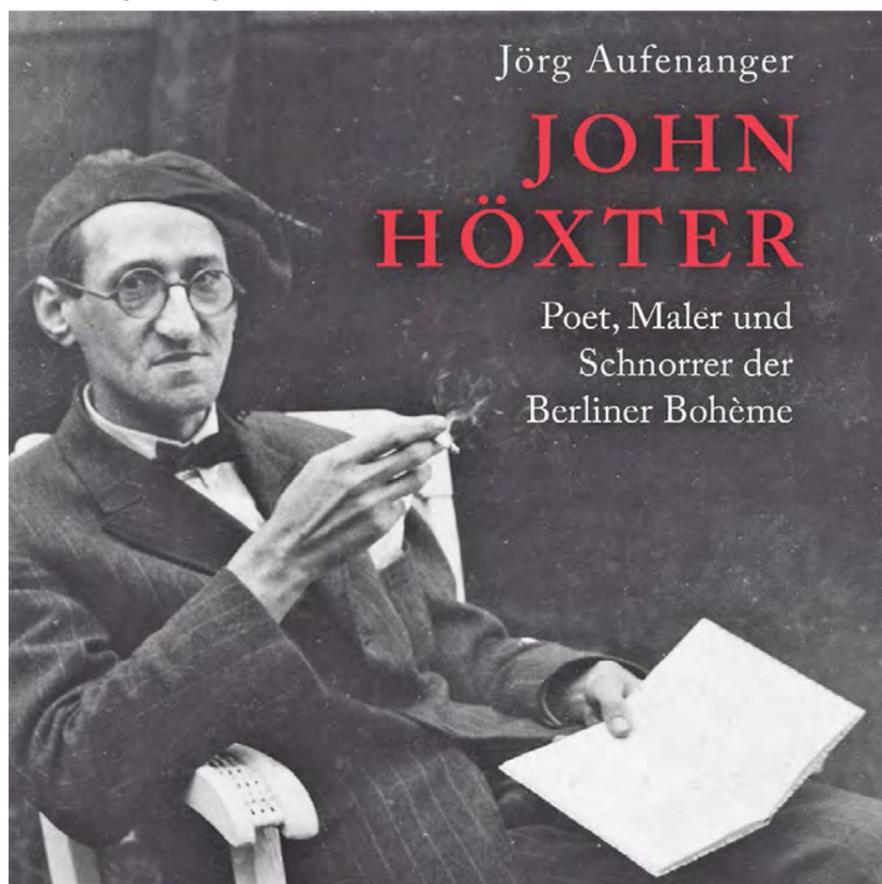
Könnte der von dir im Buch zitierte Romancier Leonhard Frank darauf in seinem autobiographischen Roman „Links wo das Herz ist“ eine plausible Antwort gefunden haben, wenn er im Jahr 1952 retrospektiv vom Café des Westens berichtet: „Ferdinand Hardekopf, der auch im Hochsommer einen dicken Wollschal trug, und der Maler-Schriftsteller John Höxter, das Monokel an der Seidenschnur, traten ein und setzten sich an den Tisch. [...] Hardekopf und Höxter waren besessen von der Sehnsucht nach schöpferischer Leistung und hatten nicht die innere Kraft dazu. Sie produzierten wenig.“

Werk entsteht im Alleinsein im Atelier. Und aus der Trägheit des tag- und nachtlangen Kaffeehauslebens entsteht das, was Leonhard Frank meint, dass nämlich die Sehnsucht nach schöpferischer Leistung allmählich erstickt.

Gerade jüdische Zeitgenossen haben sich zu John Höxter äußerst widerspruchsvoll geäußert. Das Multitalent Herwarth Walden nannte ihn einen „Epigonen und Kitschier“, der Dichter Walter Mehring sah in ihm einen „auf eigene Faust dadaisierenden Vaganten“, der Schriftsteller und Kunsthistoriker Carl Einstein bezeichnete ihn als „Reaktionär“ und die expressionistische Lyrikerin Else Lasker-Schüler adelte ihn, indem sie ihn zu jenem Beduinenstamm zählte, aus dem auch sie selbst stamme. Wer kommt der Person John Höxters am nächsten?

Mit Sicherheit Else Lasker-Schüler. Sie war möglicherweise die Einzige, die Höxter verstand, weil sie sich verwandt fühlten. Sie wandelten in ähnlichen lebensfernen Traumwelten. Unter den anderen Protagonisten der Kunstwelt um den Ersten Weltkrieg herum, herrschte auch Konkurrenz um die Vorherrschaft in den Künsten. Bezeichnend ist da der Kampf um die DADA-Zeitschrift „Der blutige Ernst“, die Höxter 1919 gegründet hatte, die ihm dann aber von den „wahren Dadaisten“ aus der Hand genommen wurde – eine Kränkung für Höxter, die er lange Zeit nicht verwunden konnte. Es ist aber auch so, dass dieser zeitlose Mensch sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert zu Hause war und sich für eine Avantgarde, die alles Vorige in Frage stellte, nicht begeistern konnte. Er wurde von der Zeit überrollt und daher auch wie von Walden oder Mehring mit Spott und Bosheit bedacht. Dass diese Juden waren, hat meines Erachtens keine Be-

So schön das Leben im Kaffeehaus auch ist, es führt leicht zu einer wohligen Trägheit, man sitzt allein hinter einer Zeitung und zugleich ist es in jedem



Moment möglich, mit anderen lebhaftes Gespräch zu führen, Projekte zu erträumen, die aber nicht immer Wirklichkeit werden müssen. Man kann da zwar skizzenmäßig zeichnen, wie es Höxter getan hat, aber ein bildnerisches

deutung. Nur war es so, dass damals eben viele Juden den Zeitgeist in den Künsten bestimmten.

Tatsächlich tauchen in deinem Text eine ganze Reihe von jüdischen Kaffeehausbesuchern auf – einige wurden eben

schon genannt. Gleichzeitig aber spielt das Judentum über weite Teile in diesem Buch überhaupt keine Rolle. Ist das dem Umstand geschuldet, dass es auch in den Kreisen der jüdischen Bohème und der meist assimilierten Künstler keine Rolle spielte?

Ja, so ist es. Bis in die Endzwanziger Jahre hinein war es so, dass es im Kaffeehaus und den künstlerischen Kreisen egal war, ob einer Jude war oder nicht. Erst seltensamerweise etwa zeitgleich mit der Neuen Sachlichkeit ab 1927/28 änderte sich das, da zugleich auch die NSDAP und da vor allem Goebbels als Gauleiter der SA in Berlin gegen die Bohémiens in den Kaffeehäusern wettete, was dann in den Kudamm-Krawallen gipfelte...

...an Rosh Haschana im September 1931.

Ja, und auch darüber hinaus wurden von der SA solche Menschen, von denen sie meinten, sie als Juden ausmachen zu können, vor und in den Cafés angepöbelt. Plötzlich saß die SA in Uniform auch im Romanischen Café.

Mit diesem zunehmenden Antisemitismus zu Beginn der 1930er Jahre schien sich in der jüdischen Künstlerschaft oder generell bei assimilierten Juden etwas zu ändern. Auf deinen Protagonisten bezogen lese ich bei dir: „Wie Heinrich Heine gut achtzig Jahre zuvor, kehrt auch John Höxter in den späten Jahren der Einsamkeit, der Lebensverzweiflung und äußerer Bedrohung zum Gott seiner Vorfahren zurück“...

Bei Heine war es die Krankheit, die Einsamkeit seiner „Matratzengruft“, die ihn wieder an den Gott seiner Väter erinnerte, bei Höxter die Einsamkeit in seiner Existenz eines nun Ausgesperrten, die dazu führte.

Du schreibst, in Höxter scheint eine „blitzartige Erkenntnis“ gefahren zu sein, „dass er Sprache, Kultur und Denken der ‚Gojms‘ in sich aufgenommen“ habe. Als Beleg dient das Gedicht „Der Sohn des Juden“, der einzige Text, den er im „Israelitischen Familienblatt“ der Berliner Gemeinde veröffentlichte. Darin heißt es: „Fremde Städte schaffen uns're Moden / Ernten sammeln wir auf fremden Boden / Fremde Worte bilden uns're Sprache / Fremde Nöte wurden ‚uns're Sache‘ / Doch mein Herz ist das Herz meines Vaters.“ Kann man dieses Gedicht auch als einen Hinweis dafür werten, dass John Höxter die Assimilation als eine fehlerhafte Entwicklung begriff?

Ja, das scheint Höxter plötzlich bemerkt zu haben. Dass nämlich die Assimilation nichts genutzt hatte, die auch zu einer Selbstvergessenheit geführt hat. Die sich assimiliert hatten, waren nun brutal entlassen worden aus der „Volksgemeinschaft“, sie wurden verfolgt, bedroht, das Leben wurde ihnen entzogen, bevor man sie ermordete. So deutlich wie Höxter das Drama der Assimilation in dem Gedicht geäußert hatte, ist es zu der Zeit kaum je benannt worden. Höxter war der deutschen Kunst und Kultur zutiefst verbunden, er hat sie für sein eigenes Werk, das der deutschen Klassik und wohl auch der Romantik viel verdankt, genutzt. Und in wenigen Jahren war alles anders geworden. „Der Weg des Juden“ ist das Gedicht einer Bestürzung.

Gibt es Hinweise, dass Höxter in dieser Phase mit der zionistischen Idee sympathisierte?

Nein, die gibt es nicht oder wir kennen sie nicht.

John Höxter schien ein zunehmend einsamer Mensch gewesen zu sein, der schließlich nur noch freundschaftliche Beziehungen zu dem expressionisti-

schen Dichter Jakob van Hoddis unterhielt, der eigentlich Hans Davidsohn hieß. Die beiden lebten zeitweilig in einer Wohngemeinschaft und Höxter

Buchhändler Wolf in Charlottenburg, da verfasste er Gedichte, malte. Und diese Gedichte der letzten Jahre sind wohl die besten, die er geschrieben hat.

„So deutlich wie Höxter das Drama der Assimilation in dem Gedicht geäußert hatte, ist es zu der Zeit kaum je benannt worden.“

besuchte den Freund auch dann noch, als dieser wegen psychischer Probleme in Kliniken eingewiesen wurde. Bis van Hoddis im September 1933 in die „Israelitischen Heil- und Pflegeanstalten“ Bendorf-Sayn bei Koblenz überstellt wurde. Nun war Höxter in Berlin ganz allein, selbst der Besuch des „Romanischen Cafés“ wurde ihm verwehrt. Dennoch lebte er noch fünf volle Jahre, ehe er sich sechs Tage nach der Pogromnacht im November 1938 in einem Waldstück bei Caputh das Leben nahm. Wie und vor allem wovon hat er in diesen fünf Jahren gelebt?

Er hatte ein kleines Zimmer bei dem

1933 gab es ein gutes Jahr lang noch einen Kreis von Freunden, die sich bei dem Silhouettenkünstler Ernst Moritz Engert trafen, dazu gehörten Hans Bellmer, Lotte Pritzel, Erich Mühsam (bevor er ins KZ verbracht wurde), Joachim Ringelnatz, Lotte Reininger, die Tänzerin La Jana, eine Berliner Insel in feindlicher Welt. Doch bald löste sich der Kreis auf, Mühsam wurde ermordet, Ringelnatz starb, die anderen gingen ins Exil. Das war für Höxter keine Möglichkeit. Und so war er erneut ein Übriggebliebener. Wir wissen kaum etwas über die letzten Lebensjahre, wer sollte auch noch davon berichten?

Wir können uns nur vorstellen, was für ein Martyrium das war. Erst der Abschiedsbrief, den er wenige Tage nach der Pogromnacht vom November 1938 verfasste, erzählt von ihm, dass nämlich „noch schlimmere Dinge geschehen“ werden, so dass er es vorzog, sein Leben selbst zu beenden.

John Höxter geriet in Vergessenheit und selbst auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee entdeckten zwei Enthusiasten aus Jena vor einigen Jahren sein Grab unter einem Geviert mit Gartenabfällen. Es wurde mittlerweile wiederhergestellt und darauf eine aus Spenden finanzierte Stele aufgestellt. Es ist das Verdienst seines Biografen Jörg Aufenanger, mit diesem Buch den jüdischen Poeten und Maler John Höxter einem literarisch interessierten Publikum nahezubringen.

Jörg Aufenanger:
„JOHN HÖXTER – Poet, Maler, und Schnorrer der Berliner Bohème“
110 Seiten,
Quintus-Verlag

GREGORY'S

JOAILLIER



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

<p style="text-align: center;">Umarbeiten</p> <p>Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.</p>	<p style="text-align: center;">Unikate</p> <p>Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier</p>	<p style="text-align: center;">Reparaturen und Reinigung</p> <p>Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvorschlag.</p>
--	---	---

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Aus dem Atelier in den Untergang

Jüdische Modeunternehmer am Hausvogteiplatz in den 30er Jahren

Von Valerie Herberg

Hausvogteiplatz, Berlin-Mitte: Wo heute das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) seinen Sitz hat, lag in den 1930er Jahren das Epizentrum der deutschen Modebranche. Viele auch international bekannte jüdische Konfektionäre hatten dort ihre Geschäfte, Ateliers und Schneidereien. Die Machtergreifung der Nazis läutete das Ende der Modeunternehmen am Hausvogteiplatz ein. Wissenschaftler der Humboldt Universität (HU) haben nun im Auftrag des Ministeriums das Schicksal der Konfektionäre erforscht. Das Ergebnis ist ein (weiteres) erschütterndes Beispiel für die Repressionen und Verfolgung durch die Nazis.

59 jüdische Modebetriebe auf dem heutigen BMJV-Gelände

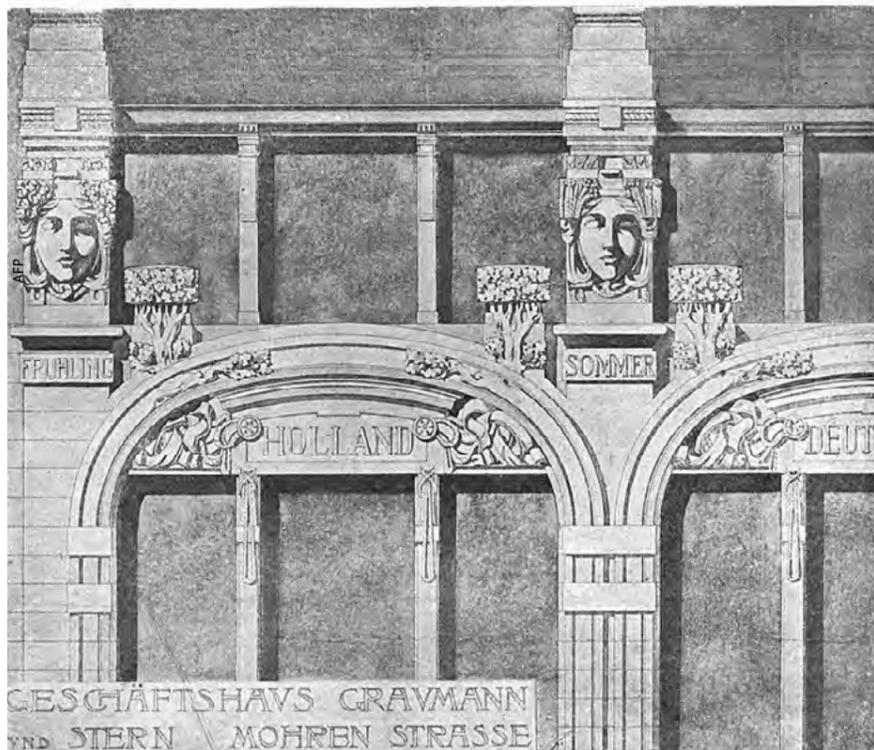
Dr. Christoph Kreuzmüller, Eva-Lotte Reimer und Prof. Dr. Michael Wildt vom Institut für Geschichtswissenschaften der HU, die die Geschichte des Areals und der dort ansässigen Unternehmer untersuchten, stellten ihre Forschungsarbeit am 9. November im BMJV vor. Unter dem Titel „Konfektion und Repression“ hat das Ministerium auch eine Broschüre herausgebracht, die die wichtigsten Ergebnisse zusammenfasst.

Den Wissenschaftlern zufolge waren 1933 auf dem heutigen Areal des BMJV in der Mohrenstraße 36 bis 38, der Kronenstraße 35 bis 41 und der Jerusalemer Straße 24 bis 28 nachweislich 59 (!) jüdische Betriebe aus der Textil- und Modebranche registriert. Die gesamte Gegend um den Hausvogteiplatz war als jüdisches Viertel bekannt, auch die Modeindustrie in Berlin insgesamt galt als jüdisch.

Boykott, Schikane durch IHK und Adefa

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 wurde es für die Konfektionäre vom Hausvogteiplatz immer schwieriger, ihre Geschäfte zu führen. Die Unternehmer hatten zwar schon zuvor antisemitische Anfeindungen und Angriffe erfahren. Dazu gesellten sich nun allerdings staatliche Repressionsmaßnahmen. So begann am 1. April 1933 der Boykott gegen jüdische Geschäfte und Unternehmen.

Zudem übte die „Adefa“ Druck auf die Unternehmer aus. Die „Arbeitsgemeinschaft deutsch-arischer Fabrikanten der Bekleidungsindustrie e.V.“ wurde im Mai 1933 gegründet war und im ganzen Reich aktiv. Sein Ziel war es unter anderem, die nicht-jüdischen Unternehmen innerhalb der Modebranche zu organisieren und dazu zu bringen, die Zusam-



Das Modegeschäft „Grauman und Stern“

menarbeit mit als jüdisch erachteten Unternehmen aufzukündigen. Auch die Industrie- und Handelskammer (IHK) beteiligte sich an den Repressionen. Gemeinsam mit dem Amtsgericht überprüfte sie die Betriebe und begann teilweise, sie zu schikanieren.

Unternehmer halten Repressionen Stand

Trotz der Repressionen ging das Leben am Hausvogteiplatz zunächst einmal weiter. Viele nicht-jüdische Unternehmer führten ihre Geschäftsbeziehungen mit jüdischen Unternehmern fort – ver-

Weltöffentlichkeit in der Hauptstadt bietet Schutz

Hinzu kommt: Durch die schiere Größe der Stadt und den Umstand, dass sowohl Vertreter der internationalen Presse und der Botschaften vor Ort waren, seien die Unternehmen zumindest bis zum Pogrom im Jahr 1938 besser geschützt gewesen als andernorts. Viele Unternehmen sowie jüdische Familien zogen auch nach 1933 aus der Provinz nach Berlin. „In der Konfektionsbranche, besonders am Hausvogteiplatz“, sagt Reimer, „kam noch hinzu, dass es sich um namhafte Firmen mit internationalem Standing handelte, die die Nati-

» Drohungen gegen jüdische Unternehmer von den eigenen Mitarbeitern! «

mutlich unter anderem aus wirtschaftlichen Gründen.

Zudem wurde der Antisemitismus in Berlin nicht so offen ausgelebt wie auf dem Land: In der Metropole konnten die jüdischen Gewerbebetriebe der Repression deutlich länger standhalten als in kleineren Städten und der Provinz, wo ab 1937/38 ja häufig auch kaum noch Juden wohnten, wie Eva-Lotte Reimer erklärt. Die jüdischen Unternehmer hätten in Zusammenarbeit mit verschiedenen jüdischen Institutionen erfolgreiche Strategien der ökonomischen Selbstbehauptung entwickelt.

onalsozialisten mit Blick auf das seinerzeit chronische Außenhandelsdefizit auch nicht sofort antasten konnten.“

Nationalsozialistische Betriebszellen: Angriffe aus der Belegschaft heraus

Ähnliches erfuhr auch Wilhelm Stern, Leiter der Firma Graumann & Stern. Das 1888 gegründete Unternehmen war auf die Herstellung und Verkauf von Damenkonfektion spezialisiert und sehr erfolgreich: Es unterhielt Niederlassungen in New York, London, Kopenhagen und Amsterdam und erwirtschaftete 1920 einen Jahresumsatz von 20 Millionen Reichsmark.

Nach dem Boykott plante Stern mit seiner Familie Berlin zu verlassen. Doch seine Mitarbeiter ließen ihn nicht: Sie bildeten im Betrieb in der Mohrenstraße 36 eine nationalsozialistische „Betriebszelle“, der Sterns Chauffeur vorstand. Er zwang seinen Vorgesetzten unter Androhung von Gewalt dazu, eine Erklärung zu verfassen, in der er sich verpflichtete, die Firma weiterzuführen. In der Nacht darauf verschaffte der Chauffeur sich zudem mit 25 SA-Männern Zutritt zur Wohnung der Sterns und zwang Stern dazu, eine weitere Erklärung zu schreiben: Er sollte die geplante Schließung der Firma rückgängig machen und mit der „Betriebszelle“ kooperieren.

Wie Christoph Kreuzmüller erklärt, ist davon auszugehen, dass Drohungen und Gewalt gegen die jüdischen Firmeninhaber häufig von ihren eigenen Mitarbeitern ausgingen – genau quantifizieren ließe sich dies aufgrund der Quellenlage allerdings nicht.

Stern emigrierte 1935 schließlich heimlich nach Palästina, wo seine Frau und seine Kinder sich bereits aufhielten, und stieg 1936 aus der Firma aus. Zuvor hatte er zwei seiner Angestellten in die Geschäftsführung geholt. 1938 wurde das Unternehmen liquidiert.

November-Pogrom: Vorläufiger Höhepunkt der Repressionen

In den Jahren 1937/38 radikalisierte sich die Verfolgung der Juden. Mit dem November-Pogrom von 1938 erreichten die Repressionen ihren vorläufigen Höhepunkt: Die Nazis randalierten in den noch bestehenden Geschäften und Unternehmensräumen und zerstörten Waren, Inneneinrichtung und die Buchhaltung. Nach „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom 12. November sollten alle jüdischen Betriebe zum 1. Januar 1939 geschlossen werden. Anfang Dezember wurden die Unternehmer dann gezwungen, ihre Betriebe abzuwickeln oder zu veräußern.

Entschädigungs- und Rückerstattungsprozess noch nicht abgeschlossen

Wie erging es den Konfektionären und ihren Familien? „Einige konnten auswandern“, sagt Kreuzmüller. „Das überrascht bei dem Ansehen, das die Unternehmen aus Hausvogteiplatz genossen, nicht. Andere wurden jedoch mit ihren Firmen in den Abgrund gezogen, deportiert und ermordet.“ Hier hätten ganz unterschiedliche Faktoren und ganz verschiedenen Institutionen – von der IHK, den Fachverbänden, Finanzämtern – sowie von den Mitarbeitern bis zu den Mitarbeitern viele verschiedene Personen eine zerstörerische Rolle gespielt.

Hausvogteiplatz: Teilweise international bekannt

Bei der Recherche griffen die Wissenschaftler unter anderem auch auf die Akten der Berliner Wiedergutmachungsämter, des Archivs des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen sowie des Berliner Handelsregisters zurück. Ausgangspunkt war jedoch die Datenbank jüdischer Gewerbebetriebe (DjGB), die unter www2.hu-berlin.de/djgb frei zugänglich ist.

Während hierzulande, vor allem außerhalb Berlins, kaum jemand den Hausvogteiplatz, geschweige denn seine Geschichte kennt, hat der Ort für die Nachfahren der betroffenen Konfektionäre teilweise noch immer eine große Bedeutung. Reimer berichtet, wie sie während eines Archivaufenthaltes in Jerusalem zufällig eine junge Israelin kennenlernte, deren Vorfahren eine Modefirma im Berliner Konfektionsviertel führten. Die Firma wurde nach dem Pogrom liquidiert. Einem Teil der Familie sei die Emigration gelungen. Jene, denen das nicht möglich war, seien 1941 nach Kowno (Litauen) deportiert und dort ermordet worden. „Der jungen Frau war ‚Hausvogteiplatz‘ durchaus ein Begriff, den sie mit ihrer eigenen Familiengeschichte verbindet und der einen festen Platz im Familiengedächtnis innehat“, sagt Reimer.



Bleibergs

Café und Catering

Nürnberger Str. 45 a
10789 Berlin
Tel.: 030 21 91 36 24
Fax.: 030 21 91 36 25
E-Mail: coffeeandtour@bleibergs.de
www.bleibergs.de



כשר הלבי




Wer denkt noch an Marinus Schöberl?

Antisemitismus-Opfer werden ohne Jude zu sein

Von Monika Winter

Potzlow ist ein Ortsteil der Gemeinde Oberuckersee mit rund 600 Einwohnern und liegt im Landkreis Uckermark, etwa 10 km von Prenzlau entfernt. Ein Dorf wie viele andere auch, bestehend aus ein paar Häusern, einem Supermarkt, Kirche, Feuerwehr und Sportvereinen. Wahrscheinlich hätten die wenigsten Menschen je von diesem Ort erfahren, wäre es nicht zu dem brutalen, bestialischen Mord an den damals 16-jährigen Marinus Schöberl gekommen.

In der Nacht zum 13. Juli 2002 wurde Marinus von drei jungen Männern stundenlang gequält. Täter waren der damals 23 Jahre alte Marco, der 17 Jahre alte Marcel und der ebenfalls 17 Jahre alte Sebastian. Zuerst beschimpften sie Marinus als „Juden“, schleppten ihn in zwei Wohnungen, haben ihn grausam gequält, geschlagen und verhöhnt. Obwohl es drei Erwachsene als Zeugen gab, leisteten diese keine Hilfe. Diese Erwachsenen bekamen mit, wie die Tat eskalierte. Marinus sollte sagen, dass er Jude sei. Als es zu den ersten Schlägen ins Gesicht kam, erbrach Marinus sich auf dem Tisch, blutete und stürzte zu Boden.

Die Erwachsenen mussten gehört haben, dass Marinus vor Schmerzen schrie, sie mussten die andauernden Rufe „Sag, dass du Jude bist! Ein Judas, ein Jude, ein Asi“ gehört haben.

Gegen eine Frau, die das alles mit ansah, wurde wegen unterlassener Hilfeleistung ermittelt. Sie soll Marinus bedrängt haben: „Nu sag schon, dass du Jude bist, dann hören die auf.“ Aber sie hörten nicht auf und



Der Tatort in Potzlow

die Frau wollte dann nur noch über ihren Anwalt sprechen.

Der 16-jährige Marinus hatte seine Haare blond gefärbt. Wegen eines Sprachfehlers stotterte er manchmal. Zudem kleidete er sich wie Jugendliche aus der Hip-Hop-Szene. Das machte ihn verdächtig. Für die Täter war er ein „Anderer“, ein „Minderwertiger“. Wer aber „anders“ ist, musste in ihrer „Logik“ Jude sein. So war es eingedrungen in den Köpfen der Täter. Der Bruder des 23 Jahre alten Marco sagte später aus: „Mein Bruder Marco fing dann an, den Marinus zu beschimpfen. Er fragte und sagte immer wieder, ob er Jude sei. Marinus hat dann irgendwann ja gesagt, dass er ein Jude sei. Ruhe war dann jedoch nicht. Dann ging es richtig los.“

Die drei Täter flößten ihm eine Mischung aus Bier und Schnaps ein, so dass er sich übergeben musste. Sie schlugen ihn. Sebastian F. uriniert auf den bereits am Boden liegenden Jungen. Nach stundenlanger Quälerei verließen die Täter das Grundstück. Marinus Schöberl blieb zurück. Doch sie kehren zurück und schleppen

Marinus auf ein ehemaliges LPG-Gelände. Dort setzten sie ihre Misshandlungen fort bis sie ihn mit einer Betonplatte erschlagen. Seinen leblosen Körper werfen sie in eine Güllegrube.

Die Mutter meldet Marinus erst einige Zeit später als vermisst. Vier Monate lang bleibt danach unklar, was mit dem Jugendlichen passiert ist. Im November 2002 wird die Leiche in der Güllegrube gefunden. Zu diesem Zeitpunkt sitzt Marco S., ein bekannter Neonazi, bereits im Gefängnis, weil er in Prenzlau vier Wochen nach dem Mord einen afrikanischen Asylbewerber zusammengeschlagen und schwer verletzt hatte.

Die Täter werden verhaftet, das Gericht aber blieb weit hinter der Forderung der Staatsanwaltschaft.

Dieser grausame Mord und seine furchtbaren Begleiterscheinungen brachten das uckermärkische Dorf Potzlow in die nationalen und internationalen Schlagzeilen. In den Medien stand der Mord sinnbildlich für rechtsradikale Gewalt und eine verrohte Gesellschaft in den fünf neuen Bundes-

ländern.

Es folgte Schweigen im Dorf, man wollte mit der ganzen Angelegenheit nichts mehr zu tun haben. Die Frage jedoch, aus welchem Grunde die drei Täter Marinus zum „Juden“ machen wollten, bevor sie ihn bestialisch ermordeten, wurde in den Medien kaum thematisiert.

Judenhass kann viele Motive erhalten. Das wissen wir aus der Historie des Antisemitismus. Eines der antisemitischen Motive ist es, dass Juden grundsätzlich sichtbar sind, weil sie anders aussehen. Marinus trug blond gefärbte Haare, das reichte aus, um ihn zum „Juden“ zu deklarieren. Haare und Kleidung waren in den Augen der Täter Verkleidung. Darunter konnte nur ein Jude stecken.

Aber Marinus war kein Jude. Man kann sicherlich davon ausgehen, dass er in diesem Dorf auch niemals einem Juden begegnet ist.

Dass die Täter der rechtsradikalen Szene angehörten, wurde übereinstimmend so berichtet. Und trotzdem haben wir es hier nicht mit einer nur typisch rechtsradikalen Tat zu tun. Dass Freunde des Judentums oder Israelunterstützer auch von radikalen Muslimen als „Juden“ bedroht werden, davon können wir täglich in den sozialen Medien lesen. Auch der internationale Terrorismus unterscheidet nicht. Ein französischer Journalist meinte nach dem Bataclan-Massaker: „Der Terror wendet sich nicht nur gegen Journalisten und Juden, sondern auch gegen „normale Franzosen.“

Notfalls werden Nichtjuden zu Juden gemacht. Das ist der Punkt – nicht nur in Potzlow.

Von Miriam Magall

Als es dunkel wird in Deutschland, sind auch viele Schriftsteller nicht mehr ihres Lebens sicher, dürfen nicht mehr schreiben, entweder, weil sie Juden sind oder weil das, was sie schreiben, nicht der neuen Ideologie entspricht. So ergreifen sie die Flucht. Zunächst ins nähere Ausland.

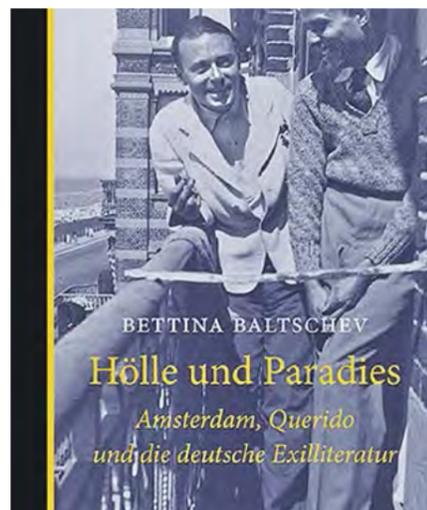
Und was bietet sich da, neben Paris und Prag, als Erstes an: „Amsterdam: was für eine schöne, unverwechselbare Stadt“, wie Klaus Mann über eine seiner ersten Stationen im Exil schwärmt. Amsterdam hat den exilierten Literaten aber noch einiges mehr zu bieten: einen Verlag. Sein Inhaber Emanuel Querido ist Nachfahre sefardischer Juden, die beinahe 500 Jahre zuvor aus ihrer Heimat in Spanien nach Amsterdam flüchten. Er gründet einen Verlag, anfangs einen allgemeinen, später dann zusätzlich einen besonderen für die Exilierten, die diese neue Flüchtlingswelle in die Stadt spült. Schon 1933 heuert er eigens einen deutschen Verleger aus Berlin an. Fritz Helmut Landshoff folgt der Einladung Queridos und bleibt gleich in Amsterdam. Bereits im April 1933 ahnt er, dass der Erfolg des von ihm zusammen mit Gustav Kiepenheuer geleiteten Verlags vermutlich nicht mehr lange anhalten wird. Und viele finden Unterschlupf im Querido-Verlag: Gleich von Anfang an dabei ist Alfred Döblin, genau wie Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann, Anna Seghers, Ernst Toller und Arnold Zweig.

Insgesamt acht Bücher bringen Querido und Landshoff in ihrem neuen Verlag im ersten Jahr auf Deutsch heraus, denn schnell steigt er zum Teilhaber auf. Später stoßen auch unter anderen Klaus Mann, Joseph Roth, Jakob Wassermann und Arnold Zweig dazu. Sie alle vertrauen ihre kostbaren Manuskripte dem Querido-Verlag an,

Der Querido-Verlag in Amsterdam

Die Stimme für geflüchtete deutschsprachige Literaten in der Nazizeit

weil sie Fritz Landshoff vertrauen. Dank seiner Verbindungen noch aus seiner Berliner Zeit sorgt Landshoff darüber hinaus für den Absatz der deutschen Bücher über Österreich bis nach Osteuropa – bis ihm die deutschen Eroberungskriege nach und nach die Luft abzuschneiden drohen.



Nach dem deutschen Einmarsch in Österreich fallen diese Absatzgebiete für den Querido-Verlag weg, stattdessen treffen noch mehr deutsche Flüchtlinge in Amsterdam ein, sodass die Stimmung in den Niederlanden gegen Juden umschlägt. Schon ab 1934 müssen sie nachweisen, dass sie über genügend Kapital für ihren Lebensunterhalt verfügen. In Westerbork entsteht nach dem 9. November 1939 ein Lager für die Flüchtlinge aus Deutschland, das später als Ausgangspunkt für die Züge

wird, mit denen Juden in den Osten deportiert werden. Insgesamt 100.000 Juden werden von Westerbork deportiert, im Sommer 1943 auch Emanuel Querido mit seiner Frau. Sechs Monate lang hatten sie sich versteckt, wurden aber verraten. Fritz Landshoff hatte zuvor vergeblich versucht, beide zur Ausreise nach England und von dort in die Vereinigten Staaten zu bewegen. Er selbst folgt seinem eigenen guten Rat und verlässt am 27. April 1940 den Kontinent. Zunächst wird er als „enemy alien“ interniert, kommt aber schon vier Monate später wieder frei, weil er ein Visum für die USA hat. Dort trifft er im Januar 1941 ein. Erst nach dem Krieg wird er wieder nach Europa zurückkehren.

Nach dem Krieg belebt Alice van Nahuys, Queridos „Directrice“, seine ehemalige rechte Hand, zusammen mit ihrem Mann Fred von Eugen und einem ehemaligen Verlagsvertreter, Geert van Oorschot, den Verlag neu, und als Fritz Landshoff zu ihnen stößt, schließt er sich ihnen an. Im Februar 1946 schon bittet er Klaus Mann um ein deutsches Manuskript seines „Turning Point“. Als erstes Buch kommt dann jedoch Anna Seghers „Das siebte Kreuz“ heraus. Später gibt es neue Bücher von Vicki Baum, Joseph Roth und Bruno Frank und auch von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer. Dennoch geht es abwärts mit dem Verlag, sodass der Querido-Verlag 1948 mit dem Bermann-Fischer Verlag fusioniert, kurze Zeit später mündet dieser wieder im S. Fischer Verlag. Alice van Nahuys und Fred von Eugen verkaufen ihre Anteile an S. Fischer. 1950 erscheint das letzte Buch

des Querido-Verlags: „Klaus Mann zum Gedächtnis“. Am 21. Mai 1949 nimmt sich Klaus Mann in Cannes das Leben. 1951 verlässt Fritz Landshoff den S. Fischer Verlag. Damit geht die Geschichte dieses außergewöhnlichen Verlags endgültig zu Ende.

Bettina Baltschev beschreitet in ihrem neuen Buch die einzelnen Stationen, die im Leben der Exilschriftsteller in Amsterdam eine Rolle gespielt haben: die Keizersgracht 333, der Sitz des Querido-Verlags; das Café Amsterdam, in dem sich die exilierte deutsche Bohème trifft, bis zur Hollandsche Schouwburg, dem Theater, in dem die Juden sich sammeln müssen für ihren Abtransport erst nach Westerbork und von dort in die Todeslager im Osten.

Baltschev hat diese größtenteils unbekannteren Orte des Exils beleuchtet, ihnen Leben eingehaucht und eine Vorstellung davon vermittelt, wie es sich anfühlt, im Exil leben zu müssen. Und sie hat Emanuel Querido und Fritz Landshoff ein Denkmal gesetzt, ohne die ein großer Teil der auch heute noch hochangesehenen Literatur, die hier im Exil entstanden und verlegt wurde, sicher entweder gar nicht entstanden oder wohl verlorengegangen wäre. Wie dankenswerterweise so oft wünsche ich auch diesem Buch über den Querido-Verlag in Amsterdam viele Leser!

Bettina Baltschev: „Hölle und Paradies. Amsterdam, Querido und die deutsche Exilliteratur“
Berenberg Verlag, Berlin 2016
168 Seiten, Halbleinen, fadengeheftet.
22 Euro, ISBN 978-3-946334-08-8

Tagesordnung: Judenmord

Die Wannseekonferenz am 20. Januar 1942

Von Dr. Joseph Heid

Die idyllische Gegend um den Wannsees gehört zu Berlins vornehmsten Adressen. Seit 1910 ließ hier der Maler Max Liebermann ein herrschaftliches Landhaus errichten. Er konnte dies aus dem Erlös seiner teuren Bilder finanzieren. Andere kamen günstiger an Immobilien: Hitlers Leibarzt Theo Morell setzte sich 1939 durch „Arisierung“ in den Besitz einer Villa. 1939 musste die Baronin Goldschmidt-Rothschild ihr Grundstück in der Inselstraße 7 für einen Spottpreis an Albert Speer abtreten.

In der Zeit des Nationalsozialismus kam es rund um den Wannsees zu einer Reihe von Zwangsverkäufen. Eine Reihe von Prominenten nahmen hier ihren Wohnsitz: Heinz Rühmann konnte 1938 eine Landhaus-Villa sehr günstig von der Witwe des verstorbenen jüdischen „Kaufhauskönigs“ Adolf Jandorf erworben, die vor den Nazis geflüchtet war.

An diesem 20. Januar 1942 rollten dunkle Limousinen langsam die Uferstraße Am Großen Wannsee hinunter auf das Gelände mit der Hausnummer 56/58. Die SS-Villa vorgesehen zur „Schaffung und Unterhaltung von Erholungsheimen für die Angehörigen des Sicherheitsdienstes der SS sowie für deren Familienangehörigen“ war Ende 1940 gekauft worden. Eine Übernachtung mit Frühstück im luxuriösen Gästehaus kostete 5 RM. Für die Gäste standen umfangreiche „Geselligkeitsräume“ wie ein Musikzimmer, ein Billardraum, eine große Halle sowie ein Wintergarten und eine Terrasse zum Wannsee bereit.

Die Ausstattung dieser Villa und die exquisite Lage waren tatsächlich dazu geeignet, im immer grauer werdenden Berliner Kriegsalltag einer Zusammenkunft am 20. Januar 1942 einen besonderen Glanz zu verleihen und die Teilnehmer in gehobene Laune zu versetzen. Mag sein, dass das Ambiente dieses Versammlungsortes eine Art Verfremdungseffekt auf die Herren ausübte, die der Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, zu einer Besprechung eingeladen hatte, und dazu beitrug, dass die Konferenz nachgerade reibungslos verlief.

Heydrich hatte für zwölf Uhr 14 Teilnehmer zu einer „Besprechung mit anschließendem Frühstück“ in die Wannsee-Villa „Minoux“ eingeladen. Es wurde dies die berüchtigtste Konferenz der Weltgeschichte, auf der die furchtbarsten Vorschläge zum Begehen des größten Menschheitsverbrechens gemacht wurden. Das Konferenzprotokoll offenbart in kaum verklassulierter Form das diabolisch-monströse Wesen des NS-Regimes in seiner Singularität. Die Konferenz selbst leitete eine Weichenstellung ein, in deren Verlauf das Wann, das Wie und das Wo der „Endlösung“ neu bestimmt wurde. Die Vernichtung der europäischen Juden wurde von nun an zu einem Projekt, das vollständig während des Krieges durchgeführt werden sollte.

Wenige Wochen zuvor, am 12. Dezember 1941 hatte Hitler die Spitzen der NSDAP in die Reichskanzlei einbestellt und unter Bezug auf seine „Prophezeiung“ vom 30. Januar 1939 ausgeführt: „Wenn es zu einem Weltkrieg kommt, so werden die Urheber



Reinhard Heydrich



Adolf Eichmann

dieses blutigen Krieges mit ihrem Leben bezahlen müssen.“ Nach Hitlers Logik waren damit die Juden gemeint. Es war dies der irreversible Vollzug, seiner „Prophezeiung“, die Bekanntgabe seiner „Grundsatzentscheidung“ zur Ermordung der europäischen Juden, zugleich ein weiterer Appell zur Beschleunigung und Radikalisierung der bereits in Gang gesetzten Vernichtungspolitik.

Nach Adolf Eichmanns Aussage in der Jerusalemer Untersuchungshaft rechnete Heydrich auf der Konferenz mit Protesten, zumindest mit Kritik. Doch das Gegenteil war der Fall: In einer Prozesspause im Verfahren des Staates Israel gegen Adolf Eichmann

vorher schon weder unwissend noch unschuldig, waren durch ihr Handeln längst zu Komplizen des Judenmords geworden.

Staatssekretär Wilhelm Stuckart vom Reichsministerium des Innern, wollte eigentlich seinen nächsten Mitarbeiter, Ministerialrat Hans Globke – der von 1953-1963 Chef des Bundeskanzleramtes im Kabinett Konrad Adenauer war – zur Konferenz mitbringen, was Heydrich jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen und Platzgründen ablehnte. In dieser Zeit, als noch Orden und Beförderungen im NS-Apparat zu verdienen waren, waren viele erpicht darauf, teilzuhaben an der „Endlösung“. „Seht nur, wie sie sich drängeln“, meinte Hey-

wöhnlich jung – die Hälfte unter 40 Jahre alt –, ungewöhnlich gebildet – jeder zweite ein Doktor, zehn mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium, unter ihnen wiederum neun Juristen. Das Thema ihres geheimen Treffens: der Judenmord, oder, wie es bereits auf dem Einladungsschreiben zur Konferenz vermerkt war – die „Endlösung der Judenfrage“. Es ging nicht mehr über den Entschluss zur „Endlösung“, die Teilnehmer sollten allein die Durchführung einer längst von Hitler befohlenen Entscheidung besprechen und gutheißen.

Heydrich begann die Sitzung mit dem Hinweis, „den deutschen Lebensraum“ auf „legale Weise“ von Juden zu „säubern“. Was die Juden zu erwarten hatten, liest sich im NS-Deutsch so: „Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus anzusprechen ist.“ Was den Umfang des Judenmords betraf, hieß es unmissverständlich: „Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt.“ Und das betraf mehr als elf Millionen Menschen.

Auf die Frage bei seinem Verhör in Israel im Juli 1960, was die Formulierung „entsprechend behandelt“ bedeute, begann Eichmann zu stottern: „Das ist ... das ist eine ... diese Sache stammt von Himmler. Natürliche Auslese – das ist ... das ist sein Steckenpferd“. Auf die Nachfrage, was es denn in diesem Zusammenhang bedeute, brachte Eich-

„Unsere armen Jungs. Wie sollen die das bloß aushalten?“

schrrieb dieser im September 1961 ein Manuskript mit dem Titel Götzen, das er zu seinem Schlusswort vor dem Jerusalemer Gericht verwenden wollte. „In seltener Einmütigkeit und freudiger Zustimmung, forderten diese Staatssekretäre ein beschleunigtes Durchgreifen. Und es war die sachbearbeitende, federführende Prominenz, welche sich zur Beschlussfassung hier versammelt hatte. Und ihre Entscheidungen waren endgültig, denn sie waren von ihren Ministern und Chefs bevollmächtigt, nicht nur bindendes Einverständnis zu erklären, sondern teilweise sogar, über von Heydrich Erhofftes, hinauszugehen. Und es wurde eine offene, unverblümte Sprache gesprochen.“

Zur Wannsee-Konferenz erschienen Staatssekretäre aus verschiedenen Ministerien und Angehörige von SS und Polizei. Protokollant war Adolf Eichmann, Heydrichs Judenreferent. Durch die Offenlegung von Einzelheiten des „Endlösungs“-Programms, so war es beabsichtigt, wurden die Teilnehmer sozusagen offiziell zu Mitwissern und Mitverantwortliche am großen Judenmord. Dabei waren sie

drich in seiner zynischen Art, „wenn sie wüssten ...“. Den Rest des Satzes ließ er unausgesprochen.

Am Wannsee wurde nicht mehr das Rational der „Endlösung“ diskutiert, sondern nur noch die geordnete Implementierung und die Abstimmung der Behörden untereinander. „Wenn die ‚Endlösung‘ in ganz Europa verwirklicht werden sollte“, schrieb Hannah Arendt in ihrem brillanten, wenn auch umstrittenen Essay Eichmann in Jerusalem, „dann genügte es nicht, dass sie bei den staatlichen Behörden des Reichs auf schweigendes Einverständnis traf; dieses Programm war auf aktive Mitarbeit aller Ministerien und des gesamten Beamtenapparats angewiesen.“

Leiter der Wannsee-Konferenz war der damals 37-jährige SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich. Der kühle Musikersohn hatte sich im Sommer 1941 ausdrücklich von Hitlers damaligem Kronprinzen Hermann Göring beauftragen lassen, alle Vorbereitungen für eine „Gesamtlösung der Judenfrage“ zu treffen.

Die fünfzehn Männer waren unge-

mann hervor: „Getötet, getötet! Sicherlich!“

Und das geschah mit deutscher Gründlichkeit, über die sich die nationalsozialistische Führungsspitze regelmäßig informieren ließ. So notierte Joseph Goebbels am 27. März 1942 in sein Tagebuch: „Es wird ein ziemlich barbarisches und nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt, und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig. [...] Odilo Globocnik, der diese Aktion durchführt, tut dies mit ziemlicher Umsicht und auch mit einem Verfahren, das nicht allzu auffällig wirkt. An den Juden wird ein Strafgericht vollzogen, das zwar barbarisch ist, das sie aber vollauf verdient haben. [...] Man darf in diesen Dingen keine Sentimentalitäten obwalten lassen. Die Juden würden, wenn wir uns ihrer nicht erwehren würden, uns vernichten. Es ist ein Kampf auf Leben und Tod zwischen der arischen Rasse und dem jüdischen Bazillus. [...] Gott sei Dank haben wir jetzt während des Krieges eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die uns im Frieden verwehrt wären. Die müssen wir ausnutzen. [...] Das Judentum hat nichts zu lachen [...]“.

Anderthalb Stunden hatte die streng geheime Zusammenkunft gedauert und Eichmann hatte alles fein säuberlich protokolliert – nachdem er sich bereits vor Beginn der Sitzung „einen Augenblick verdrückt“ hatte, um sich noch „draußen schnell einen Kognac“ zu genehmigen.

Adolf Eichmann wurde 18 Jahre später bei seinen Vernehmungen nicht müde, sich als kleines Licht, als subalterner Gestapo-Beamter darzustellen und beteuerte, welch kleines Rädchen im Getriebe, welch untergeordneter Aktentaschenträger er gewesen sei, der nur am Protokolltisch in der Ecke gesessen und Bleistifte gespitzt hatte. Er habe er das Protokoll glätten und „gewisse Auswüchse“, einen gewissen „Jargon“ abmildern, „in dienstliche Worte“ kleiden müssen. Er verstand sich trefflich auf die Terminologie, mit der der bereits in Gang gekommene Massenmord umschrieben wurde.

Eichmann besaß eine Schlüsselrolle in der praktischen Durchführung des Holocaust, er war weit mehr als ein kleiner Schreiberling, der sorgfältig notierte, was die Herren Staatssekretäre und SS-Chargen von sich gaben. „Unverblümete Worte“ und „sehr unparaphenmäßiger“ Ton, ungeschminkte Formulierungen, die die Konferenzteilnehmer ganz männerbündisch nach Ende der Sitzung in aufgeräumte Stimmung ein Kognakschwenker oder Weinglas in der Hand austauschten, das hat er sehr wohl vernommen und nicht gewagt, dies in seiner Niederschrift aufzunehmen. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass das eigentlich Furchtbare nicht im Protokoll verzeichnet ist.

Bei seinem Verhör in Jerusalem sagte Eichmann aus, Heydrich habe ihn zu sich gerufen und ihm gesagt: „Der Führer hat die physische Vernichtung der Juden befohlen“. Daraufhin schickte Heydrich Eichmann auf „Dienstreise“, um zu sehen und darüber zu berichten, wie vernichtet wurde. Eichmann kam voller Horror von seiner Inspektion zurück. Was ihn am meisten erschüttert hatte, waren die Massenschießungen. „Mein Gott“, so sagte er zu Heydrich, „unsere armen Jungs. Wie sollen die das bloß aushalten?“ Über die Opfer verlor er kein Wort. Aber die „armen Jungs“, die da erbarmungslos in die wehrlosen Judenmassen hineinschossen, taten ihm leid.

Avner Less, der Eichmann in Jerusalem 275 Stunden verhört hat, beschreibt ihn als „verschlagenen Typ“. Zwar nicht über den Durchschnitt intelligent, aber von „ausgesprochener instinktiver Schlaueit und Raffinesse“ und als einen „geborenen Lügner“, der nur die Wahrheit sagte, wenn es ihm nützlich erschien.

Nachdem sich die Herren von dem Konferenztisch erhoben hatten, schritten sie in das Nebenzimmer, suchten bequeme Sessel auf und gingen zum gemütlichen Teil der Konferenz über, nicht mehr „um zu fachsimpeln“. Eichmann erinnert sich: „Das Kaminfeuer war eigentlich nicht mehr von Nöten. Die Herren hatten sich etwas in Eifer geredet und schienen gesund gerötet im Gesicht. Aber trotz allem knackten die Buchenscheiter im Feuer und die weißen Feldblusen brachten Kognac, Portwein und Zigarren und Zigaretten. Ein freundlicher, köstlicher Ausklang; alles ein Herz und eine Seele“.

So entspannt hatte der Deportationspezialist Adolf Eichmann seinen Vorgesetzten Reinhard Heydrich zuvor nie erlebt. Der genoss Zigarre und Cognac, um sich „nach den langen, anstrengenden Stunden der Ruhe hinzugeben“, so Eichmann fünfzehn Jahre später bei seinem Verhör in Jerusalem Untersuchungshaft.

Heydrich war hoch zufrieden: Niemand hatte aufgemuckt und alle ihre Hilfe zugesagt. Eichmann formulierte

„Du kannst dich bei den Deutschen tot dokumentieren, es kann in Bonn die demokratischste Regierung sein, und die Massenmörder gehen frei herum, haben ihr Häuschen und züchten Blumen“.

dies so: „Keine einzige Stimme des Widerspruchs wurde laut. Bei jeder Pause, die er [Heydrich] machte, nickten sie heftig mit dem Kopf, obwohl es ganz klar war, dass die Endlösung nichts anderes bedeutete als – Vernichtung. [...] Die Entscheidung, auf Grund derer Millionen in den Tod geschickt wurden, fällt man hier mit einer erfrischenden Schnelle und Einstimmigkeit. Ein jeder Teilnehmer dieser Konferenz war von der Größe des Planes berauscht“.

Während die Konferenzteilnehmer nacheinander die Villa verließen, beschäftigte sich Eichmann mit der Abfassung des Protokolls. Von einer Stenotypistin ließ er sich den Entwurf vorlesen und es sich dabei gut gehen: „Ein guttemperierter Rotspon, der konnte nie schaden und ein Liqueurchen für das Mädchen“.

Der Männerbund, der sich am „hochglanzpolierten“ Konferenztisch am Großen Wannsee versammelte, das war die Creme des NS-Staates, gleichwohl ausgestattet mit einer primitiven, verruchten Intellektualität, auch wenn sie wohl allesamt nach dem Gebot „Du sollst nicht töten“ erzogen worden waren. Es war zugleich eine Bande von Politkriminellen, die sich – insbesondere nachdem die Fesseln der formellen Aussprache nach Ende der Sitzung gelöst waren und man sich in entspannter Runde bei alkoholischen Getränken im Kaminzimmer versammelte – gegenseitig anfeuerten und sich in Vorschlägen überboten, die Existenz der Juden in Deutschland endgültig auszulöschen.

Weitere Mitarbeiterbesprechungen zu Detailfragen folgten, ein anschließendes Treffen der Staatssekretäre war geplant. Eine zweite Wannseekonferenz kam nicht zu Stande, weil tschechische Widerstandskämpfer Heydrich am 27. Mai 1942 eine Bombe in die offene Limousine warfen und er wenige Tage später seinen Verletzungen erlag.

Eichmann hatte 30 Exemplare des Protokolls tippen lassen und verschickt. AA-Unterstaatssekretär Martin Luther bekam die 16. Ausfertigung und heftete sie ab. Seine Handakten, darunter auch sein persönliches Exemplar des Protokolls wurden ausgelagert. Luthers Protokoll-Ausfertigung überdauerte als einzige das Kriegsende unversehrt. Alle anderen Konferenzteilnehmer hatten Zeit und Gelegenheit, ihre Unterlagen rechtzeitig zu vernichten.

Fünf Jahre nach der Konferenz fanden amerikanische Ermittler im Frühjahr 1947 die 16. Ausfertigung des Protokolls im Gebäude der Telefonen GmbH in Berlin-Lichterfelde. Die Britin Betty Nute arbeitete für das amerikanische Anklagerteam von Nürnberg. Ein Ermittler war auf die Akten des Auswärtigen Amtes gestoßen – eine „scheußlich rosafarbene Mappe“ mit der handgeschriebenen Aufschrift „Endlösung der Judenfrage“. Nute rief sofort Robert Kempner, den Stellvertreter des amerikanischen Chefanklägers in den Nürnberger Prozessen, an und berichtete von dem Fund. Kempner war sofort

nicht an der Konferenz teilgenommen zu haben und bestritt, den Vorschlag zur Sterilisierung der „Mischlinge“ gemacht zu haben. Er wurde 1950 als „Mitläufer“ eingestuft und zu einer Geldstrafe von 500 DM verurteilt. 1952 war er bereits Geschäftsführer des „Instituts zur Förderung der niedersächsischen Wirtschaft“. Auch war er eine Zeit lang Kämmerer der Stadt Helmstedt. Er verstarb 1953 im Alter von 51 Jahren bei einem Verkehrsunfall.

Der letzte, der noch zur Aufklärung hätte beitragen können, starb 1987: SS-Gruppenführer Gerhard Klopfer. Er wollte sich nicht daran erinnern, ob er „bis zum Schluss“ bei der Konferenz war. Die bundesdeutsche Justiz erhob gegen ihn niemals Anklage. Nach der Entlassung aus dem Internierungslager wurde Klopfer 1949 durch eine Nürnberger Hauptspruchkammer für „minderbelastet“ erklärt. Er erhielt eine Geldstrafe und eine dreijährige Bewährungsfrist, während der er keine verantwortungsvolle berufliche Tätigkeit aufnehmen durfte. Ab 1952 war er dann Helfer in Steuersachen, und ab 1956 als Rechtsanwalt in Ulm tätig. Die Staatsanwaltschaft Ulm stellte 1962 ihre Ermittlungen gegen Klopfer, der als Ministerialdirektor der Partei-Kanzlei der Einladung Heydrichs gefolgt war, ein. Klopfer starb als letzter Teilnehmer der Wannsee-Konferenz 1987. In der Traueranzeige schrieb die Familie, Klopfer habe ein erfülltes Leben geführt, „zum Wohle aller, die in seinem Einflussbereich waren“.

Das Wannsee-Protokoll steht als Synonym für den bürokratisch organisierten arbeitsteiligen, fabrikmäßigen Mord an den europäischen Juden. Es ist ein Dokument, das alle zivilisatorische Normen ad absurdum führt, in dem festgehalten ist, wie der Vernichtungswahn und -wille der Nationalsozialisten auf Anordnung der höchsten Autorität des NS-Regimes in staatliches Handeln überführt und gnadenlos exekutiert wurde.

Der Auschwitz-Überlebende Joseph Wulf bemühte sich seit den 1960er Jahren, die Öffentlichkeit auf die Bedeutung des Ortes aufmerksam zu machen. Der erfolgreiche Autor wichtiger Dokumentationen zur Geschichte des Nationalsozialismus und der Judenverfolgung, dem freilich die Anerkennung der Historikerkunft fehlte, gründete im Sommer 1966 den Verein „Internationales Dokumentationszentrum zur Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Folgeerscheinungen“, das in der Wannsevilla ein Domizil finden sollte. Trotz prominenter Unterstützung, auch durch den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt, war der Initiative kein Erfolg beschieden. 1972 löste sich der Verein auf.

Wulf schied 1974 resigniert freiwillig aus dem Leben. Seinem Sohn hatte er zuvor illusionslos geschrieben „Ich habe hier 18 Bücher über das Dritte Reich veröffentlicht, und das alles hatte keine Wirkung. Du kannst dich bei den Deutschen tot dokumentieren, es kann in Bonn die demokratischste Regierung sein, und die Massenmörder gehen frei herum, haben ihr Häuschen und züchten Blumen“.

Erst in den 1980er Jahren begannen Wulfs Pläne doch noch Gestalt anzunehmen. Zum 50. Jahrestag, im Januar 1992, wurde das Haus der Wannseekonferenz als Gedenk- und Bildungsstätte eröffnet. Getragen vom Verein „Erinnern für die Zukunft“, gefördert mit öffentlichen Mitteln, ist das Haus heute zentraler Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur.

Die jüdische Gemeinde in Heidelberg

Die Wiege der ersten Universität auf deutschem Boden

Von Miriam Magall

Juden dürften sich in Heidelberg spätestens seit der Mitte des 14. Jahrhunderts in der Unteren Straße / Ecke Dreikönigstraße angesiedelt haben. Auf jeden Fall stand dort ihre Synagoge, wie ein Stich von M. Merian zeigt. Es muss auch eine Mikve, ein jüdisches Ritualbad, in ihrer unmittelbaren Nähe gegeben haben. Im Keller des Eckhauses, das sich heute an dieser Stelle erhebt, führt eine enge Wendeltreppe in einen kleineren, überwölbten Kellerraum, von dem es auf derselben Wendeltreppe noch weiter in die Tiefe ging. Dieser Teil wurde später zugemauert und ist heute leider nicht mehr frei zugänglich.

Lange dürfen sich die Heidelberger Juden nicht an Synagoge und Mikve erfreuen. Als Kurfürst Ruprecht I. (1309–1390) stirbt, tritt sein Neffe als neuer Kurfürst Ruprecht II. (1325–1398) seine Nachfolge an. Kurz zuvor, 1396, hatte sein Onkel die Ruprecht-Karls-Universität, die erste auf (heutigem) deutschem Boden (Anm. d. Red.: die erste deutsche Universität stand in Prag), gegründet. Der neue Kurfürst braucht wohl mehr Platz für dieses Prestigeobjekt. Da sind ihm die Juden im Weg, weshalb er sie im September/Oktober 1390 kurzerhand aus der Stadt ausweist. Die Synagoge und die enteigneten Häuser der Juden schenkt er (ein wirklich großzügiger Herrscher!), der neuen Universität. Damit sind deren Platzsorgen erst einmal behoben.

In die besseren Häuser ziehen die Professoren ein, in die einfacheren die Studenten. In einem feierlichen Gottesdienst wird die Synagoge am zweiten Weihnachtstag, am 26. Dezember, 1390 vom Wormser Bischof Eckhard von Dersch zu einer Kirche zur Ehre Gottes, Marias und des Heiligen Stephanus geweiht. Fortan kennt man die ehemalige Synagoge als Universitätskapelle. Sie dient der jungen Universität nicht nur zum Beten, nein, hier finden auch Vorlesungen statt. Und selbst ihre finanzielle Absicherung verdankt diese erste deutsche Universität anfangs den vertriebenen Juden: Neben den Häusern und der Synagoge übereignet der neue Kurfürst der Universität auch alle Weinberge in ehemals jüdischem Besitz.

Judenpogrome

Erst nach dem Dreißigjährigen Krieg, also gegen Mitte bzw. Ende des 17. Jahrhunderts, praktisch 300 Jahre später, dürfen Juden wieder in Heidelberg wohnen. Sie lassen sich erneut in dem Stadtteil beim Neckar nieder, in dem sie schon vor ihrer Vertreibung gewohnt hatten, rund um die Untere Straße. Hier liegt bis zur „Reichskristallnacht“ am 9./10. November 1938 das Zentrum jüdischen Lebens.

Und hier kommt es auch zu einem Pogrom: 1819, dem Jahr der „Hepp-Hepp“-Unruhen, ziehen dichte Menschenmassen in die Untere Straße und durchbrechen mit Äxten und Brecheisen Fenster, Läden und Türen. Drei Stunden lang können sie ungestört in jüdische Häuser eindringen und alles, was sie dort vorfinden, plündern oder zerschlagen. Am Ende ist beinahe die ganze Straße angefüllt mit Papierfetzen, Bettfedern und Möbeltrümmern. Weder die Polizei noch die Bürgergarde greifen ein. Überraschende Hilfe

wird den überfallenen Juden von den mit Hiebern, Säbeln oder Rapiere bewaffneten Studenten der Universität zuteil. In kürzester Zeit zerstreuen sie die Räuber und händigen alle, derer sie habhaft werden können, den städtischen Behörden aus. Von den mehreren hundert Aufrührern und Plünderern werden nur fünf Heidelberger Bürger und vier auswärtige Handwerksgehilfen festgenommen, aber schnellstens wieder auf freien Fuß gesetzt.

Dreißig Jahre später entbrennt Volkes Zorn gegen den Kleiderhändler Leopold Ehrmann in derselben Straße. Mit Äxten schlagen sie am 29. Februar 1948 seine Haustür ein und zerreißen alle Kleider, die sie im Haus vorfinden. Im August wiederholt sich das böse Spiel: Eine aufgebrachte Menschenmenge wirft schon um 7.30 Uhr morgens die Scheiben von Ehrmanns Haus ein. Die Kleinhändler und die Schneider der Stadt fürchten seine Konkurrenz. Ihre Forderung: Ehrmann darf nur Fertigware verkaufen, keine Kleidungsstücke bei Schneidern in Auftrag geben. Ebenso wenig darf er – wie auch alle anderen Juden in der Stadt – kein Geschäft auf der Hauptstraße öffnen. Daran ändert sich erst 1862 etwas, als in Baden sowohl die rechtliche Gleichstellung der Juden als auch die Gewerbefreiheit eingeführt wird.

Die Heidelberger Universität: Nährboden für Antisemitismus

Den Boden für diesen Antijudaismus, aus dem später der virulente Antisemitismus erwächst, wird an der Heidelberger Universität vorbereitet. Schon früh gilt sie als liberal und sonnt sich bis zur Weimarer Republik in ihrem Ruf als liberale „Musteruniversität“. Das entspricht aber nur auf dem ersten Blick den Tatsachen. Denn spätestens seit den 1880er Jahren erleben die Ju-

„Weder die Polizei noch die Bürgergarde greifen ein. Überraschende Hilfe wird den überfallenen Juden von den mit Hiebern, Säbeln oder Rapiere bewaffneten Studenten der Universität zuteil.“

den die Kehrseite der Emanzipation sozusagen an eigenen Leib. Verschiedene hochangesehene Professoren der Universität beschäftigen sich eingehend mit der „Lösung der Judenfrage“. Besonders hervor tut sich der Philosophie- und Mathematikprofessor Jakob Friedrich Fries, in Heidelberg von 1805 bis 1816 tätig. In seinem Traktat: „Über die Gefährdung des Wohlstandes und Charakters der Deutschen durch die Juden“, zuerst erschienen 1816 und noch im gleichen Jahr in zweiter Auflage, bezeichnet er die „Judenschaft“ als ein „Überbleibsel aus einer ungebildeten Vorzeit“, das man nicht beschränken, sondern ganz ausrotten (sic!) solle. Zudem verkündet er lauthals seine Meinung, die Judenschaft sei eine Völkerkrankheit. Er sieht voraus, dass ihr Unwesen nicht ohne eine schreckliche Gewalttat zu Ende gehen könne und erinnert an ihre Lage in Spanien: Dem Volk dort sei es eine Freude gewesen, die Juden zu Tausenden auf den



Die neue Heidelberger Synagoge.

Scheiterhaufen verbrennen zu sehen. Auch der in jüdischen Kreisen eher berühmte Historiker Heinrich von Treitschke lehrt, das ist kaum bekannt, zwischen 1867 und 1874 an der Heidelberger Universität. Erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts bemüht sich die Stadt Heidelberg, die nach ihm benannte „Treitschke-Straße“ umzubenennen. Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, alle Antisemiten und alle antisemitischen Äußerungen von Heidelberger Professoren aufzuzählen.

gleich zum Hauptbahnhof. Auf der geschäftigen Hauptstraße ziehen sie am helllichten Tag bis zum Bahnhof, der damals noch an ihrem Ende liegt. Die Heidelberger stehen stumm am Straßenrand und schauen zu. Um 18.15 Uhr verlässt der Zug unter SA-Bewachung Heidelberg und fährt über Belfort ins unbesetzte Frankreich. Dort übergeben die SA-Leute den Zug mit seiner menschlichen Fracht den völlig über-rumpelten französischen Behörden. Sie leiten ihn weiter in den Süden ins Lager Gurs am Fuß der Pyrenäen. Dort treffen die Menschen, noch immer betäubt von der plötzlichen Veränderung ihrer Lebensumstände, ein. Die beiden Gau-leiter melden nach Berlin, ihre Gauen seien als erste im Reich „judenrein“! Aus Heidelberg werden insgesamt 301 jüdische Bürger nach Gurs deportiert.

Jahrzehntelang ist Gurs vergessen. Erst ab 1963 wird der Friedhof in Gurs nach gründlicher Renovierung feierlich eingeweiht und seither von den Städten Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim, ab 1994 auch von Konstanz und ab 1996 auch Weinheim unterhalten. Knapp ein Drittel der jüdischen Heidelberger Bürger überlebt Deportation und Holocaust.

Jüdisches Leben in Heidelberg nach 1945

Wenige Tage nach der Besetzung der größtenteils unzerstörten Stadt durch amerikanische Truppen kehren alle noch im Februar 1945 (!) nach Theresienstadt Deportierten zurück. Sie und ungefähr 30 Überlebende aus Konzentrationslagern und einige Emigranten, die gleich nach Kriegsende zurückkehren, bilden den Grundstock der neuen jüdischen Gemeinde. Hinzu kommt, noch 1945, ein beträchtliches Kontingent jüdischer Displaced Persons (DP), die während des Krieges nach Ostrussland evakuiert worden waren und bei Kriegsende von den Sowjets wieder zurück nach Polen gebracht werden. Hier begrüßt sie die weiterhin antisemitisch eingestellte polnische Bevöl-



Synagoge in Heidelberg (Mantelgasse) erbaut 1878, zerstört 1938.

kerung feindlich, zum Teil mit neuen Pogromen. Deshalb ziehen sie weiter in Richtung Westen, wollen eigentlich in die USA oder ins Land Israel, bleiben aber aus verschiedenen Gründen in der Stadt. 1946/47 leben schon 300 jüdische Bürger in Heidelberg, zwei Drittel davon sind DPs. Bis 1958 kehren noch weitere 50 Emigranten nach Heidelberg zurück. Sie sind alt, oft krank und bitterarm, die Folgen von Enteignung und Deportation. Lange sieht es in Heidelberg so aus, als werde es eine jüdische Gemeinde nur noch eine Generation lang geben.

Die amerikanischen Militärbehörden richten in der Klingenteichstraße 4 einen Betsaal ein, später wird er in die Häusserstraße 10-12, in die damalige „Villa Julius“, verlegt. Amerikanische Armeerrabbiner übernehmen die Betreuung der Heidelberger Gemeinde. Am 1. September 1946 findet die feierliche Einweihung von Synagoge und Gemeindehaus der „Jüdischen Kultusgemeinde Heidelberg“, so ihr offizieller Name im Programm, in der Häusserstraße statt. Das Gemeindezentrum umfasst eine Synagoge, eine Bibliothek und einen Kindergarten, seit 1947 ein Studentenwohnheim und seit März 1951 ein jüdisches Altenheim in der oberen Etage, das bis 1970 existiert. Im Mai 1979 zieht die Gemeinde in einen provisorischen Betsaal in der Rohrbacher Straße um. Auf dem Grundstück der Villa Julius soll ein neues Gemeindehaus mit Synagoge sowie ein jüdisches Studentenwohnheim und das Institut für Judaistik entstehen. Allerdings findet die Grundsteinlegung für die neue Synagoge mit Gemeindezentrum erst am 19. Juni 1992 statt. Es fehlt nicht an hässlichen Protesten der Anwohner dagegen.

Nichtsdestotrotz feiert die Jüdische Kultusgemeinde Heidelberg am 6. Ja-

nuar 1994 in der Häusserstraße 10-12 anlässlich der Einweihung ihrer neuen Synagoge, der dritten ihrer Geschichte in Heidelberg, ein rauschendes Fest. Denn entgegen aller pessimistischen Vorhersagen in Bezug auf eine schrumpfende Gemeinde ziehen wieder vermehrt Juden nach Heidelberg. „Schuld“ daran ist der Beschluss der Regierungschefs des Bundes und der Länder, jüdischen Emigranten aus der früheren Sowjetunion ohne zahlenmäßige Begrenzung die Einreise zu



Der Alte Synagogenplatz beim Neckar nach seiner Neugestaltung 2001.

ermöglichen. Im Rahmen dieser Vereinbarung bekommt auch Heidelberg sein Kontingent an jüdischen Zuwan-

derern, gerade rechtzeitig, um die neue Synagoge mit Menschen zu füllen. Bis 2001 steigt die Zahl der Mitglieder der Jüdischen Kultusgemeinde Heidelberg auf etwas über 400. Die Gemeinde richtet eine Kinder-, eine Jugend- und eine Seniorengruppe ein und stellt einen Sozialarbeiter ein. Anfangs haben drei von fünf Vorstandsmitgliedern, später alle fünf Russisch als Muttersprache.

Das bedeutet eine Bereicherung jüdischen Lebens nicht nur in Heidelberg. Denn selbst wenn die jüdischen Zuwanderer selten besonders fromm sind, kommen viele doch regelmäßig zum Schabbath und zu den Feiertagen in die Gemeinde, genau wie zu den vielfältigen kulturellen Veranstaltungen, die sie schon bald selbst bereichern, denn unter ihnen befinden sich überraschend viele hervorragende Musiker.

Jüdische Einrichtungen in Heidelberg

In der Stadt gibt es insgesamt drei jüdische Friedhöfe, der erste aus dem Mittelalter heute versteckt auf dem Hof einer Schule neben der Universitätsbibliothek; der zweite (1700—1876), ehemals vor den Toren der Stadt, wurde geschlossen, als er voll war, und der dritte (seit 1876) an der Rohrbacher Straße dürfte demnächst auch voll sein, weshalb die Gemeinde schon nach neuen Möglichkeiten Ausschau hält.

Eine wichtige jüdische Einrichtung ist das Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, ehemals in der Bienenstraße 5, dann umgezogen in die Landfriedstraße 12. Sie ist eine Einrichtung des Zentralrats der Juden in Deutschland. Das Archiv sammelt Akten jüdischer Gemeinden in ganz Deutschland sowie Nachlässe und personenbezogene. Zur Zeit verwahrt das Archiv Akten in einem Umfang von 1.300 lfm. Hinzu kommen ungefähr 100.000 Fotos von jüdischen Grabsteinen.

Eine jüdische Hochschule mit koscherer Mensa

In Berlin hat es bis 1939 eine Hochschule für die Wissenschaft des Judentums gegeben, neben einer Reihe von orthodoxen bis liberalen Rabbinerseminaren. Spätestens 1939 wurden alle

tet die Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg nun jüdischen wie nichtjüdischen Studenten eine wissenschaftliche Ausbildungsstätte, die seit 1981 als Hochschule staatlich anerkannt ist und seit Mitte der 1990er Jahre auch die Promotion in jüdischen Geisteswissenschaften ermöglicht.

Der Jüdischen Hochschule ist auch eine Mensa angeschlossen, in der Studenten wie Dozenten zwanglos eine koschere Mahlzeit

Jedes Jahr findet in Heidelberg, wie in ganz Deutschland, am 9. November eine Gedenkveranstaltung an die Reichskristallnacht, wie sie inzwischen wieder heißt, statt. Man trifft sich auf dem Gelände der zweiten Heidelberger Synagoge direkt hinter der Mensa beim Neckar. Jahrzehntlang verwahrlost dieser Platz zusehends; auf den Bänken werden Trinkgelage veranstaltet, die hohen Büsche, die den Ort des ehemaligen Thora-Schranks überwuchern, dienen nicht nur Hunden als öffentliche Toilette.

Um diesen für den Standort einer zerstörten Synagoge unwürdigen Zustand zu ändern, bildet sich eine Bürgerinitiative. Inzwischen ist die Verfasserin dieser Zeilen Mitglied im Vorstand der Jüdischen Gemeinde Heidelberg geworden und macht die Umgestaltung des ehemaligen Synagogenplatzes zu ihrem ganz persönlichen Anliegen. Nach zahlreichen Treffen der Bürgerinitiative, mir als Vertreterin der Jüdischen Kultusgemeinde Heidelberg und Vertretern der Stadt Heidelberg kristallisiert sich die endgültige Form der Neugestaltung heraus: Der Grundriss der ehemaligen Synagoge ist mit weißen Marmorsteinen markiert, grauer Granit deutet Fenster und Eingangstür an. Zu einem Sandsteinpodium an der Nordseite des ehemaligen Rabbinerhauses führen zwei Stufen hinauf, genau wie früher in der Synagoge zum Thora-Schrank. Hier aufgestellt wird nun der Gedenkstein, der vom jüdischen Friedhof an der Rohrbacher Straße schon zuvor nach hierher versetzt wurde. In dem leeren Raum zwischen ehemaligem Thora-Schrank und Eingang sind zwölf Sandsteinwürfel verteilt. Sie stehen für die Bänke in der Synagoge, und ihre Zahl erinnert an die zwölf Stämme Israels. Beim früheren Eingang informiert eine Tafel auf Deutsch und auf Englisch, was es mit diesem Platz auf sich hat. Als abschließende Krönung kommt im Jahr 2004 dann noch eine größere Gedenktafel an der Wand des ehemaligen Rabbinerhauses dazu. Sie listet die 396 Namen aller von 1940 bis zum Januar/Februar 1945 ausgewiesenen und deportierten jüdischen Bewohner Heidelbergs auf.

Wer mehr über das jüdische Heidelberg erfahren möchte, dem sei „Ein Rundgang durch das jüdische Heidelberg mit Miriam Magall“, 2006 herausgegeben vom Winter Universitätsverlag Heidelberg, empfohlen.

Anschriften in Heidelberg:

Jüdische Kultusgemeinde Heidelberg, Häusserstraße 10—11, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221-905 240, Fax-Nr.: 06221-163008, E-Mail: sekretariat@jkg-heidelberg.org, Webseite: www.jkg-heidelberg.com

Hochschule für Jüdische Studien, Rektor: Professor Dr. Johannes Heil, Landfriedstraße 12, 69117 Heidelberg, Tel.: 06221-541 9200

Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Landfriedstraße 12, 69117 Heidelberg, Webseite: zentralarchiv@urz.uni-heidelberg.de

geschlossen. Danach war es lange Jahre still um jüdische Lehre und Forschung. Seit dem Wintersemester 1979/80 bie-

Die britische Geheimpolizei in Palästina

Die Geschichte der „Criminal Investigation Department“ (CID) (Teil 2 von 4)

Von Karl Pfeifer

Im Gegensatz zur jüdischen Gesellschaft, die in politischen Parteien organisiert war, gründete die arabische Gesellschaft auf Stammes- und Familienzugehörigkeit. Jede der großen Familien hatte eine andere Weltsicht, die auf nationalen, politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten basierte.

Die zwei bekanntesten und wichtigsten Familien in Jerusalem waren die Husseinis und die Nashashibis, die sich gegenseitig bekämpften oder anfeindeten. Die Husseinis wandten sich von Anfang an gegen die britische Herrschaft, die Nashashibis waren bereit mit dem britischen Mandat zu leben und erhielten manchmal geheime Unterstützung von zionistischer Seite.

Im Juni 1928 fand der 7. Kongress der Araber in Jerusalem statt und die allgemeine Atmosphäre dieser Zusammenkunft war gemäßigt. Der Kongress schlug vor, eine gesetzgebende Körperschaft beider Völker zu schaffen. Die Beschlüsse widerspiegelten den provisorischen Sieg der Nashashibis und ihrer Unterstützer. Es gab aber auch eine Gruppe radikaler junger Menschen aus Gaza, die sich dem kooperativen Geist entgegenstellten. Auch der Mufti von Jerusalem Hadj Amin el Hussein trat ein für die volle Unabhängigkeit der Araber des Landes. Er befand sich im Widerspruch zu seinem Onkel Musa, einem gemäßigten Politiker, der zum Vorsitzenden der arabischen Exekutive gewählt wurde und der meinte, man könne mit der britischen Herrschaft leben, schon um eine autonome Selbstverwaltung der beiden Völker zu erreichen.

Wer heute Jerusalem besucht, der findet vor der Klagemauer einen großen Platz. Doch ich erinnere mich noch lebhaft an meinem ersten Besuch 1943 als nur eine 3 Meter breite Gasse dieses jüdische Heiligtum von den benachbarten Häusern trennte. Es wurden damals vollbepackte Esel durch diese enge Gasse gejagt und man musste aufpassen, nicht in die Extremite von Tieren zu treten.

Die Briten waren nicht fähig zwischen Juden und Muslimen einen Modus vivendi zu erreichen. Während der osmanischen Herrschaft gab es einen Status quo, der von den Briten übernommen worden war. Alle Entscheidungen bezüglich der Klagemauer wurden in Beratung mit dem Kolonialministerium in London gefällt. Ihr Scheitern ein lokales Problem zu lösen, sollte vorankündigen, dass die Mandatsverwaltung auch andere wichtige Probleme nicht lösen konnte.

Der Status quo verbot Juden eine Trennwand zwischen Männern und Frauen aufzustellen. Doch für Jom Kippur 1928 wurde eine solche hingestellt. Der zuständige Polizeioffizier forderte die Beseitigung und am Ende wurde diese von seinen Untergebenen weggenommen. Der britische Offizier war überzeugt, Unruhen vermeiden zu haben, denn ein arabischer Pöbel sammelte sich schon in der Altstadt und wartete auf die Gelegenheit, die betenden Juden anzugreifen. Die Angelegenheit kam vor eine Untersuchungskommission und im November 1928 wurde ein „Weißbuch“ in London veröffentlicht, in dem festgelegt wurde, auf dem Status quo zu beharren und die Rechte von



Peel-Teilungsplan

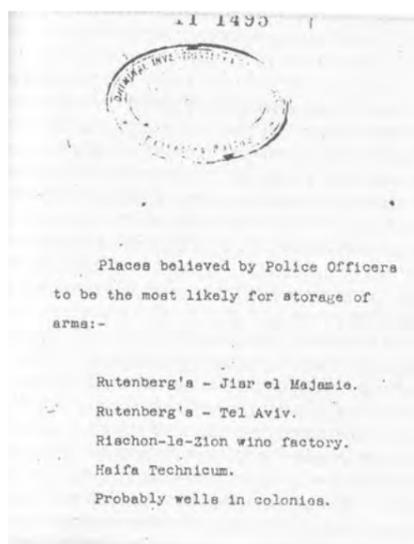
Juden und Muslimen zu respektieren.

Doch Mufti Hussein sah in der Angelegenheit der Heiligen Plätze für Muslime in Jerusalem einen Hebel, um seine Macht zu stärken und er urteilte, dass der britische Hochkommissar ein bequemer Partner für Verhandlungen wäre. Andererseits aber hetzte er dazu auf, die betenden Juden zu stören. Er ließ am Tempelberg bauen und so wurden Ziegel auf die Köpfe der Juden geworfen. Dazu kam, dass während der jüdischen Feiertage die Muezzins noch lauter riefen als sonst. Die Juden wandten sich an die Behörden und baten um Intervention. Der Hochkommissar traf einige Male den Mufti und bat darum, auf Ordnung in der Nähe der jüdischen Betenden zu achten, er versicherte dem Mufti, dass die Juden nicht die Rechte der Araber am Tempelberg verletzen, sondern nur die Freiheit haben wollen ihre Gebete ungestört an der Klage-

„ Die Briten waren unfähig, den Konflikt zu lösen. “

mauer zu verrichten.

Doch der Mufti wollte alle Araber des Landes anführen und deswegen hetzte er weiter. Nachdem er wegen seiner

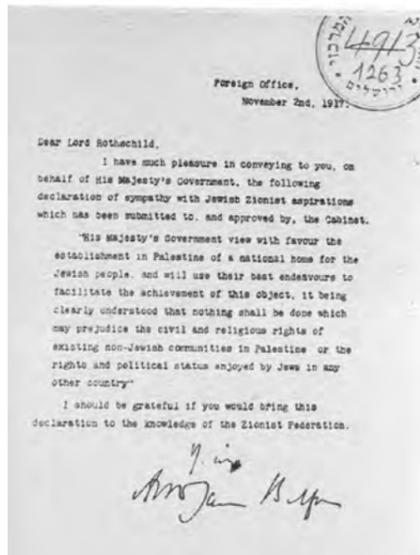


An diesen Orten vermuten die Briten Waffen.

Beteiligung an den Unruhen 1920 von den Briten bestraft wurde, gab er vor, nichts mit dem Stören der jüdischen Betenden zu tun zu haben. Das Verhält-

nis zu den Juden interessierte ihn überhaupt nicht.

Im Sommer 1929 gab es im Land 1.770 Polizisten, davon waren lediglich 219 Briten! Hochkommissar Sir John Chancellor fuhr schon im Juni auf Urlaub ins Ausland und beauftragte den Generalsekretär Harry Luke das Land zu verwalten. Die meisten Offiziere, so auch der C.I.D. befanden sich im Urlaub und nur ihre Stellvertreter blieben da. Auch die meisten wichtigen Führer des Jischuw nahmen am zionistischen Kongress in Zürich teil, der über die Schaffung der Jewish Agency beraten sollte. Am 3. August 1929 wurde ein



Balfour-Declaration

jüdischer Junge neben der Klagemauer erstochen und sofort danach wurde ein Jude von zwei Arabern erstochen, die verhaftet wurden. Der damalige Kommandant der Polizei Major Saunders ließ in der Nähe der Klagemauer eine Polizeistation errichten, die bis Ende des britischen Mandats funktionierte.

Am Abend des Tischabeav Fasttages,

am 14. August 1929, hatten 6.000 Sympathisanten der „rechten“ Jugendbewegung Betar in Tel Aviv gegen die Einschränkung der jüdischen Rechte an der Klagemauer protestiert. Viele der Teilnehmer kamen nach Jerusalem und marschierten am nächsten Tag, genehmigt und begleitet von der Polizei, fahenschwingend und hatikva-singend zur Klagemauer. Am Tag danach, am Freitag, liefen 2.000 Muslime hin und zerrissen heilige jüdische Schriften. Die Spannung wuchs. Noch ein jüdischer Junge wurde von Arabern erstochen. Es gab von beiden Seiten Zeitungsartikel, die die Atmosphäre noch mehr anheizten. In der Früh, am Freitag, dem 23. August 1929 eilten zehntausende Araber aus allen umgebenden Dörfern nach Jerusalem, dabei fiel auf, dass sie mit Stöcken bewaffnet waren.

Das Pogrom von Hevron 1929

Polizeimajor Alan Saunders traf am Vormittag den Mufti, der ihm versprach, dass seine Leute nicht das Gesetz brechen werden, außer wenn sie von Juden angegriffen oder provoziert werden. Als Saunders dann durch die Altstadt ging, fiel ihm auf, dass sehr wenige Frauen aus den umgebenden Dör-

fer da waren. Um 12.30 Uhr hatte sich ein aufgeetzter Mob durch die Tore der Altstadt gezwängt und sich Richtung der neuen Stadt westlich von der Mauer bewegt. Das sah Henry Luke aus seinem Büro am Damaskus-Tor. Er gab Befehl, die Panzerinheiten, die sich in Ramle befanden nach Jerusalem zu verlegen und erklärte den Ausnahmezustand. Einem Teil des Mobs gelang es in das Montefiore-Viertel (heute Mishkanot Shaananim) zu gelangen und ein regelrechtes Pogrom zu machen. Die Mandatsmacht mobilisierte alle Briten in Jerusalem und fast 300 blieben bis Ende August auf der Wacht. Die Verantwortung für die Sicherheit übernahm die britische Armee.

Die Verstärkung kam zu spät für die Juden Hebrons. 132 Juden, darunter Frauen und Kinder wurden von der aufgehetzten Menge buchstäblich abgeschlachtet. Der Kommandant der britischen Polizisten war Raimond Cafferata, der lediglich 33 arabische Polizisten unter sich hatte. Er bemerkte, dass ein Teil der arabischen Polizisten sich den Pogromisten anschloss, andere sahen passiv zu und nur eine Minderheit half Cafferata Juden zu retten. Ähnlich ging es in Safed in Galiläa zu. Auch da wurden Juden abgeschlachtet und die britische Armee kam zu spät.

Erst im September wurde die Ruhe wiederhergestellt.

Die Mandatsmacht sah ein, dass die Ordnungskräfte im Land zu schwach waren. Die Annahme, dass die RAF solche Unruhen verhindern könne, erwies sich als falsch. Alles ging seinen britischen Weg, es wurde eine Untersuchungskommission ernannt, diese fand die Fehler und formulierte Vorschläge für die Zukunft. Das sollte auch die Arbeitsweise des C.I.D. verändern. Doch das Problem mit dieser Untersuchungskommission war und blieb, dass sie keine Antworten geben konnte auf die ak-



C.I.D.-Kommandant Rice

tuellen und zukünftigen Probleme. Die Leitung der C.I.D. wurde ausgetauscht und umorganisiert.

Es wurde angeordnet die politische Tätigkeit von der Abteilung zur Verbrechensbekämpfung „Criminal“ zu trennen, und die Abteilung „Intelligence and Political“ der C.I.D. soll-

te nicht nur Nachrichten sammeln, sondern auch feindliche Tätigkeit von vornherein unmöglich zu machen. Der damalige Chef der C.I.D. verstand das Scheitern seiner Einheit während der Unruhen 1929 nicht. Er erklärte 1935 „Die Araber haben ihre Pläne derartig geheim gehalten, so dass sie die Polizei und den militärischen Nachrichtendienst überraschten.“

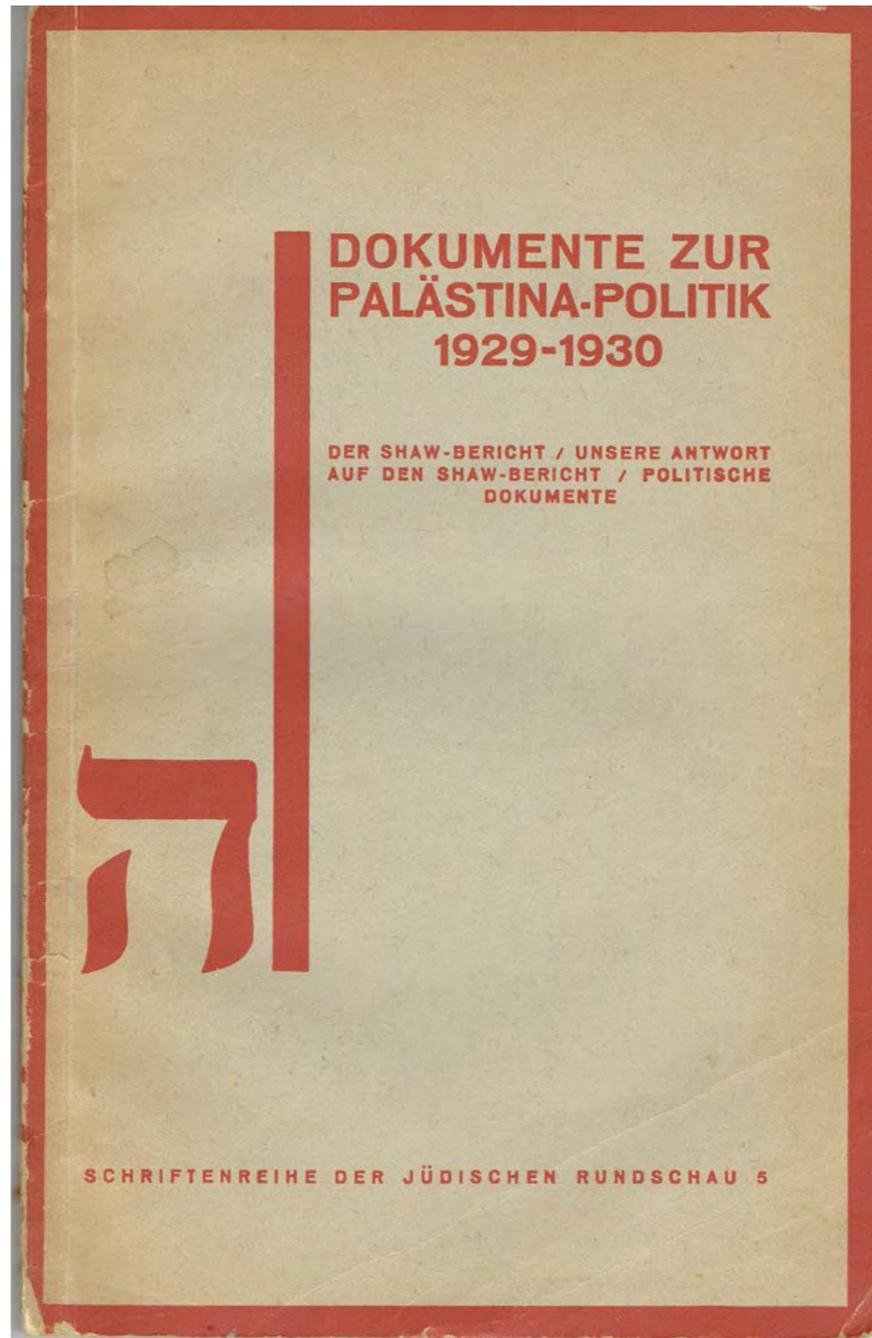
Auf alle Fälle blieben von 1929 an britische Armeeeinheiten im Land bis zum Ende des Mandats 1948.

Auch der Jischuw hatte sich geändert, die Wirtschaftslage besserte sich, es kamen mehr Einwanderer und auch die landwirtschaftlich-dörfliche Besiedlung verbreitete sich. Die jüdischen Siedlungen erhielten Waffen, um sich selbst zu verteidigen. Die Hagana wurde umorganisiert und keine einzige jüdische Siedlung wurde bis 1948 verlassen, obwohl während des arabischen Aufstandes (1936-1939) versucht wurde, jüdische Siedlungen zu erobern. Als Folge dieser Pogrome verlegten jüdische Unternehmer und Händler ihre Betriebe in jüdische Ortschaften oder Stadtteile und es kam auch zu einer sichtbaren Trennung der Wirtschaft.

Der Mufti und seine Leute konnten nicht ganz zufrieden sein mit den Folgen der von ihnen angeführten Pogrome. Sie forderten die Balfour-Erklärung zurückzunehmen. Fast 100 Jahre später erhebt die „palästinensische“ Führung erneut diese Forderung. Damals wollte der Mufti die jüdische Einwanderung und den Landverkauf an Juden stoppen und er appellierte an die panarabische Solidarität.

Er organisierte im Dezember 1931 einen islamischen Kongress in Jerusalem und es gelang ihm das Problem von einer lokalen Ebene zu einem Problem des britischen Kolonialreiches zu machen. Insofern hatten der Mufti und die arabische Führung von den schweren Unruhen 1929 profitiert.

1932 wurde Harold Rice zum neuen Kommandanten der C.I.D. ernannt. Er sandte in jeden Bezirk einen Unteroffizier und Polizisten. In Jerusalem wurden arabische und jüdische Beam-



tausende Muslime am Tempelberg und nach Ende der Gebete marschierten sie in Richtung des Neuen Tors. Die Versuche der Ordnungskräfte, sie anzuhalten scheiterten zunächst, doch 50 britische Polizisten, die mit Stöcken und Schildern ausgerüstet waren, trieben die Masse zurück in die Altstadt und das gleiche geschah beim Damas-kus-Tor. Fünf britische Polizisten wurden durch auf sie geworfene Steine und Metallgegenstände verletzt. Bei einer ähnlichen Demonstration in Jaffa, versuchte man mit berittenen Polizisten die 8.000 Demonstranten zu bremsen. Als dies nicht funktionierte, schossen Polizisten in die Menge und töteten 14 Araber und verletzten 38. Ein arabischer Polizist wurde getötet von einem Ziegel, der auf ihn von einem Dach geworfen wurde, viele Polizisten wurden verletzt.

Rice bemühte sich den Waffenschmuggel ins Land zu begrenzen, doch sowohl Araber als auch Juden schmuggelten Waffen und Munition. In einem Bericht vom Dezember 1935 betonte Rice die Änderungen der letzten Jahre, während der es zur Spaltung der Hagana kam. Er war der Meinung, dass diese Spaltung wegen der Ermordung von Chaim Arlosoroff erfolgte, er nannte die Namen der von ihm vermuteten Kommandanten und die Quantität der Waffen und wo sie gelagert waren. In einem Bericht, den er gleichzeitig an MI6 (britische Auslands-spiionage) sandte, schätzte Rice, die Hagana könne bis 15.000 Männer mobilisieren.

Die Positionen der Araber wurden immer extremer bis im April 1936 der arabische Aufstand ausbrach. Dieser führte den Jischuw die Möglichkeit vernichtet zu werden vor Augen. Die Kooperation zwischen dem Jischuw und den Briten wurde auf Grund gemeinsamer Interessen ausgebaut.

Die illegale Einwanderung oder Alia Beth auf Hebräisch, war die einzige Sache, in der es Differenzen gab. Seit den dreißiger Jahren hatte Großbritannien die jüdische Einwanderung eingeschränkt, um den Frieden im Land aufrechtzuerhalten und die britischen Interessen in der Region zu verteidigen und bedrohte damit ein grundlegendes zionistisches Ziel. Von 1934 an war die Alia Beth die Antwort des Jischuw auf die Bedrohung der Juden in Deutschland.

Während der Jahre 1932-1936 wurden mehr Einreisebewilligungen für Juden ausgestellt, doch diese waren viel zu wenig im Verhältnis zur Nachfrage. Durch die Verschärfung der Lage in Deutschland, Polen und Rumänien wuchs die Anzahl potentieller Einwanderer. Der C.I.D. bekämpfte die illegale Einwanderung, mit voller Kraft während des Zweiten Weltkrieges und auch danach. Im Juli 1935 wurde eine spezielle Abteilung des C.I.D. für die Überwachung des Schiffverkehrs mit 40 Angestellten in Jaffa und Haifa geschaffen.

Propaganda zu verbreiten. Rice identifizierte Elemente unter den deutschen Einwohnern, den christlichen Tempelern, die Hitler unterstützten.

In den Berichten wurde auch hervorgehoben, dass die allermeisten Araber auch in Fällen von schweren Verbrechen nicht bereit waren eine Zeugenaussage zu machen, niemand sah, niemand hörte etwas und niemand sprach. Im Falle der Ermordung eines Juden wurde eine Belohnung von 50 Pfund für zweckdienliche Informationen ausgesetzt, für den Mord an einem Briten 500 Pfund.

Nach 1931 bekämpfte der C.I.D. auch länderübergreifend kommunistische Tätigkeit, insbesondere unter den Erbauern der Erdöllinie aus dem Irak nach Haifa. Die Polizei, die arabische Legion (transjordanische Armee) und die C.I.D. verhafteten kommunistische Sympathisanten in TransJordanien und erhielten auch die Hilfe des Jischuws.

Ende August 1933 fand in Prag der 18. Zionistische Kongress statt, der unbegrenzte Einwanderung für Juden forderte, die durch Antisemitismus in Deutschland, Polen und Rumänien leiden mussten. Die Mandatsmacht erhöhte tatsächlich am 31. August 1933 die Einwanderungsquote für Juden. Sowohl die jüdische als auch die arabischen Zeitungen berichteten über die Ankunft von jüdischen Einwanderern im Hafen Haifa. Der C.I.D. Bericht von Anfang Oktober 1933 wies auf die wachsende Spannung hin. Die arabische Presse gab mutwillig die Anzahl der Einwanderer höher als in der Wirklichkeit an. Im C.I.D.-Bericht gab es genaue Angaben über arabische Protestversammlungen, aber auch über die

Zusammenkunft des arabischen Exekutivrates, der am 8. Oktober 1933 stattfand und beschloss am Freitag, den 13. Oktober 1933 in Jerusalem eine Massenversammlung abzuhalten wobei ein Generalstreik des arabischen Sektors erklärt werden sollte

Rice fasste zusammen: „Man muss damit rechnen, dass die Hetze sich entwickeln und verbreiten wird. Und ohne Kontrolle könnte diese die politische Lage beeinflussen und ‚law and order‘ gefährden. Laut Auffassung der Araber ist ein verbaler Protest gut, aber nicht genug, nur praktische Aktionen sind effektiv.“

Am 13. Oktober 1933 versammelten sich

2. Die Proklamation Sir John Robert Chancellors vom 1. September 1929

Ich habe nach meiner Rückkehr aus England zu meinen Schrecken das Land in einem Zustand der Unordnung und als eine Beute ungesetzlicher Gewalt vorgefunden. Mit Entsetzen erfuhr ich von den grauenvollen Taten, die durch Banden gefühlloser und blutdürstiger Verbrecher begangen wurden, von brutalen Morden, begangen an schutzlosen Angehörigen der jüdischen Bevölkerung ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes. Wie in Hebron, so überall, waren die Angriffe begleitet von nicht zu schillernder Rohheit, von Niederbrennung von Farmen und Häusern in Stadt und Land, von Plünderung und Zerstörung des Eigentums. Diese Verbrechen haben auf die Hauptstädter Unruhen den Fluch aller zivilisierten Völker in der ganzen Welt geladen.

Meine erste Pflicht wird es sein, die Ordnung im Lande wiederherzustellen und diejenigen, die der Schuld an den Gewalttaten überführt werden, der strengen Bestrafung zuzuführen. Alle notwendigen Maßnahmen werden zur Verwirklichung dieses Endzieles ergriffen werden, und ich ersuche alle Einwohner Palästinas, mich in der Erfüllung dieser Pflicht zu unterstützen.

Gemäß dem Versprechen, das ich im Juni dieses Jahres, bevor ich Palästina verließ, der Arabischen Exekutive gegeben hatte, habe ich in London Gespräche mit dem Staatssekretär für die Kolonien über das Thema einer konstitutionellen Umgestaltung in Palästina eingeleitet. Aber angesichts der jüngsten Ereignisse mußte ich diese Diskussion mit der Regierung Seiner Majestät verschieben.

Um verlogenen Darstellungen, die längst über das Thema der Klagemauer in Umlauf gesetzt worden sind, entgegenzutreten, gebe ich hierdurch mit Zustimmung der Regierung Seiner Majestät bekannt, daß ich beabsichtige, die im Weißbuch vom 19. November 1928 niedergelegten Prinzipien zu verwirklichen, sobald die Methoden ihrer Anwendung festgelegt werden sind.

te aufnehmen. Die periodischen C.I.D.-Berichte wurden zur wichtigsten Nachrichtenquelle des Hochkommissars. Ende 1935 waren beim C.I.D. 17 Briten und 35 lokale Polizisten tätig. Die Nazi-Propaganda war auch eine der Sorgen des C.I.D. Versammlungen wurden von der Polizei aufgelöst und die Verbreiter von Nazi-Propaganda verhaftet und bestraft. Im Juni 1934 berichtete Rice über das große Interesse der Araber an den Entwicklungen in Italien und Deutschland und über deutsche Agenten, die ins Land kamen, um die Stimmung der Araber zu testen und um antisemitische und antizionistische

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Der vergessene Lager: Maly Trostenez

Die Erinnerung an das größte Vernichtungslager in der besetzten Sowjetunion rückt nach 70 Jahren in den Fokus der Deutschen.

Von Dmitri Stratiewski

Die Deutsche Welle sprach 2013 von dem „späten Gedenken“. Die ZEIT schrieb 2014: „Es ist nahezu unbekannt“. Am Rand von Minsk liegt ein Ort des Schreckens, dessen Name einem durchschnittlichen Deutschen nichts sagt: Maly Trostenez, im Krieg ein Dorf. Neben diesem Dorf befand sich 1942-1944 eine Hinrichtungsstätte der Nazis. Manche Quellen nennen sechsstelligen Opferzahlen. In der deutschen Erinnerungskultur fand Trostenez ein halbes Jahrhundert lang keinen Platz. Erst 1995 wurde die 1967 in Berlin aufgestellte Gedenktafel, am Platz der einstigen Sammelstelle für den Transport der Juden in den Tod, durch ein Schild „Trostenez“ erweitert. Die ersten Erwähnungen dieses Vernichtungslages in der deutschen Presse sind in den 2000er Jahren datiert.

Am 28. Juni 1941 hat die Wehrmacht Minsk eingenommen. Bereits am 19. Juli 1941 gründete die deutsche Besatzungsmacht das erste jüdische Ghetto in der Stadt. Auf einer Fläche von zwei Quadratkilometern wurden etwa 60.000 Menschen eingesperrt. Im September 1941 traf die NS-Führung die Entscheidung, Minsk zu einem Ziel der Deportationen von Juden aus Europa, in erster Linie aus Deutschland, zu machen. Dafür brauchten die Nazis Platz.

Anfang November 1941 erschossen die Angehörigen der Sicherheits- und Ordnungspolizei (Deutsche und einheimische Kollaborateure) zwischen 12.000 und 14.000 Minsker Juden. Die mittel- und westeuropäischen Juden sollten ins Ghetto nachrücken. Im Weißrussischen Nationalarchiv sind Listen aufbewahrt, die eine skrupellose Arbeit der Todesmaschinerie schildern. Die Züge aus dem Westen kamen fast täglich an:

11. November 1941: Ankunft von ca. 1.000 Juden aus Hamburg

15. November: ein Transport mit 1.000 Personen aus Düsseldorf, darunter 244 aus Wuppertal, 128 aus Essen.

17. November: 1.050 Juden aus Frankfurt am Main.

20. November: ein Zug aus Brünn mit 1.000 Personen.

22. November: 500 Hamburger und 440 Bremer Juden...

In einem überfüllten Raum vegetierten die Menschen, die ganz unterschiedlich sozialisiert waren. Riva Fridmann, in Minsk geborene weißrussische Jüdin, überlebte im Ghetto. Sie erinnerte sich in den 1990er Jahren: „Man spricht heute viel darüber, wir hätten schlechte Kontakte zu den deutschen Juden gehabt. Das stimmt nicht. Wir halfen diesen Armen. Sie waren für uns wie die Menschen aus einer anderen Welt: gut angekleidet, gut aussehend. Sie waren meistens für die körperliche Arbeit nicht geeignet, sie waren aus einer anderen Schicht, während wir Sowjetmenschen immer hart gearbeitet hatten. Wir halfen diesen Menschen“.

Im März 1942, das heißt nach dem Beschluss der Wannsee-Konferenz über die weitere Fortsetzung des Holocausts, besuchten Minsk kurz nacheinander Heinrich Himmler, Reinhard Heydrich und Adolf Eichmann. Die hochrangigen Nazis drängten auf Errichtung einer großen Haft- und Vernichtungsstätte für die Juden. „Sonst sind wir hinter dem Zeitplan“, notierte ein deutscher Offizier die Aussage Heydrichs auf einer Sitzung. Einen Monat später wurde auf dem Gelände des Guts des SD-Chefs vom besetzten

Minsk nahe dem Dorf Maly Trostenez mit 55 Bauernhäusern ein 200 Hektar großes Lager gegründet. Die Deutschen schafften bis 1943 die ganze dazugehörige Infrastruktur: weißrussische Zwangsarbeiter bauten eine Straße, ein Kraftwerk sowie die Wohn- und Gewerbaracken. Im August 1942 wurde eine neue Bahnstation eingerichtet, damit die Transporte aus West- und Mitteleuropa ohne Halt in Minsk direkt nach Trostenez ankommen konnten. Für die Bewachung des Lagers waren die einheimischen Kollaborateure zuständig. Neben dem Lager stationierten drei weitere Garnisonen und eine Flak-Einheit.



Trostenez. Trotz einer Sperre wussten die Einheimischen spätestens 1943 über die Massenvernichtungsaktionen in Trostenez. Mehrere Zeitzeugen berichteten von

Schüssen und Salven aus dem benachbarten Wald. Wera Swiridowitsch, damals die Bewohnerin des unweit gelegenen Dorfes Bolschoj Trostenez, hinterließ schlüssige Erinnerungen über das deutsche Kriegsverbrechen: „Die Menschen verließen den Zug an einer Bahnstation. Danach wurden sie in den Wald gebracht und dort ermordet. Ich beobachtete einige Male den Ausstieg dieser Menschen am Bahnsteig, aus der Ferne. Manchmal kam ich näher. Das war eine gemischte Menschenmenge, nicht nur Alte, sondern auch ganz junge Frauen und Kinder im verschiedenen Alter. Sie sahen ungewöhnlich aus, irgendwie ausländisch, und sprachen eine Fremdsprache. Gelegentlich waren auch unsere Landsleute dabei, sie sprachen Russisch. Ihre Wertsachen und das ganze Gepäck wurden weggenommen. Die Abgabe wurde quittiert. Vielleicht machten das die Deutschen mit Absicht, um den Eindruck bei den Menschen zu erwecken, sie sollen umgesehen werden. Ich erinnere mich recht gut

an ein vier- oder fünfjähriges Mädchen. Es trug das rote Kleid und hatte große Haarschleifen. Das Mädchen sprach mit seiner Mutter und lächelte. Der Sonntag war sonnig. Die Menschen gingen in den Tod, wussten aber nicht Bescheid. Manche fragten: Wie weit ist es bis Blagowschtschina?“

Bis zur Rückeroberung von Minsk am 3. Juli 1944 wurden in Maly Trostenez sowie in den benachbarten Ortschaften Blagowschtschina, Schaschkowka und Saraj zwischen 60.000 (deutsche Forschungen) und 206.500 Menschen (sowjetische bzw. weißrussische Angaben) durch Erschießen und Vergasen ermordet. Die meisten Opfer waren Juden aus dem besetzten Gebiet der Sowjetunion, aus Deutschland, Österreich und Tschechien sowie sowjetische Kriegsgefangene, Partisanen, Untergrundkämpfer und „Sabotage-Verdächtige“. Die Feststellung der genauen Zahl und Identität der Ermordeten wird dadurch erschwert, dass bereits im Oktober-Dezember 1943 ein RSHA-Sonderkommando „1005-Mitte“ vor Ort tätig war und viele Spuren des Verbrechens beseitigte. Die Historiker gehen von mindestens 20.000 Opfern aus dem deutsch- und tschechischsprachigen Raum aus. Allein im Juli 1942 wurden in Maly Trostenez 3.000 Menschen erschossen, in bis in die 1990er Jahren geheim gehaltenen Akten einer sowjetischen Ermittlungskommission als „jüdische Bürger des Deutschen Reiches“ bezeichnet. Von den sowjetischen Opfern kennt man gegenwärtig die Namen von nur 600 Personen.

in Trostenez. Nach dem Krieg übernahm Heuser die Leitung des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz. 1962 wurde Heuser zu 15 Jahre Haft wegen Mordes und Beihilfe zum Mord verurteilt. 1969 wurde er aus der Haft entlassen.

Im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher haben die sowjetischen Ankläger Maly Trostenez außer Acht gelassen. Im Gesamtkontext der Vernichtungspolitik NS-Deutschlands gehörten nur die Begriffe „Sowjetzivilisten“ oder „Sowjetbürger“ zum offiziellen Sprachgebrauch. Der Holocaust wurde fußnotenartig behandelt. Im Zuge der Entstalinisierung in der Sowjetunion kam es kurzzeitig zum Umdenken eigener Geschichte. Die neue Geschäftspolitik wurde allerdings nicht folgerichtig umgesetzt und schnell auf Eis gelegt.

Die Sowjets fanden die Nennung von Juden „überflüssig“

1963 wurde in Maly Trostenez ein Denkmal errichtet. Ein sowjetischer Parteifunktionär fand im Gespräch mit Leonid Lewin, einem weißrussischen Star-Architekten jüdischer Herkunft, der die Gedenkstätte in Chatyn entwarf, die Nennung von Juden „überflüssig“. Im Ergebnis war im Text auf der Tafel erneut von „Sowjetbürgern“ die Rede. 1965 wurde in einem Minsker Verlag der Sammelband „Verbrechen der deutschfaschistischen Besatzer in Weißrussland 1941-1944“ veröffentlicht, wo Maly Trostenez zum ersten Mal als „Lager, in dem 200.500 Menschen vernichtet wurden, darunter Sowjetsoldaten, Partisanen, sowjetische Zivilisten und Juden“ erwähnt wurde. In den 1980er Jahren erschien die erste Broschüre darüber. Kusma Kozak, der weißrussische Historiker und der Leiter der Geschichtswerkstatt in Minsk, kritisiert die Verdrängungsstrategie der Sowjetführung: „Holocaust, Massentod von sowjetischen Kriegsgefangenen, zivile Zwangsarbeiter... Diese Kapitel des Krieges passten nicht ins Bild. Sie waren unerwünscht und nicht thematisiert“. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geriet dieser Erinnerungsort wieder in Vergessenheit. Auf dem Gelände bildete sich eine illegale Mülldeponie. Mehrere Teilbereiche des Ortes wurden nach dem Bau einer Schnellstraße Minsk-Mogilew für die Besucher unzugänglich. Von der weißrussischen Regierung 1994 und 1999 beschlossene Konzepte zur Entwicklung einer Gedenkstätte Trostenez blieben nur auf dem Papier. 2008 entflammte eine neue Diskussion über die Gestaltung des Geländes. Der Streitpunkt bestand in der angemessenen Würdigung aller Verstorbenen. Weißrussische, deutsche und israelische Vertreter fanden einen Kompromiss. Im Juni 2015 wurde die neue Gedenkstätte eröffnet.

land ist der Prozess der Anerkennung von Maly Trostenez im öffentlichen Bewusstsein als Hinrichtungsort noch immer nicht vollendet. Als Erste recherchierten darüber der Journalist Paul Kohl und der Historiker Christian Gerlach. Mehrere Weißrussland-Reisen von Kohl gipfelten im Verfassen des Buches „Das Vernichtungslager Trostenez“, Dortmund 2003. Es folgten zwei internationale Konferenzen in Minsk und Wien 2009 und 2013. Im November 2016 wurde in Hamburg eine Wanderausstellung zu Maly Trostenez eröffnet, die später mehrere deutsche und weißrussische Städte besuchen soll. Ist dies nun endlich der Anfang eines späten Gedenkens?

Der SS-Obersturmführer Georg Heuser leitete die Abteilung IV der Sicherheitspolizei in Minsk und nahm an Erschießungen persönlich teil. Sein Kommando verwischte die Spuren in Trostenez. Nach dem Krieg übernahm Heuser die Leitung des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz. 1962 wurde Heuser zu 15 Jahre Haft wegen Mordes verurteilt.

Straffreiheit für die Täter

Viele Täter von Maly Trostenez sind der rechtlichen Verantwortung entgangen, andere wurden zu milde bestraft. Der SS-Unterscharführer Heinrich Eiche, der Lagerkommandant von 1942-1943, floh vermutlich nach Argentinien und galt für die westdeutsche Justiz als vermisst. Sein Nachfolger, der SS-Obersturmführer Gerhard Maiwald, lebte nach dem Krieg in der Bundesrepublik. Die Ermittlungen gegen ihn wurden 1970 wegen „Beweismangels“ eingestellt. 1994 nahm die Staatsanwaltschaft von Saarbrücken die Ermittlungen gegen Maiwald wieder auf und setzte sich mit der weißrussischen Gedenkstätte „Trostenez“ in Kontakt. Zu diesem Zeitpunkt war Maiwald schon tot. Der SS-Obersturmführer Georg Heuser leitete die Abteilung IV der Sicherheitspolizei in Minsk und nahm den Zeugen zufolge an den Erschießungen persönlich teil. Darüber hinaus ordnete er Hinrichtungen an. Sein Kommando verwischte die Spuren

Mame Rochel

Warum ist das Grab Rachels bei Bethlehem für die Juden so wichtig?

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Wir leben zurzeit in einer Welt, in der nichts mehr selbstverständlich ist. Als im Jahre 2010 die UNESCO Kewer Rachel (das Grab von unserer Vormutter Rachel), das sich nicht weit von Beit Lechem (Bethlehem) befindet, zur Moschee erklärt hat, hat man das für einen schlechten Witz gehalten. Leider war das erst der Anfang einer beispiellosen Delegitimierungskampagne gegen Israel auf allen internationalen Ebenen.

Lasst uns aber fragen: wie gut kennen wir unser Erbe? Welche Bedeutung hat Kewer Rachel im Judentum? Warum kommen so viele Juden aus aller Welt zum Beten an ihr Grab?

Gerade jetzt lesen wir in der Thora in den Wochenabschnitten die Geschichte dieser bemerkenswerten Frau und mit Hilfe von Überlieferungen und Kommentaren unserer Weisen können wir ihr Leben betrachten und gestellte Fragen beantworten.

Rachel als Hirtin

Zum ersten Mal treffen wir Rachel in der Thora, als Jakob in Haran ankommt (Bereschit 29).

Im Vers 9 wird erwähnt, dass Rachel mit der Herde gekommen ist, weil sie eine Hirtin war. Das ist eine bemerkenswerte Information, denn das bedeutet, dass Lawan (ihr Vater) sehr arm war und keine Söhne hatte. Nur wegen höchster Not konnte man ein Mädchen zur Hirtin machen (es war damals nicht angebracht, dass ein Mädchen alleine ins Feld geht).

Schönheit von Rachel

Im Vers 17 erwähnt die Thora, dass Rachel sehr schön ist: „...Rachel aber war schön von Gestalt und schön von Angesicht.“ Der große Kommentator Raschi bemerkt dazu, dass Rachel schöne Gesichtsfarbe und gute Hautfarbe hatte.

Das ist eine sehr wichtige Information. Auch über Sarah und über Rivka schreibt die Thora, dass sie schön waren. Und das ist eigentlich komisch. Denn die Thora ist kein Männer-Magazin, das sich auf oberflächliche Schönheit konzentriert. Eigentlich sollte die Thora andere Eigenschaften in den Vordergrund stellen: Hilfsbereitschaft, Güte, Ausgeglichenheit.

Dazu erklären unsere Weisen, dass bei den Tzaddikim (Gerechten) das Äußere immer das Innere widerspiegelt. Deshalb, wenn die Thora erwähnt, dass Rachel schön war, deutet die Thora darauf hin, dass Rachel auch innerlich schön war, d. h. also sehr gute Charaktereigenschaften hatte (wir werden später sehen, dass das auch stimmt).

Hochzeit

Obwohl Jakob Rachel heiraten sollte, hat sich ihr Vater Lawan es anders vorgestellt. Der Schwindler Lawan schafft es, dass Rachels weniger schöne Schwester Leah dem Jakob als Frau gegeben wird.

Jakob und Rachel kannten den Lawan sehr genau und hatten bereits vermutet, dass Lawan Tricks versuchen würde. Deshalb haben Jakob und Rachel besondere Zeichen abgesprochen, die dem Bräutigam helfen sollten sicher zu sein, dass unter der Chupa tatsächlich Rachel und nicht jemand anderes steht.

Doch als es dazu kam, dass Leah unter die Chupa gehen sollte, konnte Rachel nicht zulassen, dass ihre ältere Schwester beschämt wird. Deshalb hat Rachel die abgesprochenen Zeichen an Leah weitergegeben. Mehr als das: Unsere Weisen sa-



James Tissot: Rachel trifft Jakob (1902).

gen, dass Rachel auf Nummer sichergehen wollte und sich nach der Chupa unter dem Bett von Jakob und Leah versteckt hat, um statt Leah zu sprechen, damit Jakob auf keinen Fall auf die Idee kommt, dass er nicht Rachel geheiratet habe.

Von dieser Episode lernen wir, dass Rachel zur ultimativen Selbstopferung bereit war, nur um ihre Schwester nicht bloßzustellen.

Und sie hat viel riskiert: es war bekannt, dass Jitzhak zwei Söhne hat (Esav und Jakob) und Lawan zwei Töchter (Leah und Rachel). Deshalb sagten Leute, dass Esav Leah heiraten sollte und Jakob Rachel. Deshalb war die Gefahr groß, dass nachdem nun Jakob Leah bekommen hatte, Rachel zur Esavs Frau werden könnte – was natürlich ein Alptraum gewesen wäre.

Eifersucht von Rachel

Im Vers 30:1 lesen wir, dass Rachel auf Leah eifersüchtig war (weil sie selbst keine Kinder bekommen konnte). Raschi bemerkt dazu gleich, dass Rachel vor allem auf gute Taten von Leah eifersüchtig war. Rachel war sich sicher, dass ihre Schwester noch gerechter als sie ist, deshalb hat sie den Verdienst gehabt, Söhne für Jakob zu gebären.

Das ist wichtig zu wissen, denn sonst könnte dieser Vers Rachel in ein schlechtes Licht rücken.

Gespräch mit Jakob

In den Versen 30:1-3 lesen wir, dass Rachel von Jakob Söhne fordert, sonst würde sie sterben. Diese Forderung klingt merkwürdig und Raschi erklärt, was Rachel damit meint: „Dein Vater hat anders gehandelt, er hat für deine Mutter gebetet, damit sie Kinder bekommt. Und du machst das nicht.“

Jakob weist sie sehr scharf zurück (und unsere Weisen kritisieren ihn dafür: man darf nicht so mit einer verzweifelten Frau sprechen).

Dann bietet Rachel ihre Magd Bilha dem Jakob als Frau an. Das macht sie der Sarah nach: so wie Sarah dem Avraham Hagar zur Frau gab und dann selbst Jitzhak geboren hat, hoffte auch Rachel dadurch ihre Kinder zu bekommen.

Das ist auch ein Akt der Selbstopferung:

wenn sie früher das Ehebett nur mit Leah geteilt hat, jetzt kommt noch die dritte Konkurrentin dazu.

Geschichte mit Dudaim (Liebesäpfel)

In den Versen 30:14-15 lesen wir die Geschichte über die Dudaim. Reuven, der Sohn von Leah, hat im Feld Dudaim gefunden, die als Aphrodisiakum bekannt waren. Rachel bittet Leah ihr diese Blumen zu geben. Leah antwortet darauf sehr scharf: „...ist das ein Geringes, dass du mir meinen Mann genommen hast? Und willst du auch die Liebesäpfel meines Sohnes nehmen?“

Rachel hätte hier sagen können: „Moment mal! Ich habe dich gerettet, ich habe dir die Zeichen bei der Heirat gegeben, und jetzt sagst du mir so was? Wie kannst du nur, du undankbare Schwester!“ Aber Rachel sagt das nicht, obwohl es ihr sehr wehgetan hat. Sie konnte sich überwinden, was wiederum ihre Größe zeigt.

Sie bietet Leah für diese Dudaim die Nacht mit Jakob an, die er eigentlich mit Rachel verbringen sollte.

Das ist noch eine wichtige Stelle: unsere Weisen sagen, deswegen wurde Rachel nicht mit Jakob begraben, weil sie auf eine Nacht mit dem gerechtem Jakob verzichtet hat. Das war viel wert und das war ihr Fehler.

G'tt segnet Rachel

Im Vers 30:22 lesen wir, dass G'tt sich an Rachel erinnert hat und ihr die Möglichkeit gab Kinder zu bekommen: „Aber G'tt gedachte an Rachel und G'tt erhörte ihr Gebet und machte sie fruchtbar.“

Unsere Weisen sagen „gedachte“ - G'tt hat sich daran erinnert, wie Rachel Leah die Zeichen gab, und „erhörte ihr Gebet“ - Rachel hat viel gebetet, dass Esav sie nicht heiratet.

Nur Dank ihrer unglaublichen Selbstopferung bei der Heirat von Leah und Jakob hat sie doch die Möglichkeit verdient, Kinder zu haben.

Geschichte mit Terafim

Im Kapitel 31 lesen wir, wie Jakob mit der Familie von Lawan geflohen war.

Während Lawan weg war, hat Rachel seine Götzen (Terafim) mitgenommen. Da stellt sich die Frage, wozu sie das eigentlich tat.

Unsere Weisen sagen, dass sie ihren Vater vom Götzendienst abwenden wollte.

Warum auch immer Rachel das gemacht hat, es wurde ihr zum Verhängnis: als Lawan Jakob einholte, hat er gleich geklagt, warum seine Terafim gestohlen wurden. Darauf sagte Jakob (31:32): „Was aber deine Götter betrifft, bei welchem du sie findest, der soll nicht am Leben bleiben!“

Unsere Weisen sagen, dass die Wörter eines Tzaddiks sehr starke Kraft haben. Und genau wegen dieses Fluches ist Rachel bald gestorben.

Beerdigung von Rachel

Im Kapitel 35 lesen wir von Rachels Tod bei der Geburt von Benjamin. Es wird erwähnt, dass sie „am Wege nach Ephrata“ begraben wurde.

Stellt sich die Frage: warum eigentlich am Wege? Warum nicht in einer Stadt? Das kommentiert Raschi nicht.

Später jedoch wird auf diese Geschichte eingegangen:

Am Anfang vom letzten Wochenabschnitt des Buches Bereschit lesen wir über das Sterben von Jakob. Kurz vor seinem Tod nimmt er den Schwur von seinem Sohn Josef (der auch Sohn von Rachel war), dass Josef ihn nicht in Ägypten begraben wird, sondern in der Machpella-Höhle, in der schon Avraham und Sarah, und Jitzhak und Rivka begraben sind.

Im 48. Kapitel empfängt Jakob die Söhne von Josef und segnet sie. Jedoch gibt es dort Vers 7, der völlig außerhalb des Kontextes steht:

„Und als ich aus Padan kam, starb Rachel bei mir im Lande Kanaan, auf dem Wege, als wir nur ein Stück des Weges von Ephrata entfernt waren, und ich begrub sie daselbst an dem Wege gen Ephrata, die jetzt Beth Lechem heißt.“

Was soll dieser Vers hier?! Hier gibt Raschi eine sehr lange Erklärung:

„Ich weiß (sagt Jakob zu Josef), dass du in deinem Herzen etwas gegen mich (deswegen) hast. Wisse aber, dass ich so nach einem Befehl vom G'tt gehandelt habe. Sie (Rachel) soll Hilfe für dein Nachkommen sein, wenn sie nach der Zerstörung des ersten Tempels nach Babel vertrieben werden: wenn Juden diesen Weg gehen werden, dann wird Rachel für sie beten...“

Also, auch nach ihrem Tod hatte Rachel eine wichtige Mission und diese Mission erfüllt sie: der Prophet Jirmehahu schreibt (31:15): „So spricht der HERR: Eine Stimme wird auf der Höhe vernommen, bitterliches Klagen und Weinen: Rachel beweint ihre Söhne und will sich nicht trösten lassen wegen ihrer Söhne; denn sie sind nicht mehr!“

Und dieses Weinen hat seine Wirkung: (Verse 31:16-17):

So spricht der HERR: Wehre deiner Stimme das Weinen und deinen Augen die Tränen! Denn es gibt noch einen Lohn für deine Mühe, spricht der HERR; und sie sollen wiederkommen aus dem Lande des Feindes; und es ist Hoffnung vorhanden für deine Zukunft, spricht der HERR, und deine Söhne werden zu ihren Grenzen zurückkehren!“

Also, daraus sehen wir, wie groß die Verdienste von Rachel sind und wie wichtig der Kewer von Mame Rochel für uns ist.

Und in dieser Zeit, da die Existenz Israels ständig und überall hinterfragt und untergraben wird, ist Rachels Weinen für uns nötiger denn je.

Das erste öffentliche Chanukka sameach im deutschen Fernsehen

Die RTL-Moderatorin Maxi Biewer erhält begeisterten Zuspruch für ihre Wünsche zum jüdischen Lichterfest

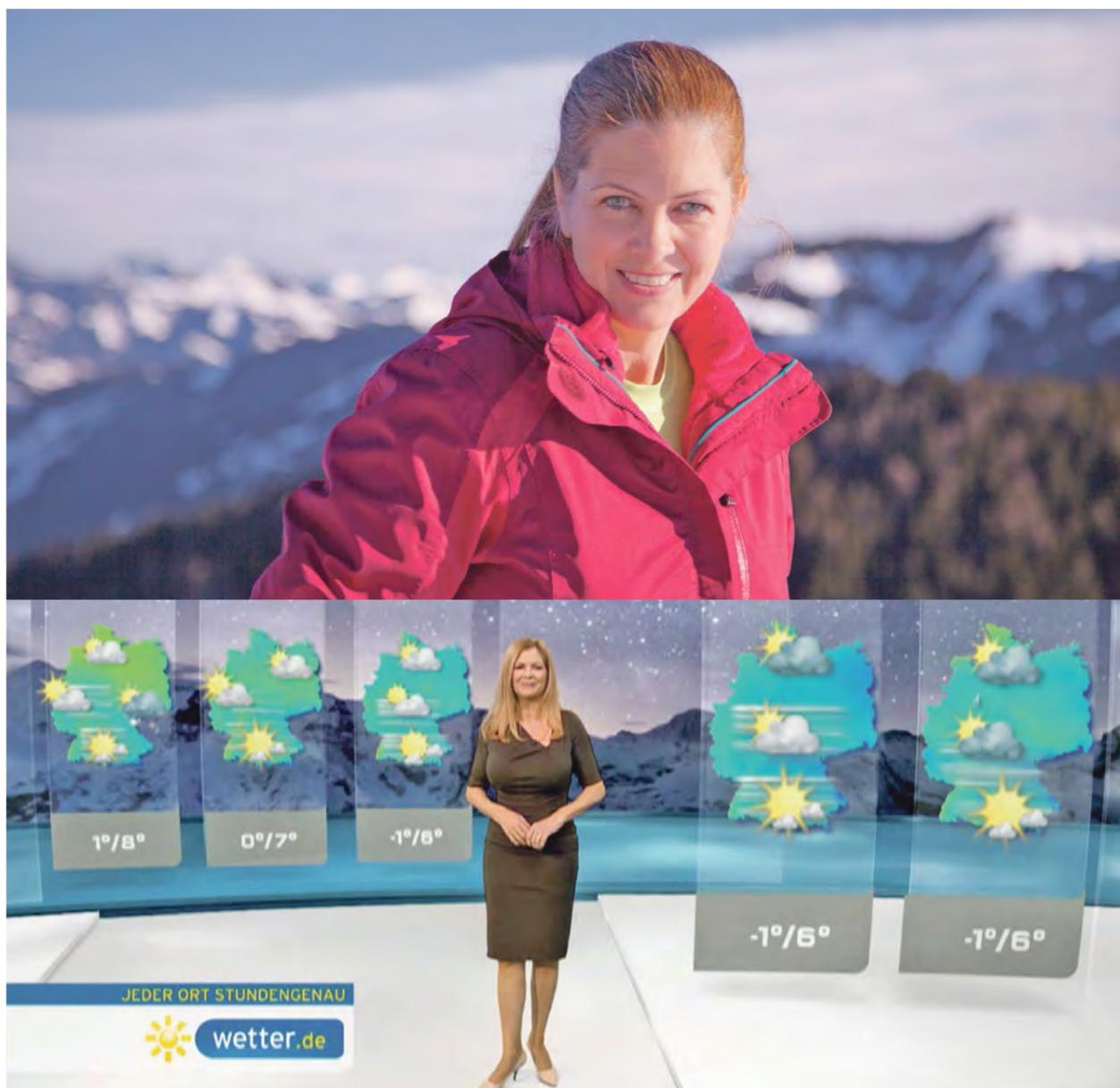
„Sehr geehrte Frau Biewer, ich möchte zum Ausdruck bringen, wie sehr Sie mich gestern berührt haben. Ich bin ein in Argentinien geborener deutscher Jude, der seit über 35 Jahren in Deutschland lebt und zum ersten Mal, seit ich in Deutschland bin, habe ich, dank Ihnen, öffentliche Festtagswünsche zu Chanukka erlebt. Sie haben mir damit eine unglaublich große Freude gemacht. Herzlichen Dank dafür.“

Chag sameach bzw. Frohe Weihnachten für Sie
Ihr Dr. XXXXXX mit Familie“

Diese Mail erreichte mich am 25. Dezember. Es hat mich im Nachgang wiederum berührt, mit wie wenig man doch Freude bereiten kann... und wie ungewöhnlich solche Selbstverständlichkeiten in Deutschland immer noch sind. Das Fastenbrechen im Ramadan findet mittlerweile in fast jeder Redaktion, ob Zeitung, Fernsehen oder Radio Erwähnung, das Chinesische Neujahrsfest – wegen der farbenfrohen Bilder – bereichert auch jedes Jahr wieder den Newsblock in den privaten und öffentlich-rechtlichen Nachrichten, auch die Kumbh Mela, bei der Millionen Hindus im Ganges baden, findet ihren Weg in unsere Wohnzimmer. Mit welcher herrlicher Selbstverständlichkeit kann man in den USA neben Weihnachtskarten auch Chanukka-Karten kaufen, überall prangen neben „Merry Xmas“- auch „Happy Chanukka“-Wünsche... Vielleicht wäre es Zeit, etwas weltoffener zu werden – in den Kleinigkeiten.

Mit sonnigen Grüßen
Maxi Biewer

Maxi Biewer wurde 1964 in Ost-Berlin geboren, ist diplomierte Schauspielerin und spielte in zahlreichen DDR-Filmen. Seit nunmehr 24 Jahren ist sie Wetter-Moderatorin beim Fernsehsender RTL.



JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de
• per Telefon: (030) 54 71 02 50 • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60
• per Website: www.juedische-rundschau.de
Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51
E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.
Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen

-  J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
-  (030) 54 71 02 51 (Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)
-  redaktion@juedische-rundschau.de
-  (030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)
-  www.juedische-rundschau.de
-  www.facebook.com/jrundschau
-  @jrundschau



COUPON ABO- BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Datum _____ Unterschrift **x** _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.